

131 — 214 →



KONZERNABSCHLUSS




KONZERNABSCHLUSS

133	GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG	164	ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ
134	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	164	24 – Immaterielle Vermögenswerte
135	BILANZ	166	25 – Sachanlagen
136	KAPITALFLUSSRECHNUNG	167	26 – Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien
137	EIGENKAPITALVERÄNDERUNGS- RECHNUNG	168	27 – Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen
138	ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POST AG	169	28 – Langfristige finanzielle Vermögenswerte
138	GRUNDLAGEN UND METHODEN	169	29 – Sonstige langfristige Vermögenswerte
138	1 – Grundlagen der Rechnungslegung	169	30 – Latente Steuern
138	2 – Konsolidierungskreis	170	31 – Vorräte
142	3 – Wesentliche Geschäftsvorfälle	170	32 – Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte
142	4 – Anpassung von Vorjahreswerten	170	33 – Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
144	5 – Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	170	34 – Sonstige kurzfristige Vermögenswerte
146	6 – Währungsumrechnung	170	35 – Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen
147	7 – Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	171	36 – Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente
154	8 – Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	171	37 – Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
155	9 – Konsolidierungsmethoden	172	38 – Gezeichnetes Kapital und Erwerb eigener Anteile
156	SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	174	39 – Kapitalrücklage
156	10 – Segmentberichterstattung	174	40 – Andere Rücklagen
159	ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST- RECHNUNG	176	41 – Gewinnrücklagen
159	11 – Umsatzerlöse	176	42 – Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital
159	12 – Sonstige betriebliche Erträge	176	43 – Nicht beherrschende Anteile
159	13 – Materialaufwand	178	44 – Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
160	14 – Personalaufwand/Mitarbeiter	186	45 – Sonstige Rückstellungen
160	15 – Abschreibungen	187	46 – Finanzschulden
161	16 – Sonstige betriebliche Aufwendungen	189	47 – Sonstige Verbindlichkeiten
161	17 – Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	190	48 – Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
161	18 – Finanzergebnis	190	ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG
161	19 – Ertragsteuern	190	49 – Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung
163	20 – Konzernjahresergebnis	192	SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN
163	21 – Nicht beherrschende Anteile	192	50 – Risiken und Finanzinstrumente des Konzerns
163	22 – Ergebnis je Aktie	205	51 – Eventualverbindlichkeiten
163	23 – Dividende je Aktie	205	52 – Sonstige finanzielle Verpflichtungen
		205	53 – Rechtsverfahren
		206	54 – Aktienbasierte Vergütung
		209	55 – Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
		212	56 – Honorare des Abschlussprüfers
		212	57 – Befreiungsvorschriften nach HGB und ausländischer lokaler Gesetzgebung
		213	58 – Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex
		213	59 – Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
		213	VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER
		214	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

C.01 GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember


MIO €	Textziffer	2013 angepasst ¹	2014
Umsatzerlöse	11	54.912	56.630
Sonstige betriebliche Erträge	12	1.962	2.016
Gesamte betriebliche Erträge		56.874	58.646
Materialaufwand	13	-31.038	-32.042
Personalaufwand	14	-17.776	-18.189
Abschreibungen	15	-1.337	-1.381
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16	-3.863	-4.074
Gesamte betriebliche Aufwendungen		-54.014	-55.686
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	17	5	5
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.865	2.965
Finanzerträge		182	74
Finanzaufwendungen		-432	-423
Fremdwährungsergebnis		-43	-39
Finanzergebnis	18	-293	-388
Ergebnis vor Ertragsteuern		2.572	2.577
Ertragsteuern	19	-361	-400
Konzernjahresergebnis	20	2.211	2.177
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG		2.091	2.071
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile	21	120	106
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	22	1,73	1,71
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	22	1,66	1,64

¹  Anhang, Textziffer 4

C.02 GESAMTERGEBNISRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2013 angepasst ¹	2014
Konzernjahresergebnis	20	2.211	2.177
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden			
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen		-50	-2.350
IFRS-3-Neubewertungsrücklage		-1	-2
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen		1	2
Ertragsteuern auf sonstiges Ergebnis	19	36	285
Anteil nach der Equity-Methode bilanzierter Unternehmen am sonstigen Ergebnis (nach Steuern)		0	0
Gesamt (nach Steuern)		-14	-2.065
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden			
IAS-39-Neubewertungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		77	112
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		0	0
IAS-39-Hedge-Rücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		111	-73
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		-49	-19
Währungsumrechnungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		-461	454
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		1	0
Ertragsteuern auf sonstiges Ergebnis	19	-26	17
Anteil nach der Equity-Methode bilanzierter Unternehmen am sonstigen Ergebnis (nach Steuern)		-1	4
Gesamt (nach Steuern)		-348	495
Sonstiges Ergebnis (nach Steuern)		-362	-1.570
Gesamtergebnis		1.849	607
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG		1.739	488
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile		110	119

¹  Anhang, Textziffer 4

C.03 BILANZ

MIO €	Textziffer	1. Jan. 2013 angepasst ¹	31. Dez. 2013 angepasst ¹	31. Dez. 2014
AKTIVA				
Immaterielle Vermögenswerte	24	12.146	11.832	12.352
Sachanlagen	25	6.652	6.800	7.177
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	26	43	33	32
Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	27	66	68	75
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	28	1.038	1.123	1.363
Sonstige langfristige Vermögenswerte	29	301	187	151
Aktive latente Steuern	30	1.328	1.327	1.752
Langfristige Vermögenswerte		21.574	21.370	22.902
Vorräte	31	321	402	332
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	32	252	821	351
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33	6.940	7.022	7.825
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	34	2.155	2.223	2.415
Ertragsteueransprüche	35	127	167	172
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	36	2.395	3.414	2.978
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	37	76	42	4
Kurzfristige Vermögenswerte		12.266	14.091	14.077
Summe AKTIVA		33.840	35.461	36.979
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	38	1.209	1.209	1.210
Kapitalrücklage	39	2.254	2.269	2.339
Andere Rücklagen	40	-474	-817	-341
Gewinnrücklagen	41	6.017	7.183	6.168
Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	42	9.006	9.844	9.376
Nicht beherrschende Anteile	43	207	190	204
Eigenkapital		9.213	10.034	9.580
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	44	5.216	5.016	7.226
Passive latente Steuern	30	156	124	84
Sonstige langfristige Rückstellungen	45	1.954	1.589	1.556
Langfristige Rückstellungen		7.326	6.729	8.866
Langfristige Finanzschulden	46	4.421	4.619	4.683
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	47	276	227	255
Langfristige Verbindlichkeiten		4.697	4.846	4.938
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten		12.023	11.575	13.804
Kurzfristige Rückstellungen	45	1.667	1.752	1.545
Kurzfristige Finanzschulden	46	410	1.335	486
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48	5.960	6.358	6.922
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	47	4.003	3.978	4.196
Ertragsteuerverpflichtungen	35	534	429	446
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	37	30	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten		10.937	12.100	12.050
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten		12.604	13.852	13.595
Summe PASSIVA		33.840	35.461	36.979

¹ Anhang, Textziffer 4

C.04 KAPITALFLUSSRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2013 angepasst ¹	2014
Konzernjahresergebnis auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallend		2.091	2.071
Konzernjahresergebnis auf nicht beherrschende Anteile entfallend		120	106
Ertragsteuern		361	400
Finanzergebnis		293	388
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.865	2.965
Abschreibungen		1.337	1.381
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten		-22	-11
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen		12	-4
Veränderung Rückstellungen		-500	-698
Veränderung sonstige langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		-53	-25
Erhaltene Dividende		0	1
Ertragsteuerzahlungen		-561	-548
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens		3.078	3.061
Veränderung von Posten der kurzfristigen Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten			
Vorräte		-104	106
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte		-670	-814
Verbindlichkeiten und sonstige Posten		685	687
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	49.1	2.989	3.040
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten		32	4
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		177	200
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen und andere Beteiligungen		0	0
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte		32	118
Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten		241	322
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten		-37	-5
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		-1.381	-1.750
Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen und andere Beteiligungen		0	-1
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte		-68	-103
Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte		-1.486	-1.859
Erhaltene Zinsen		55	45
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte		-575	405
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	49.2	-1.765	-1.087
Aufnahme langfristiger Finanzschulden		1.010	43
Tilgung langfristiger Finanzschulden		-34	-1.030
Veränderung kurzfristiger Finanzschulden		35	-53
Sonstige Finanzierungstätigkeit		39	-5
Einzahlungen aus Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen		1	0
Auszahlungen für Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen		-21	-34
An Aktionäre der Deutsche Post AG gezahlte Dividende		-846	-968
An nicht beherrschende Anteilseigner gezahlte Dividende		-109	-90
Erwerb eigener Anteile		-23	-85
Einzahlungen aus der Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten		4	62
Zinszahlungen		-166	-188
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	49.3	-110	-2.348
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel		1.114	-395
Einfluss von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel		-102	-42
Zahlungsmittelveränderung im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten		7	0
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung des Finanzmittelbestandes		0	1
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Berichtsperiode		2.395	3.414
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	49.4	3.414	2.978

¹ Anhang, Textziffer 4

C.05 EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Andere Rücklagen						Gewinnrücklagen	Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital gesamt
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	IFRS-3-Neubewertungsrücklage	IAS-39-Neubewertungsrücklage	IAS-39-Hedge-Rücklage	Währungsumrechnungsrücklage				
Textziffer	38	39	40.1	40.2	40.3	40.4	41	42	43	
Stand 1. Januar 2013	1.209	2.254	3	-1	-7	-470	6.031	9.019	209	9.228
Anpassung ¹	0	0	0	0	0	1	-14	-13	-2	-15
Stand 1. Januar 2013, angepasst	1.209	2.254	3	-1	-7	-469	6.017	9.006	207	9.213
Kapitaltransaktionen mit dem Eigner										
Dividende	0	0	0	0	0	0	-846	-846	-111	-957
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	0	0	0	0	-5	-62	-67	-18	-85
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung der nicht beherrschenden Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0	-3	-3
Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten	0	0	0	0	0	0	0	0	5	5
Erwerb eigener Anteile	-1	0	0	0	0	0	-22	-23	0	-23
Anteilsbasierte Vergütung (Ausgabe)	0	35	0	0	0	0	0	35	0	35
Anteilsbasierte Vergütung (Ausübung)	1	-20	0	0	0	0	19	0	0	0
								-901	-127	-1.028
Gesamtergebnis										
Konzernjahresergebnis	0	0	0	0	0	0	2.091	2.091	120	2.211
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0	-450	0	-450	-11	-461
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen	0	0	0	0	0	0	-15	-15	1	-14
Übrige Veränderungen	0	0	-1	69	44	0	1	113	0	113
								1.739	110	1.849
Stand 31. Dezember 2013, angepasst¹	1.209	2.269	2	68	37	-924	7.183	9.844	190	10.034
Stand 1. Januar 2014	1.209	2.269	2	68	37	-924	7.183	9.844	190	10.034
Kapitaltransaktionen mit dem Eigner										
Dividende	0	0	0	0	0	0	-968	-968	-101	-1.069
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	0	0	0	0	0	-6	-6	-15	-21
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung der nicht beherrschenden Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0	5	5
Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten	2	54	0	0	0	0	0	56	6	62
Erwerb eigener Anteile	-3	0	0	0	0	0	-82	-85	0	-85
Anteilsbasierte Vergütung (Ausgabe)	0	47	0	0	0	0	0	47	0	47
Anteilsbasierte Vergütung (Ausübung)	2	-31	0	0	0	0	29	0	0	0
								-956	-105	-1.061
Gesamtergebnis										
Konzernjahresergebnis	0	0	0	0	0	0	2.071	2.071	106	2.177
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0	441	0	441	17	458
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen	0	0	0	0	0	0	-2.061	-2.061	-4	-2.065
Übrige Veränderungen	0	0	-2	102	-65	0	2	37	0	37
								488	119	607
Stand 31. Dezember 2014	1.210	2.339	0	170	-28	-483	6.168	9.376	204	9.580

¹ Anhang, Textziffer 4

ANHANG

ZUM KONZERNABSCHLUSS

DER DEUTSCHE POST AG

GRUNDLAGEN UND METHODEN

Deutsche Post DHL Group ist ein weltweit tätiger Post- und Logistikkonzern. Die Konzernmarken Deutsche Post und DHL stehen für ein Portfolio rund um Logistik (DHL) und Kommunikation (Deutsche Post). Das Geschäftsjahr der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen entspricht dem Kalenderjahr. Die in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragene Deutsche Post AG hat ihren Sitz in Bonn, Deutschland.

1 Grundlagen der Rechnungslegung

Als börsennotiertes Unternehmen hat die Deutsche Post AG ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Die Anforderungen der angewandten Standards wurden vollständig erfüllt und vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlustrechnung und die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie den Anhang (Notes). Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung sowie die Erläuterungen und Angaben zum IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2014 basieren grundsätzlich auf denselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die auch dem Konzernabschluss 2013 zugrunde lagen. Ausnahmen bilden hier die unter [Textziffer 5](#) aufgeführten Änderungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, die vom Konzern seit dem 1. Januar 2014 verpflichtend anzuwenden sind. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unter [Textziffer 7](#) erläutert.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde mit Beschluss des Vorstands der Deutsche Post AG vom 20. Februar 2015 zur Veröffentlichung freigegeben.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (MIO €) angegeben.

2 Konsolidierungskreis

In den Konsolidierungskreis werden alle Unternehmen einbezogen, die von der Deutsche Post AG beherrscht werden. Beherrschung besteht dann, wenn die Deutsche Post AG über die Entscheidungsmacht verfügt, variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und ihr Rechte bezüglich der Rückflüsse zustehen und sie infolge der Entscheidungsmacht in der Lage ist, die Höhe der variablen Rückflüsse zu beeinflussen.

Die Konzernunternehmen werden beginnend mit dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, ab dem Deutsche Post DHL Group die Möglichkeit der Beherrschung erlangt.

Sofern Deutsche Post DHL Group weniger als die Mehrheit der Stimmrechte hält, können andere Vereinbarungen dazu führen, dass der Konzern das Beteiligungsunternehmen beherrscht.

Mit DHL Sinotrans International Air Courier Ltd. (Sinotrans), China, gibt es eine wesentliche Gesellschaft, die trotz fehlender Stimmrechtsmehrheit vollkonsolidiert wird. Sinotrans ist im Bereich der nationalen und internationalen Express- und Transportdienstleistungen tätig und dem Segment Express zugeordnet. Die Gesellschaft ist vollständig in das weltweite DHL-Netzwerk eingebunden und ausschließlich für Deutsche Post DHL Group tätig. Aufgrund der Vereinbarungen im Network-Agreement ist DHL in der Lage, sich bei den Entscheidungen bezüglich der relevanten Tätigkeiten durchzusetzen. Deshalb wird Sinotrans vollkonsolidiert, obwohl Deutsche Post DHL Group nur 50 % der Kapitalanteile hält.

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB ist auf der Internetseite www.dpdhl.com/de/investoren.html abrufbar.

Neben der Deutsche Post AG als Mutterunternehmen umfasst der Konsolidierungskreis die in folgender Tabelle aufgeführten Unternehmen:

Konsolidierungskreis

	2013	Anpassung ¹	2013 angepasst	2014
Anzahl der vollkonsolidierten Unternehmen (Tochterunternehmen)				
Inländisch	88	-1	87	90
Ausländisch	707	-5	702	685
Anzahl der quotaleinbezogenen Gemeinschaftsunternehmen				
Inländisch	1	-1	0	0
Ausländisch	3	-3	0	0
Anzahl der Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit				
Inländisch	0	1	1	1
Ausländisch	0	1	1	1
Anzahl der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen				
Inländisch	0	1	1	1
Ausländisch	8	7	15	14

¹ Textziffer 4

Die mit der Anwendung des IFRS 10 und IFRS 11 einhergehenden Änderungen in den Konsolidierungsvorschriften hatten keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Informationen hierzu finden sich unter Textziffer 4 „Anpassung von Vorjahreswerten“.

2.1 Unternehmenserwerbe

Unternehmenserwerbe 2014

Folgende Unternehmenserwerbe fanden im Geschäftsjahr 2014 statt:

Unternehmenserwerbe 2014

Name	Land	Segment	Kapitalanteil %	Erwerbs- zeitpunkt
DHL Global Forwarding & Co. LLC (DHL Oman), Muscat	Oman	Global Forwarding, Freight	40	7. Mai 2014
StreetScooter GmbH, Aachen	Deutschland	PeP ¹	100	18. Dez. 2014

¹ Post - eCommerce - Parcel, ehemals Segment Brief

Die bisher nach der Equity-Methode bilanzierte Gesellschaft DHL Global Forwarding & Co. LLC (DHL Oman), Oman, die Speditions-, Transport- und Logistikdienstleistungen anbietet, wird aufgrund vertraglicher Änderungen seit Mai 2014 vollkonsolidiert. Im Dezember 2014 erwarb Deutsche Post DHL Group die StreetScooter GmbH. Das Unternehmen ist auf dem Gebiet der Entwicklung von Elektroautos tätig. Mit dem Erwerb übernimmt Deutsche Post DHL Group auch die Entwicklungs- und Produktionsrechte an den Fahrzeugen.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe 2014

MIO €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
1. Januar bis 31. Dezember			
Langfristige Vermögenswerte	3	-	3
Kurzfristige Vermögenswerte	11	-	11
Flüssige Mittel	5	-	5
AKTIVA	19	-	19
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	9	-	9
PASSIVA	9	-	9
Nettovermögen			10

Die Ermittlung des Firmenwerts zeigt die folgende Tabelle:

Firmenwert 2014

MIO €	Beizulegender Zeitwert
Vertragliche Gegenleistung	7
Zeitwert der bereits bestehenden Beteiligung ¹	2
Anschaffungskosten	9
Abzüglich Nettovermögen	10
Unterschiedsbetrag	-1
Zuzüglich nicht beherrschende Anteile ²	3
Firmenwert	2

¹ Gewinn aus Übergangskonsolidierung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

² Die nicht beherrschenden Anteile werden zum Buchwert angesetzt.

Seit dem Konsolidierungszeitpunkt trugen die Gesellschaften mit 17 MIO € zum Konzernumsatz und mit 2 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären die Gesellschaften schon zum 1. Januar 2014 erworben worden, hätten sie zusätzlich weitere 8 MIO € zum Konzernumsatz sowie 1 MIO € zum Konzern-EBIT beigetragen.

Die Transaktionskosten lagen unter 1 MIO € und sind im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten.

Für die im Geschäftsjahr 2014 erworbenen Gesellschaften wurden 7 MIO €, für bereits in Vorjahren erworbene Gesellschaften wurden Zahlungen in Höhe von 3 MIO € geleistet. Der Kaufpreis der erworbenen Gesellschaften wurde durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen.

Unternehmenserwerbe 2013

Bis zum 31. Dezember 2013 wurden von Deutsche Post DHL Group Unternehmen erworben, die sich weder einzeln noch in Summe wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ausgewirkt haben:

Unternehmenserwerbe 2013

Name	Land	Segment	Kapitalanteil %	Erwerbs- zeitpunkt
Compador Technologies GmbH, Berlin	Deutschland	PeP	49	15. Januar 2013
optivo GmbH, Berlin	Deutschland	PeP	100	28. Juni 2013
RISER ID Services GmbH, Berlin	Deutschland	PeP	100	31. Juli 2013

Im Januar 2013 erwarb Deutsche Post DHL Group 49 % der Anteile an der Compador Technologies GmbH (Compador), Berlin. Das Unternehmen ist spezialisiert auf die Entwicklung und Fertigung von Sortiermaschinen und Softwarelösungen. Die Gesellschaft wird aufgrund bestehender potenzieller Stimmrechte vollkonsolidiert.

Weiterhin wurde im Juni 2013 die optivo GmbH, Berlin, erworben, ein technologischer E-Mail-Marketing-Dienstleister. Das Unternehmen bietet Software und Dienstleistungen zum Bestandskundendialog durch einen automatisierten Versand von Kampagnenmails an.

Ende Juli 2013 wurden über ein Tochterunternehmen, an dem Deutsche Post DHL Group 51 % der Anteile hält, 100 % der Anteile an der RISER ID Services GmbH, Berlin, erworben. Bei dem Unternehmen handelt es sich um einen Dienstleister für elektronische Adressauskünfte aus öffentlichen Melderegistern.

Im Geschäftsjahr 2012 hatte Deutsche Post DHL Group ihre Anteile an dem Mobile-Commerce-Supermarkt All you need GmbH, Berlin, aufgestockt. Der sukzessive Erwerb der Gesellschaft erfolgte unter der Absicht der Wiederveräußerung. Dementsprechend wurde die Gesellschaft gemäß IFRS 5 unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

ausgewiesen. Im dritten Quartal 2013 gab der Vorstand bekannt, die Weiterveräußerungsabsicht nicht länger verfolgen zu wollen. Aus der Erstkonsolidierung entstand ein Firmenwert in Höhe von 5 MIO €. Die bilanzielle Abbildung erfolgte im dritten Quartal 2013. Auf eine rückwirkende Anpassung der Darstellung in der Gewinn- und Verlust-Rechnung wurde aufgrund von Unwesentlichkeit verzichtet.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe 2013

MIO €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
1. Januar bis 31. Dezember			
Langfristige Vermögenswerte	2	–	2
Kurzfristige Vermögenswerte	8	–	8
Flüssige Mittel	2	–	2
AKTIVA	12	–	12
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	7	–	7
PASSIVA	7	–	7
Nettovermögen			5

Die Ermittlung des Firmenwerts zeigt die folgende Tabelle:

Firmenwert 2013

MIO €	Beizulegender Zeitwert
Vertragliche Gegenleistung	37
Zeitwert der bereits bestehenden Beteiligung ¹	2
Anschaffungskosten	39
Abzüglich Nettovermögen	5
Abzüglich auf nicht beherrschende Anteile entfallende Anschaffungskosten	5
Unterschiedsbetrag	29
Zuzüglich nicht beherrschende Anteile ²	2
Firmenwert	31

¹ Gewinn aus Übergangskonsolidierung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

² Die nicht beherrschenden Anteile werden zum Buchwert angesetzt.

Im Geschäftsjahr 2013 trugen die Gesellschaften seit dem Konsolidierungszeitpunkt mit 8 MIO € zum Konzernumsatz und mit –2 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären die Gesellschaften schon zum 1. Januar 2013 erworben worden, hätten sie zusätzlich weitere 9 MIO € zum Konzernumsatz sowie 1 MIO € zum Konzern-EBIT beigetragen.

Die Transaktionskosten lagen unter 1 MIO € und sind im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten.

Für die im Geschäftsjahr 2013 erworbenen Gesellschaften wurden 5 MIO € gezahlt. Der Kaufpreis der erworbenen Gesellschaften wurde durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen.

2.2 Bedingte Gegenleistungen

Für die Unternehmenserwerbe vorangegangener Geschäftsjahre wurden variable Kaufpreise vereinbart, die in der folgenden Tabelle dargestellt werden:

Bedingte Gegenleistungen

Grundlage	Zeitraum für Geschäftsjahre von bis	Bandbreite der Ergebnisse	Zeitwert der Gesamtverpflichtung	Restzahlungs- verpflichtung zum 31. Dez. 2013	Restzahlungs- verpflichtung zum 31. Dez. 2014
Umsatzerlöse und EBITDA ¹	2011 bis 2013	0 bis 3 MIO €	0 MIO €	1 MIO €	0 MIO €
Umsatzerlöse und Vertriebsmarge	2012 bis 2014	0 bis 9 MIO €	3 MIO €	1 MIO €	0 MIO €

¹ Veränderung des Zeitwerts der Gesamt- und Restzahlungsverpflichtung aufgrund Abweichung der Ist-Werte von den Schätzwerten

2.3 Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte

Die Gewinne werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen, die Verluste unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2014

Im Geschäftsjahr 2014 ergaben sich folgende Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte:

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2014

MIO €	Hull Blyth	Digital Solutions Business	Compador Technologies	Gesamt
1. Januar bis 31. Dezember				
Langfristige Vermögenswerte	1	1	1	3
Kurzfristige Vermögenswerte	3	0	0	3
Flüssige Mittel	0	0	0	0
AKTIVA	4	1	1	6
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	0	0	5	5
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	2	0	1	3
PASSIVA	2	0	6	8
Nettovermögen	2	1	-5	-2
Gesamte erhaltene Gegenleistung	2	4	-4	2
Erträge aus der Währungsumrechnungsrücklage	0	0	0	0
Nicht beherrschende Anteile	0	0	2	2
Entkonsolidierungsgewinn (+)/-verlust (-)	0	3	-1	2

SEGMENT POST - ECOMMERCE - PARCEL

Im Dezember 2014 wurde die deutsche Gesellschaft Compador Technologies, Berlin, verkauft und entkonsolidiert.

SEGMENT SUPPLY CHAIN

Im Dezember 2014 wurde das Geschäftsfeld „Digital Solutions Business“ der DHL Supply Chain Limited, Großbritannien, verkauft. Es handelte sich hierbei um einen Asset Deal.

SEGMENT GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Im Juli 2014 wurden die nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten der Hull Blyth (Angola) Ltd., Angola, einschließlich der darauf entfallenden langfristigen Vermögenswerte sowie die Gesellschaft Hull Blyth Angola Viagens e Turismo Lda., Angola, verkauft. Die Vermögenswerte und Schulden waren unterjährig gemäß IFRS 5 unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ausgewiesen. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2013

MIO €	Cargus International	DHL Fashion (France)	ITG-Gruppe	Exel Direct	DHL Express UK	Gesamt
1. Januar bis 31. Dezember						
Langfristige Vermögenswerte	6	0	14	6	1	27
Kurzfristige Vermögenswerte	3	12	30	14	0	59
Flüssige Mittel	2	23	4	1	0	30
AKTIVA	11	35	48	21	1	116
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	4	12	38	10	0	64
PASSIVA	4	12	38	10	0	64
Nettovermögen	7	23	10	11	1	52
Gesamte erhaltene Gegenleistung	19	0	18	24	1	62
Aufwendungen aus der Währungsumrechnungsrücklage	0	0	0	-2	0	-2
Entkonsolidierungsgewinn (+)/-verlust (-)	12	-23	8	11	0	8

SEGMENT EXPRESS

Im ersten Quartal 2013 wurde der Verkauf des rumänischen Inlandsexpressgeschäfts der Cargus International s.R.L. vollzogen. Gemäß IFRS 5 waren die Vermögenswerte und Schulden zuvor in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

Ende Oktober 2013 wurde der Verkauf des Domestic-Same-Day-Geschäfts der DHL Express UK Limited, Großbritannien, vollzogen. Die betroffenen Vermögenswerte und Schulden waren gemäß IFRS 5 zuvor in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte und Schulden vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

SEGMENT SUPPLY CHAIN

Deutsche Post DHL Group hat im April 2013 den Verkauf des Fashion-Logistikgeschäfts der DHL Fashion (France) SAS, Frankreich, vollzogen. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hatte im Jahr 2012 zu einer Wertminderung in Höhe von 1 MIO € geführt, die in den Abschreibungen erfasst wurde.

Weiterhin wurde im Juni 2013 die ITG GmbH Internationale Spedition und Logistik, Deutschland, inklusive Tochtergesellschaften verkauft. Gemäß IFRS 5 waren die Vermögenswerte und Schulden in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

Der Verkauf der us-amerikanischen Gesellschaft Exel Direct Inc. einschließlich der kanadischen Niederlassung wurde im Mai 2013 vollzogen. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hatte zu keiner Wertminderung geführt.

Die us-amerikanische Gesellschaft Llano Logistics Inc, die im Bereich Warehousing tätig ist, wurde im Mai 2013 verkauft und entkonsolidiert. Da sämtliche Werte unter 1 MIO € lagen, wurde auf eine Darstellung in der Tabelle verzichtet.

2.4 Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit

Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit werden gemäß den Vorschriften des IFRS 11 entsprechend ihres Anteils konsolidiert.

Wesentliches Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit ist Aerologic GmbH (Aerologic), Deutschland, mit Sitz in Leipzig. Die Frachtfluggesellschaft ist dem Segment Express zugeordnet und wurde gemeinsam von Deutsche Lufthansa AG und Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH mit einem Kapital- bzw. Stimmrechtsanteil von jeweils 50 % gegründet. Die Anteilseigner der Aerologic sind gleichzeitig die Kunden und verfügen somit über die Kapazitäten der Frachtmaschinen. Montags bis freitags fliegt Aerologic ausschließlich im Expressnetz der DHL Express und am Wochenende im Netzwerk der Lufthansa Cargo. Die Vermögenswerte und Schulden sowie die Aufwendungen und Erträge werden abweichend von den Kapital- und Stimmrechtsanteilen auf Grundlage des vorgenannten Nutzungsverhältnisses verteilt.

3 Wesentliche Geschäftsvorfälle**Durchführung von Kapitalerhöhungen**

Im März und Dezember 2014 führte die Deutsche Post AG Kapitalerhöhungen mit Ausgabe neuer Aktien und anschließendem Aktienrückkauf durch, [Textziffer 38](#).

Weitere wesentliche Geschäftsvorfälle lagen nicht vor.

4 Anpassung von Vorjahreswerten

Mit Inkrafttreten des IFRS 10 und des IFRS 11 zum 1. Januar 2014 wurden aufgrund der retrospektiven Anwendung die Vorjahreswerte der betreffenden Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung entsprechend angepasst. Im Rahmen dieses Umstellungsprozesses erfolgten weitere unwesentliche Anpassungen in der Einbeziehungsart und -quote.

Der Bilanzposten „Beteiligungen an assoziierten Unternehmen“ wurde umbenannt in „Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen“, da dieser nun auch die nach der Equity-Methode zu bilanzierenden Gemeinschaftsunternehmen enthält. Entsprechend wurde die Bezeichnung des Postens in der Gewinn- und Verlust-Rechnung von „Ergebnis aus assoziierten Unternehmen“ in „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen“ abgeändert.

Eine Analyse des Beteiligungsportfolios von Deutsche Post DHL Group hat ergeben, dass ausschließlich Beteiligungen an Gesellschaften gehalten werden, die im operativen Kerngeschäft des Konzerns tätig sind. Insoweit ergibt sich eine bessere Darstellung der operativen Leistungsfähigkeit, wenn die Aufwendungen und Erträge aus diesen Beteiligungen im operativen

Ergebnis (EBIT) dargestellt werden. Daher wurden das „Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen“ sowie die Effekte aus „Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten“, soweit es sich um Eigenkapitalinvestments handelt, aus dem Finanzergebnis in das operative Ergebnis umgliedert. Die Umgliederung erfolgte retrospektiv.

Anpassung Bilanz 1. Januar 2013 und 31. Dezember 2013

MIO €	1. Jan. 2013	Anpassung	1. Jan. 2013 angepasst	31. Dez. 2013	Anpassung	31. Dez. 2013 angepasst
AKTIVA						
Immaterielle Vermögenswerte	12.151	-5	12.146	11.836	-4	11.832
Sachanlagen	6.663	-11	6.652	6.814	-14	6.800
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	46	-46	-	48	-48	-
Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-	66	66	-	68	68
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.039	-1	1.038	1.124	-1	1.123
Sonstige langfristige Vermögenswerte	298	3	301	184	3	187
Vorräte	322	-1	321	403	-1	402
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.959	-19	6.940	7.040	-18	7.022
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.153	2	2.155	2.221	2	2.223
Ertragsteueransprüche	127	0	127	168	-1	167
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.400	-5	2.395	3.417	-3	3.414
Summe AKTIVA	33.857	-17	33.840	35.478	-17	35.461
PASSIVA						
Andere Rücklagen	-475	1	-474	-819	2	-817
Gewinnrücklagen	6.031	-14	6.017	7.198	-15	7.183
Nicht beherrschende Anteile	209	-2	207	191	-1	190
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.216	0	5.216	5.017	-1	5.016
Sonstige langfristige Rückstellungen	1.943	11	1.954	1.574	15	1.589
Langfristige Finanzschulden	4.413	8	4.421	4.612	7	4.619
Kurzfristige Rückstellungen	1.663	4	1.667	1.745	7	1.752
Kurzfristige Finanzschulden	403	7	410	1.328	7	1.335
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.991	-31	5.960	6.392	-34	6.358
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	4.004	-1	4.003	3.981	-3	3.978
Ertragsteuerverpflichtungen	534	0	534	430	-1	429
Summe PASSIVA	33.857	-17	33.840	35.478	-17	35.461



Anpassung Gewinn-und-Verlust-Rechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2013

MIO €	2013	Anpassung	2013 angepasst
Umsatzerlöse	55.085	-173	54.912
Sonstige betriebliche Erträge	1.961	1	1.962
Materialaufwand	-31.212	174	-31.038
Personalaufwand	-17.785	9	-17.776
Abschreibungen	-1.341	4	-1.337
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.847	-16	-3.863
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	-	5	5
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	2.861	4	2.865
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	-2	-
Finanzergebnis	-289	-4	-293

5 Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neue Rechnungslegungsvorschriften, die im Geschäftsjahr 2014 verpflichtend anzuwenden sind

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind verpflichtend am bzw. nach dem 1. Januar 2014 anzuwenden:

Standard	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
IFRS 10, Konzernabschlüsse einschließlich Übergangsbestimmungen	1. Januar 2014	Mit dem neuen Standard erfolgt eine einheitliche Definition für den Beherrschungsbegriff für sämtliche Unternehmen, die in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. IFRS 10 ersetzt IAS 27, Konzern- und Einzelabschlüsse, sowie SIC-12, Konsolidierung – Zweckgesellschaften. Zweckgesellschaften, die bisher auf Grundlage des SIC-12 konsolidiert wurden, unterliegen nun IFRS 10. Mit der retrospektiven Anwendung des Standards ergaben sich für das Geschäftsjahr 2013 nur unwesentliche Änderungen,  Textziffern 2 und 4. Pro-forma-Angaben: Wäre der Standard im Geschäftsjahr 2014 nicht angewandt worden, hätten sich das EBIT und das Konzernergebnis nicht wesentlich verändert.
IFRS 11, Gemeinsame Vereinbarungen einschließlich Übergangsbestimmungen	1. Januar 2014	Mit IFRS 11 wurde IAS 31, Anteile an Gemeinschaftsunternehmen, ersetzt und das Wahlrecht der Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen abgeschafft. Mit IFRS 11 sind jedoch nicht zwingend alle bisherigen anteilmäßig einbezogenen Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren. IFRS 11 definiert einheitlich den Begriff „gemeinsame Vereinbarungen“ und differenziert diesen nach „gemeinschaftlichen Tätigkeiten“ und „Gemeinschaftsunternehmen“. Der Anteil an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit wird auf der Grundlage der direkten Rechte und Pflichten erfasst, während der Anteil am Ergebnis eines Gemeinschaftsunternehmens nach der Equity-Methode zu bilanzieren ist. Die Anwendung der Equity-Methode auf Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach den Vorschriften des überarbeiteten IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen. Mit der retrospektiven Anwendung des Standards ergaben sich für das Geschäftsjahr 2013 nur unwesentliche Änderungen,  Textziffern 2 und 4. Pro-forma-Angaben: Wäre der Standard im Geschäftsjahr 2014 nicht angewandt worden, hätten sich das EBIT und das Konzernergebnis nicht wesentlich verändert.
IFRS 12, Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen einschließlich Übergangsbestimmungen	1. Januar 2014	Mit IFRS 12 wurden die Angabepflichten zu sämtlichen Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in einem Standard zusammengefasst. Es werden quantitative und qualitative Angaben zu der Art der Risiken und finanziellen Auswirkungen gemacht, die mit dem Engagement des Unternehmens bei seinen Beteiligungsunternehmen verbunden sind. Die geforderten Anhangangaben nach IFRS 12 sind im Anhang des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2014 dargestellt.
IAS 27, Einzelabschlüsse (revised 2011)	1. Januar 2014	Einhergehend mit den neuen Standards IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wurde der bisherige Standard IAS 27, Konzern- und Einzelabschlüsse, überarbeitet und in IAS 27, Einzelabschlüsse (revised 2011) umbenannt. Er enthält nur noch die Vorschriften, die auf separate Einzelabschlüsse anzuwenden sind. Die Änderung hat keinen Einfluss auf den Abschluss.
IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (revised 2011)	1. Januar 2014	Durch IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wurde der bisherige Standard IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen, überarbeitet und in IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (revised 2011), umbenannt. Der Anwendungsbereich wurde auf die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode ausgeweitet. Die bisherigen Regelungen des SIC-13, Gemeinschaftlich geführte Unternehmen – nichtmonetäre Einlagen durch Partnerunternehmen, sind in IAS 28 integriert. Die Änderung hat keinen wesentlichen Einfluss auf den Abschluss.
Änderungen zu IAS 32, Finanzinstrumente: Darstellung – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten	1. Januar 2014	Mit dieser Änderung erfolgte eine Klarstellung der Voraussetzungen für die Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz. Die Änderung hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses. Im Einzelfall kommt es zu erweiterten Anhangangaben.
Änderungen an IAS 36, Wertminderung von Vermögenswerten – Angaben zum erzielbaren Betrag bei nichtfinanziellen Vermögenswerten	1. Januar 2014	Die Änderung verdeutlicht, dass Angaben über den erzielbaren Betrag nur für die nichtfinanziellen Vermögenswerte zu machen sind, für die in der laufenden Berichtsperiode eine Wertminderung oder eine Wertaufholung erfasst wurde. Zusätzlich wurden die Anhangangaben angepasst, die zu machen sind, wenn der erzielbare Betrag auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten bestimmt wurde. Der Standard wurde schon im Geschäftsjahr 2013 vorzeitig angewandt.
Änderungen an IAS 39, Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	1. Januar 2014	Mit der Änderung wird erreicht, dass ein Wechsel der Vertragspartei eines Sicherungsinstruments zu einer zentralen Gegenpartei infolge von rechtlichen oder regulatorischen Anforderungen unter bestimmten Voraussetzungen keine Beendigung einer Sicherungsbeziehung auslöst. Die Änderung hat keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:

Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12, IAS 27, Investmentgesellschaften, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, die durch die EU anerkannt wurden, deren verpflichtende Anwendung in der Zukunft liegt

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind bereits durch die EU anerkannt worden. Eine verpflichtende Anwendung ist jedoch erst für die Zukunft vorgesehen.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
IFRIC 21, Abgaben (20. Mai 2013)	17. Juni 2014 ¹	Die Interpretation klärt, wann eine Verbindlichkeit für eine öffentliche Abgabe anzusetzen ist. Sie deckt die Bilanzierung von Abgaben ab, die im Rahmen von Gesetzen und Vorschriften auferlegt wurden. Steuern, Strafzahlungen und andere Abflüsse, die unter den Anwendungsbereich anderer Standards fallen, werden nicht behandelt. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss sind nicht wesentlich.
Änderungen an IAS 19, Leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge (21. November 2013)	1. Februar 2015 ¹	Die Änderungen betreffen die Berücksichtigung von Arbeitnehmerbeiträgen im Rahmen leistungsorientierter Altersversorgungszusagen. Sie sehen eine Vereinfachungsregelung für Arbeitnehmerbeiträge vor, die nicht an die Anzahl der Dienstjahre gekoppelt sind. In diesem Fall kann der Dienstzeitaufwand der Periode reduziert werden, in der die korrespondierende Arbeitsleistung erbracht wird. Die neuen Regelungen sind verpflichtend retrospektiv anzuwenden. Die Anwendung wird zu keinen wesentlichen Änderungen führen.
Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2010–2012) (12. Dezember 2013)	1. Februar 2015 ¹	Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8, IFRS 13, IAS 16, IAS 24, IAS 37, IAS 38, IAS 39. Die Änderungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben.
Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2011–2013) (12. Dezember 2013)	1. Januar 2015 ¹	Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13, IAS 40. Die Änderungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben.

¹ Abweichend von der Originalregelung wurde der verpflichtende Anwendungszeitpunkt für Unternehmen innerhalb der EU abgeändert.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, bei denen die Anerkennung durch die EU noch aussteht (Endorsement-Verfahren)

Der IASB und das IFRIC haben im Geschäftsjahr 2014 sowie in den Vorjahren weitere Standards, Änderungen zu Standards und Inter-

pretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2014 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS setzt voraus, dass die noch ausstehende Anerkennung durch die EU erfolgt.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
IFRS 9, Finanzinstrumente (24. Juli 2014)	1. Januar 2018	IFRS 9 wurde im Jahr 2009 im Rahmen des Projekts zur Ablösung des IAS 39 veröffentlicht und enthält Vorschriften für den Ansatz und die Bewertung von Finanzinstrumenten, zur Ausbuchung und Sicherungsbilanzierung. Die nunmehr veröffentlichte vierte und finale Version von IFRS 9 ersetzt alle vorherigen Versionen. IFRS 9 ändert grundlegend die bisherigen Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, einschließlich Impairment-Regelungen, und ergänzt die im Jahr 2013 veröffentlichten neuen Regelungen zum Hedge Accounting. Für Geschäftsmodelle, bei denen Vermögenswerte sowohl zum Verkauf, als auch zur Vereinnahmung von Cashflows gehalten werden, wurde die neue Kategorie „fair value through other comprehensive income“ eingeführt. Die Neuregelungen zur Ermittlung von Impairments (Wertminderungen, insbesondere Kreditrisikoversorge) beinhalten ein neues „expected loss model“, mit dem der Ansatz von Verlusten vorgezogen wird, indem sowohl eingetretene als auch in der Zukunft erwartete Verluste berücksichtigt werden. Die Klassifizierungs- und Bewertungsregeln für finanzielle Verbindlichkeiten haben sich durch IFRS 9 dagegen kaum geändert. Lediglich für zum beizulegenden Zeitwert designierte Verbindlichkeiten sind künftig Änderungen dieses Zeitwerts, die auf Änderungen des eigenen Kreditrisikos zurückzuführen sind, nicht mehr im Gewinn und Verlust, sondern im sonstigen Ergebnis (OCI) zu erfassen. Mit der Überarbeitung der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Hedge-Accounting) erfolgt eine stärkere Orientierung an der ökonomischen Risikosteuerung eines Unternehmens. Umfangreiche neue Anhangangaben wurden als Änderung zu IFRS 7 hinzugefügt. Die erstmalige verpflichtende Anwendung von IFRS 9 ist für Geschäftsjahre vorgesehen, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Vorbehaltlich lokaler Regelungen ist eine vorzeitige freiwillige Anwendung zulässig. Die Erstanwendung hat grundsätzlich retrospektiv zu erfolgen, allerdings werden diverse Vereinfachungsoptionen gewährt. Der Konzern prüft zurzeit die Auswirkungen auf den Konzernabschluss.
IFRS 15, Erlöse aus Verträgen mit Kunden (28. Mai 2014)	1. Januar 2017	Der Standard ersetzt künftig die bisherigen Vorschriften zur Erlösrealisierung gemäß IAS 18, Umsatzerlöse, sowie IAS 11, Fertigungsaufträge. Mit dem neuen Standard wurden einheitliche Grundprinzipien bzgl. der Fragestellung, in welcher Höhe und zu welchem Zeitpunkt bzw. über welchen Zeitraum hinweg Umsatz zu realisieren ist, festgesetzt, die für alle Branchen und für alle Kategorien von Umsatztransaktionen anwendbar sind. Der Standard bietet dafür ein prinzipienbasiertes fünfstufiges Modell, das auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden ist. Zudem werden umfangreiche Anhangangaben gefordert. IFRS 15 ist auf Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2017 beginnen. Die Anwendung erfolgt grundsätzlich retrospektiv. Die Auswirkungen auf den Konzernabschluss werden zurzeit geprüft.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
Änderungen an IFRS 11, Gemeinsame Verein- barungen – Erwerb von Anteilen an einer gemein- schaftlichen Tätigkeit (6. Mai 2014)	1. Januar 2016	Mit der Änderung wird klargestellt, dass Erwerbe und Hinzuerwerbe von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten, die einen Geschäftsbetrieb im Sinne des IFRS 3, Unternehmenszusammenschlüsse, darstellen, nach den Prinzipien für die Bilanzierung von Unternehmenszusammenschlüssen des IFRS 3 und anderer anwendbarer IFRS zu bilanzieren sind, soweit diese nicht im Konflikt mit Regelungen des IFRS 11 stehen. Die Änderungen gelten nicht, sofern das Berichtsunternehmen und die daran beteiligten Parteien unter gemeinsamer Beherrschung (common control) des gleichen obersten beherrschenden Unternehmens stehen. Die neuen Regelungen gelten prospektiv für Anteilerwerbe, die in Berichtsperioden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen, stattfinden. Eine frühere freiwillige Anwendung ist zulässig. Die Auswirkungen auf den Konzern werden zurzeit geprüft.
Änderungen an IAS 16, Sachanlagen und IAS 38, Immaterielle Vermögens- werte: Klarstellung akzeptabler Abschreibungs- methoden (12. Mai 2014)	1. Januar 2016	Die Änderungen ergänzen die bestehenden Vorschriften bezüglich der zulässigen Abschreibungsmethoden für immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Demnach sind umsatzbasierte Abschreibungsmethoden für Sachanlagen nicht zulässig und für immaterielle Vermögenswerte nur noch lediglich in bestimmten Ausnahmefällen. Zusätzlich wird klargestellt, dass ein Rückgang der Absatzpreise von Gütern und Dienstleistungen ein Indiz für deren wirtschaftliche Veralterung und damit ein Hinweis auf einen Rückgang des wirtschaftlichen Nutzenpotenzials der für die Herstellung notwendigen Vermögenswerte sein kann. Die Anwendung hat prospektiv zu erfolgen. Eine freiwillige vorzeitige Anwendung ist zulässig. Zurzeit werden die Auswirkungen auf den Konzernabschluss überprüft.
Jährliche Verbesserungen der IFRS (Zyklus 2012–2014) (25. September 2014)	1. Januar 2016	Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 5, IFRS 7, IAS 19, IAS 34. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Die Änderungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben.
Änderungen an IAS 1, Darstellung des Abschlusses (18. Dezember 2014)	1. Januar 2016	Die Änderungen betreffen Klarstellungen zur Wesentlichkeit der Darstellung von Gliederungsposten in der Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie für Anhangangaben. Unwesentliche Angaben sind nicht zu machen. Das gilt auch, wenn ihre Angabe in anderen Standards explizit gefordert wird. Ferner werden Vorgaben zur Darstellung von Zwischensummen, der Struktur des Anhangs sowie zu den Angaben zu Rechnungslegungsmethoden neu in IAS 1 eingefügt bzw. bisherige Anforderungen klargestellt. Die Darstellung des Anteils von at Equity bewerteten Beteiligungen am sonstigen Ergebnis in der Gesamtergebnisrechnung wird geklärt. Die Änderungen werden keine wesentliche Auswirkung auf den Abschluss haben.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:

IFRS 14, Regulatorische Abgrenzungsposten, veröffentlicht am 30. Januar 2014, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen; Änderungen an IAS 16, Sachanlagen und IAS 41, Landwirtschaft: produzierende Pflanzen, veröffentlicht am 30. Juni 2014, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen; Änderungen an IAS 27, Equity-Methode im separaten Abschluss, veröffentlicht am 12. August 2014, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen; Änderungen an IFRS 10, Konzernabschlüsse, und IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, veröffentlicht am 11. September 2014, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen. Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28, Investmentgesellschaften – Anwendung der Konsolidierungsausnahme, veröffentlicht am 18. Dezember 2014, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

6 Währungsumrechnung

Die in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währungen in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung ausländischer Gesellschaften wird durch das primäre Wirtschaftsumfeld bestimmt, in dem sie hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Innerhalb des Konzerns entspricht die funktionale Währung im Wesentlichen der lokalen Währung. Entsprechend werden im Konzernabschluss die Vermögenswerte und Schulden mit den Stichtagskursen, die periodischen Aufwendungen und Erträge grundsätzlich mit den monatlichen Stichtagskursen umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Geschäftsjahr 2014 wurden 441 Mio € (Vorjahr, angepasst: –450 Mio €) im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital ausgewiesen. Siehe hierzu die Gesamtergebnis- und Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Durch Unternehmenszusammenschlüsse nach dem 1. Januar 2005 entstandene Geschäfts- oder Firmenwerte werden als Vermögenswerte des erworbenen Unternehmens behandelt und entsprechend in der funktionalen Währung des erworbenen Unternehmens geführt.

Die Kurse der für den Konzern wesentlichen Währungen stellen sich wie folgt dar:

Währung	Land	Stichtagskurse		Durchschnittskurse	
		2013 1 EUR =	2014 1 EUR =	2013 1 EUR =	2014 1 EUR =
AUD	Australien	1,5408	1,4823	1,3769	1,4729
CNY	China	8,3411	7,5389	8,1670	8,1891
GBP	Groß- britannien	0,8332	0,7789	0,8492	0,8064
JPY	Japan	144,6070	145,1930	129,6521	140,3815
SEK	Schweden	8,8682	9,3797	8,6511	9,1000
CHF	Schweiz	1,2269	1,2025	1,2308	1,2146
USD	USA	1,3778	1,2148	1,3284	1,3291

Bei konsolidierten Unternehmen, die ihre Geschäfte in hochinflationären Volkswirtschaften betreiben, werden die bilanziellen Wertansätze der nichtmonetären Vermögenswerte grundsätzlich gemäß IAS 29 indiziert und spiegeln damit die aktuelle Kaufkraft am Bilanzstichtag wider.

In den in lokaler Währung aufgestellten Abschlüssen der konsolidierten Gesellschaften werden Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß IAS 21 zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen erfasst. Im Geschäftsjahr 2014 ergaben sich in Höhe von 171 MIO € Erträge (Vorjahr, angepasst: 157 MIO €) und 170 MIO € Aufwendungen (Vorjahr, angepasst: 157 MIO €) aus Währungsumrechnungsdifferenzen. Abweichend davon werden Währungsumrechnungsdifferenzen, die auf Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb beruhen, im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital erfasst.

Die Geschäftstätigkeit in Venezuela unterliegt Devisenbeschränkungen. Die venezolanische Landeswährung, der Bolívar fuerte, ist nicht frei konvertierbar. Mit SICAD II (Sistema Complementario de Administración de Divisas) wurde im März 2014 ein neues Wechselkurssystem eingeführt und der staatlich festgelegte Wechselkurs angepasst. Deutsche Post DHL Group nutzt seit dem zweiten Quartal 2014 dieses System und hat auf dieser Basis den Umrechnungskurs modifiziert. Währungsbedingt verringerten sich zum Zeitpunkt der Umstellung die flüssigen Mittel der betroffenen Gesellschaften um 130 MIO € sowie die langfristigen Vermögenswerte um 27 MIO €. Die sonstigen kurzfristigen Vermögenswerte sanken um 56 MIO €, die kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten um 103 MIO €. Die entsprechenden Gegenposten finden sich in der Währungsumrechnungsrücklage im Eigenkapital. Zum 31. Dezember 2014 betragen die flüssigen Mittel 23 MIO €.

7 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zugrunde. Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt nach dem Grundsatz historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit Ausnahme bestimmter Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die gewöhnliche Geschäftstätigkeit von Deutsche Post DHL Group liegt in der Erbringung von logistischen Dienstleistungen. Alle Erträge, die im Zusammenhang mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stehen, werden als Umsatzerlöse in der Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt. Alle anderen Erträge werden als sonstige betriebliche Erträge gezeigt. Der Ansatz von Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen erfolgt grundsätzlich dann, wenn die Leistung erbracht sowie die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist und der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern wahrscheinlich zufließen wird. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter den immateriellen Vermögenswerten werden originäre und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Firmenwerte ausgewiesen.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Im Konzern betrifft dies selbst entwickelte Software. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr der Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Die Herstellungskosten der selbst entwickelten Software enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Gegebenenfalls anfallende Fremdkapitalkosten sind bei qualifizierten Vermögenswerten Bestandteil der Herstellungskosten. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung von immateriellen Vermögenswerten anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Aktivierte Software wird entsprechend ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögenswerte werden ihrer Nutzungsdauer entsprechend linear abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen. Die Nutzungsdauern der wesentlichen immateriellen Vermögenswerte können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Nutzungsdauern

	Jahre ¹
Selbst erstellte Software	bis 10
Erworbene Software	bis 5
Lizenzen	Vertragslaufzeit
Kundenbeziehungen	bis 20

¹ Es handelt sich hierbei um die vom Konzern vorgegebenen Maximalwerte. Die tatsächlichen Nutzungsdauern können aufgrund bestimmter Faktoren, wie vertraglicher Regelungen, regionaler und zeitlicher Begebenheiten, unterhalb dieser Vorgaben liegen.

Immaterielle Vermögenswerte, für die keine rechtlichen, wirtschaftlichen, vertraglichen oder sonstigen Faktoren vorliegen, die eine Nutzungsdauer beschränken könnten, haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf Wertminderungsbedarf geprüft. Hierunter fallen z. B. grundsätzlich Markennamen aus Unternehmenszusammenschlüssen. Der Werthaltigkeitstest unterliegt den Grundsätzen, die unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschrieben werden.

Sachanlagen

Die Bilanzierung von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, Bau oder der Herstellung zugeordnet werden können, werden aktiviert. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Sachanlagegegenstände anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Die planmäßige Abschreibung erfolgt nach der linearen Methode. Die Nutzungsdauern der wesentlichen Anlageklassen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Nutzungsdauern

	Jahre ¹
Gebäude	20 bis 50
Technische Anlagen und Maschinen	10 bis 20
Flugzeuge	15 bis 20
IT-Ausstattung	4 bis 5
Transportausstattung und Fuhrpark	4 bis 18
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	8 bis 10

¹ Es handelt sich hierbei um die vom Konzern vorgegebenen Maximalwerte. Die tatsächlichen Nutzungsdauern können aufgrund bestimmter Faktoren, wie vertraglicher Regelungen, regionaler und zeitlicher Begebenheiten, unterhalb dieser Vorgaben liegen.

Bei Briefsortieranlagen wurden die Nutzungsdauern im Geschäftsjahr 2014 aufgrund besserer Einschätzung von zehn auf 20 Jahre, bei Paketsortieranlagen von 15 auf 20 Jahre verlängert. Bei Betriebshallen und Verwaltungsgebäuden erfolgte eine einheitliche Anpassung auf 50 Jahre. Die Anpassung der Nutzungsdauer wurde dabei als Änderung einer rechnungslegungsbezogenen Schätzung prospektiv vorgenommen. Eine rückwirkende Änderung vorangegangener Perioden erfolgte somit nicht. Mit Anwendung der veränderten Nutzungsdauern verringerten sich die Abschreibungen im Geschäftsjahr 2014 um 42 MIO €. In den künftigen Berichtsperioden werden sich voraussichtlich Entlastungen der planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 68 MIO € für das Geschäftsjahr 2015 und für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 66 MIO € ergeben.

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen, [Wertminderungen](#).

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien daraufhin geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Liegen solche Hinweise vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen. Hierbei wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt und dem entsprechenden Buchwert gegenübergestellt.

Nach IAS 36 entspricht der erzielbare Betrag dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert. Maßgeblich ist der höhere Wert. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der erwarteten Free Cashflows vor Steuern. Als Diskontierungszinssatz wird ein den Marktbedingungen entsprechen-

der Zinssatz vor Steuern verwendet. Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die Cash Generating Unit (CGU) bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann und die unabhängige Cashflows generiert. Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertminderung des Vermögenswerts. Ergibt sich nach einer vorgenommenen Wertminderung zu einem späteren Zeitpunkt ein höherer erzielbarer Betrag des Vermögenswerts oder der CGU, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe des erzielbaren Betrags. Die Wertaufholung ist begrenzt auf den fortgeführten Buchwert, der sich ohne die Wertminderung in der Vergangenheit ergeben hätte. Die vorzunehmende Zuschreibung erfolgt ergebniswirksam. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen auf Firmenwerte sind nicht zulässig.

Seit Januar 2005 werden Firmenwerte gemäß IFRS 3 nach dem sogenannten Impairment-only Approach bilanziert. Dieser legt fest, dass ein Firmenwert im Rahmen der Folgebewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten abzüglich ggf. kumulierter Korrekturen aus außerplanmäßigen Wertminderungen zu bewerten ist. Damit darf ein erworbener Firmenwert nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern muss, ebenso wie immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer, unabhängig vom Vorliegen von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 unterzogen werden. Daneben bleibt die Verpflichtung zu einer Werthaltigkeitsprüfung bei Vorliegen von Anzeichen für eine Wertminderung bestehen. Aus Unternehmenserwerben resultierende Firmenwerte werden den CGU bzw. Gruppen von CGU zugeordnet, die aus den Synergien des Erwerbs Nutzen ziehen sollen. Solche Gruppen stellen die niedrigste Berichtsebene dar, auf der das Management den Firmenwert für interne Steuerungszwecke kontrolliert. Der Buchwert einer CGU, die einen Firmenwert enthält, wird jährlich auf Werthaltigkeit überprüft und zusätzlich, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise für eine mögliche Wertminderung vorliegen. Im Falle von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit CGU, die einen Firmenwert enthalten, werden zunächst bestehende Firmenwerte reduziert. Übersteigt der Wertminderungsbedarf den Buchwert des Firmenwerts, wird die Differenz auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der CGU verteilt.

Finanzierungsleasing


Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, in der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht an der Nutzung eines Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum überträgt. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasinggegenständen wird gemäß IAS 17 dann dem Leasingnehmer zugerechnet, wenn dieser die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand trägt. Sofern das wirtschaftliche Eigentum dem Konzern als Leasingnehmer zuzurechnen ist, erfolgt die Aktivierung zum Zeitpunkt des Nutzungsbegins entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser den Zeitwert unterschreitet. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit unter den langfristigen Verbindlichkeiten passiviert. Die Folgebewertung erfolgt unter Anwendung der

Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Operating Lease

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist der Konzern das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt. Als Leasingnehmer werden die geleisteten Leasingraten als Mietaufwendungen im Materialaufwand ausgewiesen. Die Erfassung der Mietaufwendungen und Mieterträge erfolgt auf linearer Basis.

Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

Die Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen umfassen die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen. Sie werden gemäß IAS 28, Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, nach der Equity-Methode bewertet. Ausgehend von den Anschaffungskosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile wird der jeweilige Beteiligungsbuchwert jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschüttete Dividenden und sonstige Veränderungen im Eigenkapital der assoziierten Gesellschaften und Gemeinschaftsunternehmen erhöht bzw. vermindert, soweit diese auf die Anteile der Deutsche Post AG bzw. auf deren einbezogene Tochterunternehmen entfallen. Die Behandlung der in den Beteiligungsbuchwerten enthaltenen Firmenwerte erfolgt gemäß IFRS 3. Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet. Die Erfassung der Erträge und Verluste aus dem Abgang von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen sowie die Zuschreibungen und Wertberichtigungen erfolgen in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen,  [Textziffer 4](#).

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Zu den finanziellen Vermögenswerten zählen insbesondere Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, ausgereichte Kredite und Forderungen sowie zu Handelszwecken gehaltene derivative finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Verbindlichkeiten umfassen eine vertragliche Verpflichtung, Zahlungsmittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Anleihen und Finanzierungsleasing sowie derivative Finanzverbindlichkeiten.

Wahlrecht der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Mit der Fair Value Option können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten beim erstmaligen Ansatz erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn dies

Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting Mismatch) beseitigt oder erheblich verringert. Von dem Wahlrecht macht der Konzern zur Vermeidung von Accounting Mismatches Gebrauch.

Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert, dabei werden vier Kategorien für Finanzinstrumente unterschieden.

KATEGORIE „ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE“

Diese Finanzinstrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte und werden, soweit verlässlich bestimmbar, mit ihrem Zeitwert angesetzt. Ist ein Zeitwert nicht ermittelbar, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten. Wertschwankungen zwischen den Bilanzstichtagen werden grundsätzlich erfolgsneutral in das sonstige Ergebnis (Neubewertungsrücklage) eingestellt. Die Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei nachhaltigem Absinken des Zeitwerts unter die Anschaffungskosten erfolgswirksam. Ergibt sich zu einem späteren Bilanzstichtag die Tatsache, dass der beizulegende Wert eines Schuldinstruments infolge von Ereignissen, die nach dem Zeitpunkt der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, objektiv gestiegen ist, sind die Wertminderungen in entsprechender Höhe zurückzunehmen. Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten dürfen nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden. Werden die Eigenkapitalinstrumente zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, darf eine Wertaufholung nur erfolgsneutral erfolgen. Für Eigenkapitalinstrumente, die zu Anschaffungskosten bilanziert sind, ist eine Wertaufholung ausgeschlossen. „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind den langfristigen Vermögenswerten zuzuordnen, sofern nicht die Absicht besteht, sie innerhalb von zwölf Monaten nach Bilanzstichtag zu veräußern. In dieser Kategorie werden insbesondere Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen, Wertpapiere und sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

KATEGORIE „BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE VERMÖGENSWERTE“

Finanzinvestitionen sind dieser Kategorie zuzurechnen, wenn die Absicht besteht, das Instrument bis zur Endfälligkeit zu halten, und die wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf schließen lassen. Diese Instrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

KATEGORIE „AUSLEIHUNGEN UND FORDERUNGEN“

Es handelt sich um nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmbar Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden, sofern sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden, am Bilanzstichtag zu Anschaffungskosten bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Buchwerte der Geldmarktforderungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd den Zeitwerten. „Ausleihungen und Forderungen“ zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit deren Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag

übersteigt, ansonsten werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Bestehen an der Einbringbarkeit von Forderungen Zweifel, werden diese zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen oder pauschalierter Einzelwertberichtigung angesetzt. Eine Wertminderung bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Die Wertminderung wird über ein Wertberichtigungskonto und erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

KATEGORIE „ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE VERMÖGENSWERTE“

Alle zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente sowie Derivate, die nicht im Hedge Accounting stehen, sind dieser Kategorie zuzuordnen. Sie werden grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Sämtliche Marktwertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Bilanzierung aller Finanzinstrumente dieser Kategorie erfolgt zum Handelstag. Vermögenswerte dieser Kategorie werden als kurzfristige Vermögenswerte ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden.

Um Ergebnisschwankungen aus Marktwertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten zu vermeiden, wird – soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – Hedge Accounting angewandt. Gewinne und Verluste aus Grundgeschäft und Derivat werden zeitgleich im Ergebnis erfasst. Nach Art des Grundgeschäfts und des zu sichernden Risikos werden im Konzern Fair Value und Cashflow Hedges designiert.

Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung werden die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Wert zu bewerten sind, auf ihre Werthaltigkeit untersucht. Ein Wertminderungsaufwand ergibt sich im Vergleich zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, ist ein Wertminderungsaufwand erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand bzw. im Finanzergebnis zu erfassen. Wertminderungen sind zurückzunehmen, soweit sich nach dem Bilanzstichtag objektive Sachverhalte ergeben, die für eine Wertaufholung sprechen. Die Zuschreibung kann nur bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ergeben hätten, wenn die Wertminderung nicht erfasst worden wäre, vorgenommen werden. Im Konzern werden Wertminderungen vorgenommen, wenn der Schuldner erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, gegen ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, wenn sich das technologische, ökonomische bzw. rechtliche Umfeld sowie das Marktumfeld des Emittenten wesentlich verändert oder der Fair Value eines Finanzinstrumentes andauernd unter die fortgeführten Anschaffungskosten sinkt.

Ein Fair Value Hedge sichert den beizulegenden Zeitwert von bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Die Änderung des Zeitwerts der Derivate sowie die Marktwertänderung des Grundgeschäfts, die auf dem abgesicherten Risiko basiert, werden zeitgleich ergebniswirksam erfasst.

Ein Cashflow Hedge sichert die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme aus bilanzierten Vermögenswerten und Schulden (im Fall von Zinsrisiken), geplante und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Transaktionen und fest kontrahierte, bilanzunwirksame Verpflichtungen, aus denen ein Währungsrisiko resultiert. Der effektive Teil eines Cashflow Hedge ist in der Hedge-Rücklage im Eigenkapital zu erfassen. Ineffektivitäten aus der Wertänderung des Sicherungsinstruments sind erfolgswirksam zu buchen. Die mit den Sicherungsmaßnahmen verbundenen Gewinne und Verluste bleiben zunächst im Eigenkapital stehen und sind später in der Periode erfolgswirksam zu erfassen, in der der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verbindlichkeit das Periodenergebnis beeinflusst. Resultiert eine Absicherung einer fest kontrahierten Transaktion später im Ansatz eines nicht-finanziellen Vermögenswerts, sind die im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste dem Vermögenswert bei Zugang zuzurechnen (Basis-Adjustment).

Absicherungen von Nettoinvestitionen (Net Investment Hedges) in ausländische Gesellschaften werden wie Cashflow Hedges behandelt. Der Gewinn oder Verlust aus dem effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts wird im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital erfasst; der Gewinn oder Verlust des ineffektiven Teils ist unmittelbar in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen. Die erfolgsneutral erfassten Gewinne oder Verluste verbleiben bis zum Abgang oder Teilabgang der Nettoinvestition im Eigenkapital. Ausführliche Angaben zu den Sicherungsgeschäften finden sich unter

■ [Textziffer 50.2.](#)

Die Erfassung von finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von marktüblichen Käufen und Verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag, ausgenommen hiervon sind Held-for-Trading-Instrumente, insbesondere Derivate. Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die Rechte auf den Erhalt der Cashflows aus dem Vermögenswert ausgelaufen sind. Bei Übertragung eines finanziellen Vermögenswerts wird nach den Abgangsregelungen nach IAS 39 überprüft, ob eine Ausbuchung erfolgt. Mit dem Abgang entsteht ein Veräußerungsgewinn/-verlust. Die in den Vorperioden erfolgsneutral erfassten Wertänderungen sind zum Veräußerungszeitpunkt zwingend aufzulösen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die Zahlungsverpflichtungen daraus ausgelaufen sind.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind gemäß IAS 40 solche Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zur Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden. Die Bewertung erfolgt nach dem Anschaffungskostenprinzip. Die abnutzbaren Investment Properties werden über eine Laufzeit von 20 bis 50 Jahren linear abgeschrieben. Der beizulegende Zeitwert wird anhand von Gutachten ermittelt. Die Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Vorräte

Vorräte sind diejenigen Vermögenswerte, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden, die sich in der Herstellung befinden oder die im Zuge der Herstellung von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden. Sie sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Wertberichtigungen werden für veraltete Vorräte sowie Bestände mit geringer Umschlagshäufigkeit vorgenommen.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß IAS 20 zu ihrem beizulegenden Zeitwert nur dann erfasst, wenn eine angemessene Sicherheit dafür besteht, dass die damit verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen gewährt werden. Die Zuwendungen werden erfolgswirksam behandelt und grundsätzlich in den Perioden verrechnet, in denen die Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, anfallen. Erfolgen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten, werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Bei den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten handelt es sich um Vermögenswerte, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Die Veräußerung muss erwartungsgemäß innerhalb von einem Jahr ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als abgeschlossener Verkauf in Betracht kommen. Dabei kann es sich um einzelne langfristige Vermögenswerte, um Gruppen von Vermögenswerten (Veräußerungsgruppen), um Unternehmensbestandteile bzw. um ein ausschließlich mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenes Tochterunternehmen handeln (aufgegebene Geschäftsbereiche). Verbindlichkeiten, die zusammen mit Vermögenswerten in einer Transaktion abgegeben werden sollen, sind Bestandteil einer Veräußerungsgruppe oder eines aufgegebenen Geschäftsbereichs und werden als „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ebenfalls gesondert ausgewiesen. Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger ist als der Buchwert. Ergebnisse aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung stehender Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden bis zur endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Bewertung von zur Veräußerung bestimmten Geschäftsbereichen mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten werden als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen. Dies gilt auch für Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit bzw. aus der Veräußerung dieser Unternehmensbereiche.

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Bargeld, Sichteinlagen sowie andere kurzfristige liquide finanzielle Vermögenswerte mit einer ursprünglichen Laufzeit von maximal drei Monaten und sind zum Nennwert angesetzt. Ausgenutzte Kontokorrentkredite werden in der Bilanz als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile stellen die proportionalen Minderheitsanteile am Eigenkapital der Tochterunternehmen dar und werden zum Buchwert angesetzt. Werden Anteile von anderen Gesellschaftern erworben bzw. veräußert, ohne Auswirkung auf das bestehende Beherrschungsverhältnis zu haben, wird dies als Eigenkapitaltransaktion dargestellt. Die Differenz zwischen dem erworbenen bzw. veräußerten anteiligen Nettovermögen von bzw. an andere(n) Gesellschafter(n) und dem Kaufpreis wird direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Bei der Erhöhung der nicht beherrschenden Anteile um das anteilige Nettovermögen wird diesem kein Anteil am Firmenwert zugeordnet.

Aktienbasierte Vergütung für Führungskräfte

Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente werden im Zeitpunkt der Gewährung mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert der Verpflichtung wird über den Erdienungszeitraum als Personalaufwand erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird bei aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente mit international anerkannten Bewertungsverfahren ermittelt.

Die Bewertung der aktienbasierten Vergütung mit Barausgleich (Stock Appreciation Rights, SAR) erfolgt gemäß IFRS 2 auf Basis eines finanzmathematischen Optionspreismodells. Die SAR werden zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag bewertet. Der ermittelte Wert der voraussichtlich ausübbar werdenden SAR wird als Personalaufwand entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung zeiträtierlich erfolgswirksam erfasst. In gleichem Umfang werden Rückstellungen gebildet.

Altersversorgungspläne

In vielen Ländern bestehen Vereinbarungen, nach denen der Konzern seinen Arbeitnehmern Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses gewährt. Dies umfasst Renten (pensions), Kapitalzahlungen bei Renteneintritt und sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Diese werden im Folgenden Altersversorgung, Pensionen und ähnliche Leistungen oder Pensionen genannt. Es sind leistungsorientierte (defined benefit) und beitragsorientierte (defined contribution) Pläne zu unterscheiden.

LEISTUNGSORIENTIERTE ALTERSVERSORGUNGSPLÄNE DES KONZERNS

Die Bewertung der leistungsorientierten Verpflichtungen erfolgt nach der in IAS 19 vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Methode der laufenden Einmalprämien (projected unit credit method). Hierbei sind bestimmte versicherungsmathematische Annahmen zu treffen. Die Finanzierung erfolgt in der Mehrzahl der Fälle zumindest teilweise über externe Planvermögen. Verbleibende Nettoschulden werden über Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert, anzusetzende Nettovermögenswerte gesondert als Pensionsvermögen gezeigt. Beim Ansatz eines Pensionsvermögens ist gegebenenfalls eine Vermögensobergrenze zu beachten. Von den Kostenkomponenten fließt bzw. fließen der Dienstzeitaufwand in den Personalaufwand, der Nettozinsaufwand in das Finanzergebnis und die Neubewertungen außerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung in das sonstige Ergebnis.

BEITRAGSORIENTIERTE ALTERSVERSORGUNGSPLÄNE FÜR BEAMTE IN DEUTSCHLAND

Die Deutsche Post AG leistet für Beamte in Deutschland aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Beiträge zu Altersversorgungsplänen, bei denen es sich für das Unternehmen um beitragsorientierte Altersversorgungspläne handelt. Diese Beiträge werden im Personalaufwand erfasst.

Nach den Vorschriften des Gesetzes zum Personalrecht der Beschäftigten der früheren Deutschen Bundespost (PostPersRG), eingeführt als Art. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG), erbringt die Deutsche Post AG über eine seit Anfang 2001 gemeinsame Postbeamtenversorgungskasse der Postnachfolgeunternehmen, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V. (BPS-PT), Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Mitarbeiter und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen. Anfang 2013 ist die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT) in die Rechte und Pflichten des BPS-PT eingetreten und nimmt seither die Aufgaben der Postbeamtenversorgungskasse wahr. Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutsche Post AG ist in § 16 PostPersRG geregelt. Die Deutsche Post AG ist danach verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltfähig beurlaubten Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse zu zahlen.

Nach § 16 PostPersRG gleicht der Bund Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen der Postbeamtenversorgungskasse einerseits und laufenden Zuwendungen der Trägerunternehmen oder anderweitigen Vermögenserträgen andererseits aus und gewährleistet, dass die Postbeamtenversorgungskasse jederzeit in der Lage ist, die gegenüber ihren Trägerunternehmen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit der Bund danach Zahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse erbringt, kann er von der Deutsche Post AG keine Erstattung verlangen.

BEITRAGSORIENTIERTE ALTERSVERSORGUNGSPLÄNE FÜR ARBEITNEHMER DES KONZERNS

Die Beiträge zu beitragsorientierten Altersversorgungsplänen für Arbeitnehmer des Konzerns werden ebenfalls im Personalaufwand erfasst.

Dies beinhaltet auch Beiträge zu gemeinschaftlichen Altersversorgungsplänen mehrerer Arbeitgeber (multi-employer plans), die grundsätzlich als leistungsorientierte Altersversorgungspläne zu charakterisieren sind, insbesondere in den USA und den Niederlanden. Hier stellen die Einrichtungen den teilnehmenden Unternehmen allerdings keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, um diese Pläne wie leistungsorientierte Pläne bilanzieren zu können. Aus diesem Grund werden diese Pläne entsprechend den Vorschriften für beitragsorientierte Altersversorgungspläne berücksichtigt.

Hinsichtlich dieser gemeinschaftlichen Altersversorgungspläne in den USA werden Beiträge entrichtet, die auf tariflichen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und der lokalen Gewerkschaft beruhen. Es gibt keine arbeitgeberseitige Verpflichtung gegenüber einem dieser Pläne, die über die normalen vereinbarten Beitragssätze hinausgeht, außer im Falle eines Ausscheidens nach bestimmten Kriterien oder im Falle einer Haftung für die Verpflichtungen anderer Unternehmen gemäß den Regelungen der Bundesgesetze in den USA. Die erwarteten Arbeitgeberbeiträge an die Versorgungseinrichtungen für das Folgejahr 2015 betragen 26 Mio € (tatsächliche Arbeitgeberbeiträge im Berichtsjahr 25 Mio €, im Vorjahr 23 Mio €). Einige der Pläne, an denen Deutsche Post DHL Group beteiligt ist, sind gemäß den Informationen, die die Versorgungseinrichtungen zur Verfügung stellen, unterkapitalisiert. Seitens der Pläne gibt es keine Informationen, die auf eine Änderung der Beitragssätze, die in den aktuellen tariflichen Vereinbarungen festgelegt wurden, hinweisen würden. Derzeit entfällt auf Deutsche Post DHL Group kein wesentlicher Anteil an den Beiträgen an eine der Versorgungseinrichtungen, mit Ausnahme eines Plans, bei dem Deutsche Post DHL Group den größten Beitragszahler darstellt.

Hinsichtlich eines gemeinschaftlichen Altersversorgungsplans in den Niederlanden werden vom Leitungsorgan der Versorgungseinrichtung mit Beteiligung der niederländischen Zentralbank jährlich kostendeckungsbasierte Beitragssätze festgelegt. Diese Sätze sind für alle beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich. Es gibt keine arbeitgeberseitige Verpflichtung gegenüber der Versorgungseinrichtung, die über die Entrichtung der festgelegten Beiträge hinausgeht, auch nicht im Falle des Ausscheidens oder von unerfüllten Verpflichtungen anderer Unternehmen. Eine anschließende Unterkapitalisierung führt letztendlich zur Kürzung der Ansprüche der Begünstigten und/oder zum Ausbleiben von Erhöhungen ihrer Ansprüche. Die erwarteten Arbeitgeberbeiträge an die Versorgungseinrichtung für das Folgejahr 2015 betragen 21 Mio € (tatsächliche Arbeitgeberbeiträge im Berichtsjahr 21 Mio €, im Vorjahr 21 Mio €). Derzeit ist der Plan gemäß den Informationen, die die Versorgungseinrichtung zur Verfügung stellt, nicht unterkapitalisiert. Auf Deutsche Post DHL Group entfällt kein wesentlicher Anteil an den Beiträgen an die Versorgungseinrichtung.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für sämtliche am Bilanzstichtag gegenüber Dritten bestehenden rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gebildet, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, die zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Sie stellen ungewisse Verpflichtungen dar, die mit dem nach bestmöglicher Schätzung (Best Estimate) ermittelten Betrag angesetzt werden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit Marktzinssätzen, die der Region und dem Zeitraum bis zur Erfüllung entsprechen, abgezinst. Die Zinssätze lagen im Geschäftsjahr zwischen 0 % und 12 % (Vorjahr: 0,25 % bis 11 %). Effekte aus der Veränderung von Zinssätzen werden im Finanzergebnis ausgewiesen.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden unter Berücksichtigung der oben genannten allgemeinen Ansatzkriterien gebildet, wenn ein detaillierter formaler Restrukturierungsplan erstellt und dieser den betroffenen Parteien mitgeteilt worden ist.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen. Bei den Rückstellungen für bekannte Schäden handelt es sich um geschätzte Beträge für Verpflichtungen aus bekannten Schadenfällen bzw. bekannten Vorfällen, die voraussichtlich zu Schadenfällen werden. Diese bekannten oder voraussichtlichen Schadenfälle sind dem Unternehmen mitgeteilt, jedoch noch nicht vollständig abgewickelt und zur Zahlung vorgelegt worden. Die Rückstellungen für bekannte Schäden basieren auf individuellen Bewertungen von Schadenfällen, die vom Unternehmen oder von dessen Erstversicherern durchgeführt werden. Die Spätschadenrückstellungen basieren auf geschätzten Beträgen für Verpflichtungen aus Vorfällen, die am oder vor dem Bilanzstichtag eintreten und dem Unternehmen bisher nicht mitgeteilt wurden. Diese Rückstellungen beinhalten auch Rückstellungen für mögliche Fehler bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus bekannten Schäden. Das Unternehmen führt die Beurteilung künftig zahlbarer Verluste anhand versicherungsmathematischer Methoden selbst durch und gibt darüber hinaus jedes Jahr eine unabhängige versicherungsmathematische Prüfung dieser Beurteilung in Auftrag, um die Angemessenheit seiner Schätzungen zu verifizieren.

Finanzschulden

Finanzschulden werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten, angesetzt. Als Zeitwert wird der auf einem preiseffizienten und liquiden Markt festgestellte Preis oder ein mittels des im Konzern eingesetzten Treasury-Risk-Management-Systems ermittelter Zeitwert eingesetzt. In den Folgeperioden werden die Finanzschulden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen Auszahlungsbetrag und Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Ausleihung unter Anwendung der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung erfasst.

WANDELANLEIHE AUF AKTIEN DER DEUTSCHE POST AG

Die Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wird aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung in eine Eigenkapital- und eine Fremdkapitalkomponente unterteilt. Die Fremdkapitalkomponente wird unter den Finanzschulden (Anleihen) als Verbindlichkeit abzüglich der Emissionskosten passiviert und über die Laufzeit mittels der Effektivzinsmethode auf den Ausgabebetrag aufgezinst. Der Wert der Call-Option, die der Deutsche Post AG eingeräumt worden ist, um die Anleihe vorzeitig bei Erreichen eines bestimmten Kurses zu kündigen, wird gemäß IFRS 32.31 der Fremdkapitalkomponente zugerechnet. Das Wandlungsrecht ist als Eigenkapitalderivat zu klassifizieren. Es wird in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Bei der Ermittlung des Buchwerts wird dem Wandlungsrecht der Restwert zugewiesen, der sich nach Abzug des getrennt für die Fremdkapitalkomponente ermittelten Betrags vom beizulegenden Zeitwert des gesamten Instruments ergibt. Die anteiligen Transaktionskosten werden in Abzug gebracht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die übrigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten entspricht näherungsweise dem Buchwert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 für temporäre Bewertungsunterschiede zwischen der IFRS-Bilanz und den Steuerbilanzen der Einzelgesellschaften gebildet. Die aktiven latenten Steuern umfassen auch Steuerminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten künftigen Nutzung bestehender steuerlicher Verlustvorträge ergeben und deren Realisierung wahrscheinlich ist. Die Werthaltigkeit dieser Steuerminderungsansprüche wird auf Grundlage der unternehmensindividuellen Ergebnisplanungen, die aus der Konzernplanung abgeleitet werden, unter Berücksichtigung steuerlicher Anpassungseffekte beurteilt. Der Planungshorizont beträgt fünf Jahre.

Auf die temporären Differenzen zwischen Wertansätzen in der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG wurden unter Beachtung des IAS 12.24 (b) bzw. IAS 12.15 (b) nur insoweit aktive bzw. passive latente Steuern gebildet, wie die Differenzen nach dem 1. Januar 1995 entstanden sind. Auf Wertdifferenzen, die aus der Erstverbuchung in der steuerlichen Eröffnungsbilanz der Deutsche Post AG zum 1. Januar 1995 resultieren, werden keine latenten Steuern gebildet. Weitere Angaben zu den latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge finden sich unter [Textziffer 30](#).

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder für den Zeitpunkt angekündigt sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Der für deutsche Konzernunternehmen angewandte Steuersatz ist auf der Grundlage einer besseren Schätzung im Bereich der Gewerbesteuer im Berichtsjahr um 0,4 % auf 30,2 % angehoben worden. Er

setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz zuzüglich des Solidaritätszuschlags sowie einem Gewerbesteuersatz, der als Durchschnitt aus den unterschiedlichen Gewerbesteuersätzen ermittelt wurde, zusammen. Die ausländischen Konzerngesellschaften verwenden bei der Berechnung der latenten Steuerposten ihren individuellen Ertragsteuersatz. Die angewandten Ertragsteuersätze für ausländische Gesellschaften betragen bis zu 40 % (Vorjahr: 38 %).

Ertragsteuern

Die Bewertung der Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt mit dem Betrag, in dessen Höhe eine Erstattung von der bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird. Steuerlich induzierte Strafen werden dann innerhalb der Ertragsteuern ausgewiesen, wenn sie durch Berücksichtigung in der Steuerbemessungsgrundlage und/oder durch Berücksichtigung im Steuersatz in die Berechnung der Ertragsteuerverpflichtungen eingehen.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten stellen zum einen mögliche Verpflichtungen dar, deren tatsächliche Existenz aber erst noch durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht vollständig beeinflusst werden können, bestätigt werden muss. Zum anderen sind darunter bestehende Verpflichtungen zu verstehen, die aber wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss führen oder deren Vermögensabfluss sich nicht zuverlässig quantifizieren lässt. Die Eventualverbindlichkeiten sind gemäß IAS 37 nicht in der Bilanz zu erfassen, [Textziffer 51](#).

8 Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung eines im Einklang mit den IFRS stehenden Konzernabschlusses erfordert Ermessensentscheidungen. Sämtliche Ermessensentscheidungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Dies gilt z. B. für Vermögenswerte, die veräußert werden sollen. Hier ist zu bestimmen, ob sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Ist das der Fall, sind die Vermögenswerte und die zugehörigen Schulden als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ bzw. „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ auszuweisen und zu bewerten.

Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert vom Management, in einem bestimmten Umfang Annahmen zu treffen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie die Angaben der Eventualverbindlichkeiten auswirken können. Hauptanwendungsbereiche für Annahmen, Schätzungen und Ausübungen von Ermessensspielräumen finden

sich z. B. bei der Bildung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, bei der Ermittlung abgezinster Cashflows im Rahmen von Werthaltigkeitstests und Kaufpreisallokationen, Steuern und Rechtsverfahren.

Angaben zu den Annahmen im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen des Konzerns finden sich unter [Textziffer 44](#).

Der Konzern ist weltweit tätig und unterliegt den örtlichen Steuergesetzen. Das Management hat zur Berechnung tatsächlicher und latenter Steuern in den jeweiligen Ländern einen Beurteilungsspielraum. Obwohl das Management davon ausgeht, eine vernünftige Einschätzung steuerlicher Unwägbarkeiten getroffen zu haben, kann nicht zugesichert werden, dass sich der tatsächliche Ausgang solcher steuerlicher Unwägbarkeiten mit der ursprünglichen Einschätzung deckt. Eine Abweichung der tatsächlichen Ergebnisse von dieser Einschätzung könnte in der jeweiligen Periode, in der die Angelegenheit endgültig entschieden wird, Auswirkungen auf die Steuerverbindlichkeiten und die latenten Steuern haben. Die angesetzten aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Einschätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen oder der durch Steuerstrategien zur Verfügung stehenden erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

Als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen entstehen regelmäßig Firmenwerte in der Bilanz des Konzerns. Bei der Erstkonsolidierung eines Erwerbs sind alle identifizierbaren Firmenwerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zu beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbsstichtag anzusetzen. Eine der wesentlichsten Schätzungen bezieht sich dabei auf die Bestimmung der zum Erwerbsstichtag beizulegenden Zeitwerte dieser Firmenwerte und Verbindlichkeiten. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung werden in der Regel durch unabhängige Gutachter bewertet, während marktgängige Wertpapiere zum Börsenpreis angesetzt werden. Falls immaterielle Firmenwerte identifiziert werden, kann in Abhängigkeit von der Art des immateriellen Firmenwerts und der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts auf das Gutachten eines unabhängigen externen Bewertungsgutachters zurückgegriffen werden, der den beizulegenden Zeitwert unter Verwendung einer angemessenen Bewertungsmethodik ermittelt, deren Basis üblicherweise die künftig erwarteten Cashflows sind. Diese Bewertungen sind außer von den Annahmen über die Entwicklung künftiger Cashflows auch wesentlich beeinflusst von den verwendeten Diskontierungszinssätzen.

Der Werthaltigkeitstest für Firmenwerte basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Der Konzern führt diese Tests jährlich durch und zusätzlich bei Anlässen, bei denen ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass eine Wertminderung der Firmenwerte eingetreten ist. Dann ist der erzielbare Betrag der CGU zu ermitteln. Dieser entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Die Bestimmung

des Nutzungswerts beinhaltet die Vornahme von Anpassungen und Schätzungen bezüglich der Prognose und Diskontierung der künftigen Cashflows. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die zur Berechnung des erzielbaren Betrags verwendeten Annahmen angemessen sind, könnten etwaige unvorhersehbare Veränderungen dieser Annahmen – z. B. Verringerung der EBIT-Marge, Anstieg der Kapitalkosten oder Rückgang der langfristigen Wachstumsrate – zu einem Wertminderungsaufwand führen, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachteilig beeinflussen könnte.

Unter **Textziffer 53** werden anhängige Rechtsverfahren des Konzerns ausgewiesen, deren Ausgang einen wesentlichen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnte. Das Management analysiert regelmäßig die aktuellen Informationen zu diesen Fällen und bildet Rückstellungen für wahrscheinliche Verpflichtungen einschließlich der geschätzten Rechtskosten. Für die Beurteilung werden interne und externe Rechtsanwälte hinzugezogen. Im Rahmen der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Rückstellung berücksichtigt das Management die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Ausgangs und die Möglichkeit, die Höhe der Verpflichtung ausreichend verlässlich zu schätzen. Die Erhebung einer Klage oder die formale Geltendmachung eines Anspruchs gegen den Konzern oder die Angabe eines Rechtsstreits im Anhang bedeuten nicht automatisch, dass eine Rückstellung für das betreffende Risiko gebildet wurde.

Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Beurteilungen am Bilanzstichtag. Bei der Einschätzung der künftigen Geschäftsentwicklung wurde außerdem das zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte künftige wirtschaftliche Umfeld in den Branchen und Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch die Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen, die von den Annahmen abweichen, können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen auszugehen, sodass aus gegenwärtiger Sicht keine wesentliche Anpassung der angesetzten Vermögenswerte und Schulden im Geschäftsjahr 2015 zu erwarten ist.

9 Konsolidierungsmethoden

Grundlage für den Konzernabschluss sind die nach einheitlichen Regeln zum 31. Dezember 2014 erstellten IFRS-Abschlüsse der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen, der Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit sowie der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen.

Für in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wird die Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode durchgeführt. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt. Anschaffungsnebenkosten werden aufwandswirksam erfasst. Bedingte Kaufpreisbestandteile (Contingent Considerations) werden zum Erstkonsolidierungszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst.

Bei Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit werden gemäß IFRS 11 Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen dieser Unternehmen entsprechend an der Anteilsquote an diesen Tätigkeiten in den Konzernabschluss einbezogen. Die anteilige Kapitalkonsolidierung und die Behandlung von Firmenwerten erfolgen analog der Vorgehensweise bei der Einbeziehung von Tochterunternehmen.

Gemeinschaftsunternehmen bzw. Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen) werden gemäß IAS 28 nach der Equity-Methode in Form der Buchwertmethode bewertet. Vorhandene Firmenwerte werden unter den Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen ausgewiesen.

Bei einem sukzessiven Erwerb wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zu dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden Zeitwert neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

Die Umsätze, die sonstigen betrieblichen Erträge und die Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen zwischen den vollkonsolidierten und anteilig erfassten Unternehmen werden eliminiert. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen, die nicht durch Veräußerung an Dritte realisiert sind, werden herausgerechnet. Unrealisierte Gewinne und Verluste aus Geschäftsvorfällen mit nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen werden anteilig eliminiert.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

10 Segmentberichterstattung

Segmente nach Unternehmensbereichen

MIO €	PeP		Express		Global Forwarding, Freight		Supply Chain		Corporate Center/ Anderes		Konsolidierung ¹		Konzern	
	2013 ²	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014	2013	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014
1. Jan. bis 31. Dez.	2013 ²	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014	2013	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014
Außenumsatz	15.146	15.546	11.471	12.116	14.087	14.201	14.137	14.627	71	140	0	0	54.912	56.630
Innenumsatz	145	140	350	375	700	723	90	110	1.180	1.203	-2.465	-2.551	0	0
Umsatz gesamt	15.291	15.686	11.821	12.491	14.787	14.924	14.227	14.737	1.251	1.343	-2.465	-2.551	54.912	56.630
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	1.286	1.298	1.083	1.260	478	293	441	465	-421	-352	-2	1	2.865	2.965
davon: Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	1	1	2	2	2	2	0	0	0	0	5	5
Segmentvermögen	5.210	5.384	8.286	8.644	7.608	8.488	5.969	6.401	1.491	1.630	-118	-200	28.446	30.347
davon: Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	6	6	40	43	21	24	1	2	0	0	0	0	68	75
Segmentverbindlichkeiten	2.645	2.611	2.763	2.985	2.916	3.188	2.900	3.132	845	1.007	-123	-166	11.946	12.757
Capex	452	415	484	571	127	207	277	304	407	380	0	-1	1.747	1.876
Planmäßige Abschreibungen	372	335	358	355	90	88	270	267	209	217	0	-1	1.299	1.261
Wertminderungen	12	5	22	107	0	0	0	1	4	7	0	0	38	120
Abschreibungen gesamt	384	340	380	462	90	88	270	268	213	224	0	-1	1.337	1.381
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen	282	280	246	177	88	121	107	91	115	80	0	0	838	749
Mitarbeiter	164.537	164.582	70.462	73.009	43.588	44.311	143.724	146.400	12.907	12.507	0	0	435.218	440.809

¹ Inklusive Rundungen² Angepasste Vorjahreswerte, ■ Textziffer 4

Die Segmentverbindlichkeiten enthalten die unverzinslichen Rückstellungen. Bei der Mitarbeiterzahl handelt es sich um Durchschnittswerte, Teilzeitkräfte sind auf Vollzeitkräfte umgerechnet.

Informationen über geografische Regionen

MIO €	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		Amerikas		Asien-Pazifik		Übrige Regionen		Konzern	
	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014
1. Jan. bis 31. Dez.	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014	2013 ¹	2014
Außenumsatz	16.983	17.367	17.633	18.501	9.526	9.375	8.526	9.143	2.244	2.244	54.912	56.630
Langfristige Vermögenswerte	5.129	5.532	7.015	6.915	3.226	3.515	3.024	3.289	332	373	18.726	19.624
Capex	1.128	1.092	227	300	172	223	165	191	55	70	1.747	1.876

¹ Angepasste Vorjahreswerte, ■ Textziffer 4

10.1 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Deutsche Post DHL Group berichtet über vier operative Segmente, die entsprechend der Art der angebotenen Produkte und Dienstleistungen, Marken, Vertriebswege und Kundenprofile eigenständig von segmentverantwortlichen Gremien geführt werden. Die Bestimmung von Unternehmensbestandteilen als Geschäftssegment basiert auf der Existenz von ergebnisverantwortlichen Segmentmanagern, die direkt an das oberste Führungsgremium von Deutsche Post DHL Group berichten.

Der Außenumsatz repräsentiert den Umsatz der Unternehmensbereiche mit Konzernexternen. Der Innenumsatz zeigt die Umsätze mit anderen Unternehmensbereichen. Existieren für intern angebotene Dienstleistungen oder Produkte vergleichbare externe Marktpreise, werden diese Marktpreise oder marktorientierte Preise als interner Verrechnungspreis herangezogen (At-Arm's-Length-Prinzip). Den Verrechnungspreisen für nicht marktfähige Leistungen liegen grundsätzlich inkrementelle Kosten zugrunde.

Die Aufwendungen für die in den IT-Service-Centern erbrachten IT-Dienstleistungen werden verursachungsgemäß den Unternehmensbereichen belastet. Zusätzliche Aufwendungen, die aus der Universaldienstleistungsverpflichtung für Postdienstleistungen der Deutsche Post AG (flächendeckendes Filialnetz, werktägliche Zustellung) und der Übernahme der Vergütungsstruktur als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Bundespost resultieren, werden im Unternehmensbereich PeP berücksichtigt.

Im Rahmen des zentralen Managements von Währungsrisiken werden die Währungsschwankungen zwischen Plan- und Ist-Kursen zentral von Corporate Treasury auf Grundlage unternehmensbereichsspezifischer Vereinbarungen ganz oder teilweise übernommen.

In Übereinstimmung mit der internen Berichterstattung wird die Capital Expenditure (Capex) ausgewiesen. Hierbei werden die Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten (ohne Firmenwerte) und Sachanlagen ausgewiesen. Die Abschreibungen betreffen das den einzelnen Unternehmensbereichen zugeordnete Segmentvermögen. Zu den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen zählen im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen.

Die Profitabilität der Geschäftsbereiche des Konzerns wird mit dem Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) gemessen.

ANPASSUNGEN VON VORJAHRESWERTEN

Durch die Erstanwendung von IFRS 10 und IFRS 11, [Textziffer 4](#), sowie durch Neuzuordnungen von Gesellschaften zwischen den Segmenten im ersten und zweiten Quartal 2014 wurden Vorjahreswerte angepasst. Das bestehende nationale Paketgeschäft in Belgien, Indien, den Niederlanden, Polen und Tschechien, das bisher den Unternehmensbereichen Express und Global Forwarding, Freight zugeordnet war, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2014 im Unternehmensbereich PeP gebündelt. Weiterhin wurde die us-amerikanische Gesellschaft Sky Courier Inc. aus dem Bereich Express in den Bereich Global Forwarding, Freight umgehängt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Der dominierenden Organisationsstruktur des Konzerns entsprechend, orientiert sich die primäre Berichterstattung an den Unternehmensbereichen. Folgende Unternehmensbereiche werden im Konzern unterschieden:

10.2 Segmente nach Unternehmensbereichen

Post - eCommerce - Parcel

Der Unternehmensbereich Brief wurde im Rahmen der strategischen Weiterentwicklung des Konzerns umbenannt in Post - eCommerce - Parcel (PeP). Er befördert bundesweit und international Briefe und ist Spezialist für Dialogmarketing, die flächendeckende Verteilung von Presseprodukten und elektronischen Dienstleistungen rund um den Briefversand. Außer in Deutschland bietet der Unternehmensbereich auch in anderen Märkten nationale Paketdienstleistungen an. Er ist in die Geschäftsfelder Post sowie eCommerce - Parcel aufgeteilt.

EXPRESS

Der Unternehmensbereich Express bietet zeitgenaue Kurier- und Expressdienstleistungen für Geschäfts- und Privatkunden an. Er ist in die Geschäftsfelder Express Europe, Express Americas, Express Asia Pacific und Express MEA (Middle East and Africa) eingeteilt.

GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Der Unternehmensbereich Global Forwarding, Freight beinhaltet den Schienen-, Straßen-, Luft- und Seetransport von Gütern. Die Geschäftsfelder heißen Global Forwarding und Freight.

SUPPLY CHAIN

Der Unternehmensbereich erbringt für Kunden maßgeschneiderte Logistiklösungen, die auf weltweit standardisierten Modulen wie Lagerhaltung, Transport und Mehrwertleistungen beruhen. Überdies bietet er die spezialisierte Auslagerung von Geschäftsprozessen sowie auf den Kunden zugeschnittene Lösungen für Marketing-Kommunikation an. Die Geschäftsfelder heißen Supply Chain und Williams Lea.

Zusätzlich zu den oben genannten berichtspflichtigen Segmenten werden in der Segmentberichterstattung noch folgende Kategorien dargestellt:

Corporate Center/Anderes

Dieser Bereich umfasst die Global Business Services (GBS), das Corporate Center, Tätigkeiten aus dem nicht operativen Bereich sowie andere Geschäftstätigkeiten. Das Ergebnis von GBS wird auf die operativen Segmente verteilt, Vermögen und Verbindlichkeiten verbleiben bei GBS (asymmetrische Verteilung).

Konsolidierung

Die Daten zu den Unternehmensbereichen werden nach Konsolidierung der Beziehungen innerhalb der Unternehmensbereiche dargestellt. Die Beziehungen zwischen den Unternehmensbereichen werden in der Spalte Konsolidierung eliminiert.

10.3 Informationen über geografische Regionen

Die wesentlichen geografischen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, sind Deutschland, Europa, Amerikas, Asien-Pazifik und übrige Regionen. Für diese Regionen werden Außenumsätze, langfristige Vermögenswerte sowie die Capex dargestellt. Die Zuordnung der Umsätze, der Vermögenswerte sowie der Capex zu den einzelnen Regionen erfolgt nach dem Sitz der berichtenden Gesellschaft. Die langfristigen Vermögenswerte umfassen im Wesentlichen die immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie sonstige langfristige Vermögenswerte.

10.4 Überleitung der Segmentzahlen

Überleitung der Segment- auf Konzernzahlen

Überleitung

MIO €	Summe der berichtspflichtigen Segmente		Corporate Center/Anderes		Überleitung zum Konzern/ Konsolidierung ¹		Konzernwert	
	2013 ²	2014	2013	2014	2013 ²	2014	2013 ²	2014
Außenumsatz	54.841	56.490	71	140	0	0	54.912	56.630
Innenumsatz	1.285	1.348	1.180	1.203	-2.465	-2.551	0	0
Umsatzerlöse gesamt	56.126	57.838	1.251	1.343	-2.465	-2.551	54.912	56.630
Sonstige betriebliche Erträge	1.846	1.915	1.358	1.318	-1.242	-1.217	1.962	2.016
Materialaufwand	-32.352	-33.420	-1.308	-1.304	2.622	2.682	-31.038	-32.042
Personalaufwand	-16.802	-17.247	-983	-951	9	9	-17.776	-18.189
Abschreibungen	-1.124	-1.158	-213	-224	0	1	-1.337	-1.381
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.411	-4.617	-526	-534	1.074	1.077	-3.863	-4.074
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	5	5	0	0	0	0	5	5
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	3.288	3.316	-421	-352	-2	1	2.865	2.965
Finanzergebnis	-	-	-	-	-	-	-293	-388
Ergebnis vor Ertragsteuern	-	-	-	-	-	-	2.572	2.577
Ertragsteuern	-	-	-	-	-	-	-361	-400
Konzernjahresergebnis	-	-	-	-	-	-	2.211	2.177
davon entfielen auf								
Aktionäre der Deutsche Post AG	-	-	-	-	-	-	2.091	2.071
Nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	120	106

¹ Inklusive Rundungen² Angepasste Vorjahreswerte, ■ Textziffer 4

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung des Gesamtvermögens von Deutsche Post DHL Group auf das Segmentvermögen. Dabei werden die finanziellen Vermögenswerte, die Ertragsteueransprüche, die latenten Steuern, die flüssigen Mittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie weitere verzinsliche Bestandteile der Vermögenswerte in Abzug gebracht.

Überleitung Segmentvermögen

MIO €	2013	2014
	angepasst ¹	
Bilanzsumme	35.461	36.979
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-33	-32
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	-1.123	-1.265
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-125	-88
Aktive latente Steuern	-1.327	-1.752
Ertragsteueransprüche	-167	-172
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	-7	-1
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-819	-344
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-3.414	-2.978
Segmentvermögen	28.446	30.347
davon Corporate Center/Anderes	1.491	1.630
Summe der berichtspflichtigen Segmente	27.073	28.917
Konsolidierung ²	-118	-200

¹ ■ Textziffer 4² Inklusive Rundungen

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung der Gesamtverbindlichkeiten von Deutsche Post DHL Group auf die Segmentverbindlichkeiten. Dabei werden die verzinslichen Bestandteile der Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Ertragsteuerverpflichtungen und latenten Steuern in Abzug gebracht.

Überleitung Segmentverbindlichkeiten

MIO €	2013	2014
	angepasst ¹	
Bilanzsumme	35.461	36.979
Eigenkapital	-10.034	-9.580
Konzernschulden	25.427	27.399
Langfristige Rückstellungen	-6.729	-8.866
Langfristige Verbindlichkeiten	-4.846	-4.910
Kurzfristige Rückstellungen	-143	-1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-1.763	-865
Segmentverbindlichkeiten	11.946	12.757
davon Corporate Center/Anderes	845	1.007
Summe der berichtspflichtigen Segmente	11.224	11.916
Konsolidierung ²	-123	-166

¹ ■ Textziffer 4² Inklusive Rundungen

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

11 Umsatzerlöse

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Umsatzerlöse	54.912	56.630

¹ Textziffer 4

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 1.718 MIO € bzw. 3 % auf 56.630 MIO € gestiegen. Der Anstieg resultiert aus folgenden Faktoren:

Faktoren der Umsatzveränderung

MIO €	2014
Organisches Wachstum	2.277
Portfolioänderungen	-152
Währungseffekte	-407
Gesamt	1.718

Im Geschäftsjahr 2014, wie auch im Vorjahr, entstanden keine Umsatzerlöse, denen ein Tauschgeschäft zugrunde lag.

Die weitere Aufteilung der Umsatzerlöse nach Unternehmensbereichen sowie die Zuordnung der Umsatzerlöse zu geografischen Regionen ist der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

12 Sonstige betriebliche Erträge

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	206	308
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	157	171
Versicherungserträge	191	168
Erträge aus Vergütungen und Erstattungen	133	159
Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	88	128
Erträge aus der Neubewertung von Verbindlichkeiten	100	126
Provisionserträge	105	126
Erträge aus Leasing, Verpachtung, Vermietungen	136	124
Werterhöhungen Forderungen und sonstige Vermögenswerte	85	97
Erträge aus Derivaten	66	68
Abgangserträge aus dem Anlagevermögen	112	64
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	31	53
Erträge aus periodenfremden Abrechnungen	71	38
Erträge aus Schadenersatz	25	28
Zuschüsse	8	11
Erträge aus Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen	17	9
Übrige Erträge	431	338
Sonstige betriebliche Erträge	1.962	2.016

¹ Textziffer 4

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen sind im Wesentlichen dadurch gestiegen, dass die im Rahmen der Restrukturierung in den USA übernommenen Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen anders eingeschätzt wurden. Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieser Verpflichtung ist so weit gesunken, dass die Rückstellung aufgelöst wurde. Für die mögliche Verpflichtung wird eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen, die zum Bilanzstichtag 129 MIO € betrug. Textziffer 51.

Die Zuschüsse betreffen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten. Dabei werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

13 Materialaufwand

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Bezogene Handelswaren	1.828	2.052
Flugzeugtreibstoffe	1.342	1.338
Heiz- und Kraftstoffe	848	817
Packmaterial	363	354
Ersatzteile und Reparaturmaterialien	88	96
Büromaterialien	65	62
Sonstige Aufwendungen	121	112
	4.655	4.831
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Transportkosten	18.222	18.814
Leistungen für Fremdarbeitskräfte	2.005	2.124
Aufwendungen aus unkündbaren Mietverträgen	1.708	1.845
Aufwendungen für Instandhaltungen	969	1.016
IT-Leistungen	603	617
Aufwendungen aus kündbaren Mietverträgen	549	478
Aufwendungen für Provisionen	466	462
Aufwendungen aus Nutzung der Postbank-Filialen	409	410
Andere Aufwendungen aus Mietverträgen (Nebenkosten)	261	265
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.191	1.180
	26.383	27.211
Materialaufwand	31.038	32.042

¹ Textziffer 4

Die Erhöhung des Materialaufwands beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Transportkosten sowie höherem Aufwand an Handelswaren, die im Zusammenhang mit dem UK National Health Service im Unternehmensbereich Supply Chain stehen.

In den sonstigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

14 Personalaufwand/Mitarbeiter

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Entgelte	14.300	14.583
davon Aufwendungen aus Share Matching Scheme ²	82	82
davon Aufwendungen aus Performance Share Plan ³	0	3
davon Aufwendungen aus SAR-Plan 2006/LTIP ⁴	202	105
Soziale Abgaben	2.110	2.164
Aufwendungen für Altersversorgung	883	965
Aufwendungen für sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	356	344
Aufwendungen für Abfindungen	127	133
Personalaufwand	17.776	18.189

¹ Textziffer 4

² Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente und Barausgleich

³ Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente

⁴ Barausgleich

Von den Aufwendungen aus dem Share Matching Scheme entfallen 55 MIO € (Vorjahr: 62 MIO €) auf aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich. Dieser Betrag entspricht der Verpflichtung zum Bilanzstichtag. Darüber hinaus entfallen 27 MIO € (Vorjahr: 20 MIO €) auf Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente.

Den überwiegenden Teil der Aufwendungen für Personal stellen die Entgelte dar, die die Löhne, Gehälter, Bezüge und alle sonstigen Vergütungen für im Geschäftsjahr geleistete Arbeiten der Mitarbeiter des Konzerns umfassen. Unter den sozialen Abgaben werden die vom Unternehmen zu tragenden gesetzlichen Pflichtabgaben, insbesondere die Beiträge zur Sozialversicherung, ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung umfassen zum einen den Dienstzeitaufwand im Zusammenhang mit leistungsorientierten Altersversorgungsplänen. Nähere Angaben hierzu finden sich unter [Textziffer 44](#). Zum anderen sind Aufwendungen durch Beiträge zu beitragsorientierten Altersversorgungsplänen enthalten, und zwar für Beamte in Deutschland in Höhe von 531 MIO € (Vorjahr: 538 MIO €) sowie für Arbeitnehmer des Konzerns – insbesondere in Großbritannien, den USA und den Niederlanden – in Höhe von 276 MIO € (Vorjahr: 286 MIO €).

Im Berichtsjahr waren im Konzern nach Personengruppen differenziert durchschnittlich beschäftigt:

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Kopfzahl	2013 angepasst ¹	2014
Arbeitnehmer	433.647	440.973
Beamte	40.321	37.963
Auszubildende	4.935	5.089
Mitarbeiter	478.903	484.025

¹ Textziffer 4

Für Gesellschaften, die während des Geschäftsjahres hinzugekommen oder abgegangen sind, wurde das Personal zeitanteilig einbezogen. Auf Vollzeitkräfte umgerechnet betrug die Zahl der Beschäftigten zum 31. Dezember 2014 443.784 Personen (31. Dezember 2013, angepasst: 434.974 Personen). Die Mitarbeiterzahl der einbezogenen Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit betrug anteilig 202 (Vorjahr, angepasst: 187).

15 Abschreibungen

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte ohne Wertminderungen Firmenwerte	290	271
Abschreibungen auf Sachanlagen		
Grundstücke und Bauten (inklusive Mietereinbauten)	173	174
Technische Anlagen und Maschinen	252	235
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	206	204
Fuhrpark, Transportausstattung	203	216
Flugzeuge	212	281
	1.046	1.110
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1	0
	1.337	1.381
Wertminderung Firmenwerte	0	0
Abschreibungen	1.337	1.381

¹ Textziffer 4

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr um 44 MIO € auf 1.381 MIO € gestiegen. Sie beinhalten 120 MIO € (Vorjahr: 38 MIO €) Wertminderungen, die sich auf Segmentebene wie folgt darstellen:

Wertminderungen

MIO €	2013	2014
PeP		
Software	12	5
Express		
Sachanlagen	22	107
Supply Chain		
Sachanlagen	0	1
Corporate Center/Anderes		
Software	3	5
Sachanlagen	0	2
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	1	0
Wertminderungen	38	120

Die Wertminderungen im Segment Express entfallen wie im Vorjahr ausschließlich auf Flugzeuge und Flugzeugteile.

16 Sonstige betriebliche Aufwendungen

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Aufwendungen für Werbung und Public Relations	341	391
Reise- und Bildungskosten	316	334
Fremdleistungen für Reinigung und Überwachung	320	319
Aufwendungen aus Versicherungen	272	268
Wertberichtigung kurzfristiges Vermögen	226	249
Garantie-, Ersatzleistungen und Entschädigungen	259	245
Aufwendungen für Telekommunikation	219	223
Sonstige betriebliche Steuern	226	219
Büromaterial	180	178
Beratungskosten (inklusive Steuerberatung)	177	170
Aufwendungen aus Währungsumrechnung	157	170
Repräsentations- und Bewirtungskosten	147	151
Abrechnung mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	93	100
Aufwendungen für Zölle	74	88
Beiträge und Gebühren	88	87
Freiwillige soziale Leistungen	80	80
Aufwendungen für Provisionsleistungen	70	66
Rechtskosten	60	61
Abgangsverluste von Vermögenswerten	87	56
Aufwendungen aus Derivaten	20	48
Kosten des Geldverkehrs	40	42
Prüfungskosten	33	32
Aufwendungen aus periodenfremden Abrechnungen	29	24
Spenden	20	21
Übrige Aufwendungen	329	452
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.863	4.074

¹ Textziffer 4

Andere Steuern als die von Einkommen und Ertrag werden entweder unter den zugehörigen Aufwandsposten oder, soweit eine individuelle Zuordnung nicht möglich ist, unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

In den übrigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

17 Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	5	5
Ergebnis aus Gemeinschaftsunternehmen	0	0
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	5	5

¹ Textziffer 4

18 Finanzergebnis

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Finanzerträge		
Zinserträge	92	43
Erträge aus sonstigen Beteiligungen und finanziellen Vermögenswerten	14	2
Sonstige Finanzerträge	76	29
	182	74
Finanzaufwendungen		
Zinsaufwendungen	-365	-358
davon aus der Aufzinsung von Nettopensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen	-187	-221
Sonstige Finanzaufwendungen	-67	-65
	-432	-423
Fremdwährungsergebnis	-43	-39
Finanzergebnis	-293	-388

¹ Textziffer 4

Die Veränderung des Finanzergebnisses um -95 MIO € auf -388 MIO € beruht im Wesentlichen auf den im Vorjahr enthaltenen Zinserträgen aus der Auflösung einer Rückstellung für Zinsen auf Steuerverbindlichkeiten.

Im Finanzergebnis sind Zinserträge in Höhe von 43 MIO € (Vorjahr: 92 MIO €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 358 MIO € (Vorjahr: 365 MIO €) enthalten. Sie resultieren aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Informationen zur Aufzinsung der Nettopensionsrückstellungen finden sich unter Textziffer 44.6.

19 Ertragsteuern

MIO €	2013	2014
Laufende Ertragsteueraufwendungen	-604	-604
Laufende Ertragsteuererstattung	198	56
	-406	-548
Latenter Steueraufwand aus temporären Wertdifferenzen	-87	-53
Latenter Steuerertrag aus steuerlichen Verlustvorträgen	132	201
	45	148
Ertragsteuern	-361	-400

Ausgehend vom Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern und der rechnerischen Ertragsteuer gestaltet sich die Überleitung auf den tatsächlichen Ertragsteueraufwand wie folgt:

Überleitungsrechnung

MIO €	2013	2014
Ergebnis vor Ertragsteuern	2.572	2.577
Rechnerische Ertragsteuer	-766	-778
Auf Initial Differences nicht gebildete aktive latente Steuern	20	13
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern inländischer Konzerngesellschaften	242	346
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern ausländischer Konzerngesellschaften	51	59
Effekt für laufende Steuern aus Vorjahren	113	4
Steuerfreie Erträge und nicht abziehbare Ausgaben	-87	-117
Steuersatzdifferenzen ausländischer Unternehmen	66	73
Ertragsteuern	-361	-400

Der Unterschied aus auf Initial Differences nicht gebildeten aktiven latenten Steuern gründet auf temporären Differenzen zwischen der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG, die aus abweichenden Wertansätzen in der steuerlichen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1995 resultieren (Initial Differences). Gemäß IAS 12.15 (b) und IAS 12.24 (b) hat der Konzern keine aktiven latenten Steuern auf diese temporären Differenzen, die im Wesentlichen das Sachanlagevermögen, die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen betrafen, gebildet. Die verbleibenden temporären Differenzen zwischen den IFRS-Bilanzansätzen und den Wertansätzen, basierend auf der steuerlichen Eröffnungsbilanz, belaufen sich zum 31. Dezember 2014 noch auf 319 MIO € (Vorjahr: 366 MIO €).

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern inländischer Konzerngesellschaften betreffen im Wesentlichen die Deutsche Post AG und deren Organgesellschaften. Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern ausländischer Gesellschaften resultieren überwiegend aus der Region Amerikas.

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern beinhalten in Höhe von 123 MIO € (Vorjahr: 106 MIO €) die Minderung des tatsächlichen Ertragsteueraufwands aufgrund der Nutzung von bisher nicht mit aktiven latenten Steuern belegten steuerlichen Verlustvorträgen und temporären Differenzen. Des Weiteren minderte sich der latente Steueraufwand aufgrund des Ansatzes bisher nicht aktivierter latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und abzugsfähiger temporärer Differenz einer früheren Periode um 317 MIO € (Vorjahr: 208 MIO €). Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern entfallen in Höhe von 4 MIO € (Vorjahr: 10 MIO € Abwertung) auf die Wertberichtigung eines latenten Steueranspruchs. Die übrigen Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern betreffen im Wesentlichen Verlustvorträge, auf die keine latenten Steuern angesetzt wurden.

Für Gesellschaften, die im Vorjahr oder in der laufenden Periode ein negatives Ergebnis gezeigt haben, wurde ein latenter Steueranspruch in Höhe von 17 MIO € (Vorjahr: 7 MIO €) aktiviert, da die Realisierung des Steueranspruchs aufgrund der steuerlichen Ergebnisplanung insoweit wahrscheinlich ist.

Im Geschäftsjahr 2014 ergab sich bei inländischen Konzerngesellschaften ein unwesentlicher Effekt aus einer Steuersatzänderung. Die Steuersatzänderung in einigen ausländischen Steuerjurisdiktionen führte nicht zu wesentlichen Effekten.

Im tatsächlichen Steueraufwand sind periodenfremde Steueraufwendungen von in- und ausländischen Unternehmen in Höhe von 4 MIO € Ertrag (Vorjahr: 113 MIO € Ertrag) enthalten.

Die folgende Tabelle stellt die steuerlichen Effekte auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses (Other Comprehensive Income) dar:

Sonstiges Ergebnis

MIO €	Vor Steuern	Ertragsteuern	Nach Steuern
2014			
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen	-2.350	285	-2.065
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	-2	0	-2
IAS-39-Neubewertungsrücklage	112	-10	102
IAS-39-Hedge-Rücklage	-92	27	-65
Währungsumrechnungsrücklage	454	0	454
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen	2	0	2
Anteile nach der Equity-Methode bilanzierter Unternehmen	4	0	4
Sonstiges Ergebnis	-1.872	302	-1.570
2013, angepasst¹			
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen	-50	36	-14
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	-1	0	-1
IAS-39-Neubewertungsrücklage	77	-8	69
IAS-39-Hedge-Rücklage	62	-18	44
Währungsumrechnungsrücklage	-460	0	-460
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen	1	0	1
Anteile nach der Equity-Methode bilanzierter Unternehmen	-1	0	-1
Sonstiges Ergebnis	-372	10	-362

¹ Textziffer 4

Im Geschäftsjahr wurde das Vorgehen bei der Ermittlung des werthaltigen Teils für das auf Pensionen bestehende aktive latente Steuerpotenzial verfeinert. Hieraus ergab sich ein im sonstigen Ergebnis erfasster positiver Steuereffekt von 221 MIO €. Die zukünftigen Effekte können nur sehr schwer abgeschätzt werden, da sie entscheidend von der Entwicklung der Pensionsrückstellungen der hier bestehenden Differenzen zwischen IFRS und Steuerrecht abhängen.

20 Konzernjahresergebnis

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete der Konzern ein Konzernjahresergebnis in Höhe von 2.177 MIO € (Vorjahr: 2.211 MIO €). Davon entfielen auf die Aktionäre der Deutsche Post AG 2.071 MIO € (Vorjahr: 2.091 MIO €).

21 Nicht beherrschende Anteile

Das den nicht beherrschenden Anteilseignern zustehende Ergebnis hat sich von 120 MIO € um -14 MIO € auf 106 MIO € verringert.

22 Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie (Basic Earnings per Share) wird nach IAS 33 (Earnings per Share) mittels Division des Konzerngewinns durch die durchschnittliche Anzahl der Aktien ermittelt. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie liegt für das Geschäftsjahr 2014 bei 1,71 € (Vorjahr: 1,73 €).

Unverwässertes Ergebnis je Aktie

		2013	2014
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	2.091	2.071
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von ausgegebenen Aktien	Stück	1.208.910.457	1.209.507.913
Unverwässertes Ergebnis je Aktie	€	1,73	1,71

Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien um die Anzahl aller potenziell verwässernden Aktien berichtigt. Hierbei werden sowohl die den Führungskräften aus den aktienbasierten Vergütungssystemen (Performance Share Plan und Share Matching Scheme) zustehenden Rechte an Aktien (zum 31. Dezember 2014: 6.745.501 Stück; Vorjahr: 5.992.349 Stück) als auch die Stammaktien, die bei Ausübung der Wandlungsrechte aus der am 6. Dezember 2012 begebenen Wandelanleihe maximal ausgegeben werden können, berücksichtigt. Das auf die Aktionäre der Deutsche Post AG entfallende Konzernjahresergebnis wird um die für die Wandelanleihe aufgewendeten Beträge erhöht.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie (Diluted Earnings per Share) liegt bei 1,64 € im Berichtszeitraum (Vorjahr: 1,66 €).

Verwässertes Ergebnis je Aktie

		2013	2014
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	2.091	2.071
Zuzüglich Zinsaufwand Wandelanleihe	MIO €	6	6
Abzüglich Ertragsteuern	MIO €	1	1
Berichtigtes auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	2.096	2.076
Durchschnittliche gewichtete Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	1.208.910.457	1.209.507.913
Potenziell verwässernde Aktien	Stück	52.944.097	53.243.204
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von Aktien für das verwässerte Ergebnis	Stück	1.261.854.554	1.262.751.117
Verwässertes Ergebnis je Aktie	€	1,66	1,64

23 Dividende je Aktie

Für das Geschäftsjahr 2014 wird eine Dividende je Aktie von 0,85 € vorgeschlagen. Dies entspricht bei einer im Handelsregister eingetragenen Aktienzahl von 1.211.180.262 (Stand: 31. Dezember 2014) einer Ausschüttung von 1.030 MIO €. Im Vorjahr betrug die Dividende je Aktie 0,80 €. Weitere Erläuterungen zur Ausschüttung finden sich unter den [Textziffer 42](#).

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

24 Immaterielle Vermögenswerte

24.1 Übersicht

MIO €	Selbst erstellte immaterielle Vermögens- werte	Erworbene Markennamen	Erworbene Kunden- stämme	Sonstige erworbene immaterielle Vermögens- werte	Firmenwerte	Geleistete Anzah- lungen und immaterielle Vermögens- werte in Entwicklung	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2013 angepasst¹	1.083	502	944	1.497	12.056	134	16.216
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	0	0	4	31	0	36
Zugänge	39	0	0	79	0	126	244
Umbuchungen	23	0	0	22	0	-36	9
Abgänge	-30	0	0	-90	-22	-1	-143
Währungsumrechnungsdifferenzen	-3	-12	-36	-33	-295	-1	-380
Stand 31. Dezember 2013/1. Januar 2014	1.113	490	908	1.479	11.770	222	15.982
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	0	0	0	2	0	3
Zugänge	18	0	0	70	0	212	300
Umbuchungen	48	19	0	12	0	-39	40
Abgänge	-30	0	0	-53	-2	-4	-89
Währungsumrechnungsdifferenzen	1	35	67	26	477	1	607
Stand 31. Dezember 2014	1.151	544	975	1.534	12.247	392	16.843
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2013 angepasst¹	821	457	560	1.093	1.138	0	4.069
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	0	0	2	0	0	3
Abschreibungen	99	0	58	118	0	0	275
Wertminderungen	0	0	0	15	0	0	15
Umbuchungen	2	0	0	-1	0	0	1
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	-28	0	0	-81	-5	0	-114
Währungsumrechnungsdifferenzen	-2	-10	-26	-25	-36	0	-99
Stand 31. Dezember 2013/1. Januar 2014	893	447	592	1.121	1.097	0	4.150
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	87	0	54	120	0	0	261
Wertminderungen	10	0	0	0	0	0	10
Umbuchungen	12	0	0	-13	0	2	1
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	-24	0	0	-43	0	0	-67
Währungsumrechnungsdifferenzen	1	31	44	19	41	0	136
Stand 31. Dezember 2014	979	478	690	1.204	1.138	2	4.491
Bilanzwert 31. Dezember 2014	172	66	285	330	11.109	390	12.352
Bilanzwert 31. Dezember 2013	220	43	316	358	10.673	222	11.832

¹ Textziffer 4

Unter den erworbenen immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte ausgewiesen. Die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte betreffen Entwicklungskosten für selbst erstellte Software.

Neben den Firmenwerten haben nur die gesamten erworbenen Markennamen eine unbestimmte Nutzungsdauer.

Die Firmenwertzugänge in Höhe von 2 MIO € betreffen die StreetScooter GmbH. Die Firmenwertabgänge entfallen mit jeweils 1 MIO € auf die Hull Blyth Angola Viagens und das Digital Solutions Business, [Textziffer 2](#).

24.2 Firmenwertallokation auf Cash Generating Units (CGU)

MIO €	2013		2014
	angepasst ¹		
Gesamtfirmenwert	10.673		11.109
Post - eCommerce - Parcel	877		906
Express	3.890		3.918
Global Forwarding, Freight			
DHL Global Forwarding	3.662		3.919
DHL Freight	273		275
Supply Chain			
DHL Supply Chain	1.560		1.645
Williams Lea	411		446

¹ [Textziffer 4](#)

Für Zwecke des jährlich durchzuführenden Werthaltigkeitstests nach IAS 36 ermittelt der Konzern den erzielbaren Betrag einer CGU auf Basis eines Nutzungswerts (Value-in-Use-Konzept). Diese Berechnungen beruhen auf Prognosen von Free Cashflows, die zunächst mit einem Kapitalkostensatz nach Steuern diskontiert werden. Im Anschluss werden Diskontierungssätze vor Steuern auf Basis eines iterativen Prozesses ermittelt.

Die Cashflow-Prognosen basieren auf vom Management verabschiedeten Detailplanungen für das EBIT, Abschreibungen/ Investitionen sowie der Entwicklung des Net Working Capital und berücksichtigen unternehmensinterne Erfahrungswerte sowie externe ökonomische Rahmendaten. Methodisch umfasst die Detailplanungsphase einen dreijährigen Planungszeitraum von 2015 bis 2017. Für den Wertbeitrag ab 2018 wird sie ergänzt um die ewige Rente. Diese wird über eine langfristige Wachstumsrate ermittelt, die für jede CGU einzeln festgelegt wird und deren Höhe der unten stehenden Tabelle entnommen werden kann. Die angesetzten Wachstumsraten orientieren sich am langfristigen realen Wachstum der relevanten Volkswirtschaften, den Wachstumserwartungen der einschlägigen Branchen und den langfristigen Inflationserwartungen in jenen Ländern, in denen die jeweiligen CGU ihre Geschäftstätigkeit ausüben. Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl Erfahrungen aus der Vergangenheit als auch Einflüsse aus der zukünftig erwarteten generellen Marktentwicklung zugrunde. Außerdem werden für die Prognosen das Wachstum der jeweiligen geografischen Teilmärkte und des Welthandels sowie die zunehmende Auslagerung der Logistikaktivitäten berücksichtigt. Die prognostizierte Entwicklung der Kosten für das Transportnetzwerk und Dienstleistungen haben ebenfalls einen Einfluss auf den Nutzungswert.

Der Kapitalkostensatz vor Steuern basiert auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital). Den Diskontierungssatz (vor Steuern) für die einzelnen CGU sowie die für die ewige Rente unterstellten jeweiligen Wachstumsraten zeigt folgende Tabelle:

%	Diskontierungssatz		Wachstumsrate	
	2013	2014	2013	2014
Supply Chain				
DHL Supply Chain	9,3	8,4	2,5	2,5
Williams Lea	9,1	7,8	2,0	2,0
Global Forwarding, Freight				
DHL Freight	9,4	8,6	2,0	2,0
DHL Global Forwarding	9,2	8,3	2,5	2,5
Post - eCommerce - Parcel	8,8	8,3	0,5	0,5
Express	9,5	9,3	2,0	2,0

Auf Basis dieser Annahmen und der durchgeführten Werthaltigkeitstests für die einzelnen CGU, denen ein Firmenwert zugeordnet wurde, wurde festgestellt, dass die erzielbaren Beträge bei sämtlichen CGU die entsprechenden Buchwerte der jeweiligen CGU übersteigen. Ein Wertminderungsbedarf für Firmenwerte wurde zum 31. Dezember 2014 für keine CGU festgestellt.

Im Rahmen des Impairment-Tests hat Deutsche Post DHL Group nach den Anforderungen des IAS 36.134 Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein Abwertungsrisiko des Firmenwerts ließ sich auch auf Basis dieser Analysen nicht erkennen.

25 Sachanlagen

25.1 Übersicht

MIO €	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Flugzeuge	Fuhrpark, Transport- ausstattung	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2013 angepasst¹	4.532	4.004	2.517	2.054	2.114	262	15.483
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	13	3	0	4	0	21
Zugänge	214	150	189	27	283	640	1.503
Umbuchungen	73	177	44	228	25	-548	-1
Abgänge	-155	-197	-180	-150	-238	-10	-930
Währungsumrechnungsdifferenzen	-96	-88	-86	-16	-30	-6	-322
Stand 31. Dezember 2013/1. Januar 2014	4.569	4.059	2.487	2.143	2.158	338	15.754
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	1	1	0	0	0	2
Zugänge	138	100	155	35	358	790	1.576
Umbuchungen	51	361	-30	116	52	-589	-39
Abgänge	-172	-206	-200	-465	-261	-17	-1.321
Währungsumrechnungsdifferenzen	90	88	61	24	19	11	293
Stand 31. Dezember 2014	4.676	4.403	2.474	1.853	2.326	533	16.265
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2013 angepasst¹	2.172	2.730	1.945	885	1.097	1	8.830
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	12	2	0	4	0	19
Abschreibungen	173	249	206	193	203	0	1.024
Wertminderungen	0	3	0	19	0	0	22
Umbuchungen	0	-1	1	0	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	-1	0	0	-1
Abgänge	-93	-151	-166	-125	-206	0	-741
Währungsumrechnungsdifferenzen	-55	-53	-66	-7	-18	0	-199
Stand 31. Dezember 2013/1. Januar 2014	2.198	2.789	1.922	964	1.080	1	8.954
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	171	235	203	175	216	0	1.000
Wertminderungen	3	0	1	106	0	0	110
Umbuchungen	1	49	-50	0	0	0	0
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	-106	-190	-192	-446	-229	0	-1.163
Währungsumrechnungsdifferenzen	58	59	48	10	12	0	187
Stand 31. Dezember 2014	2.325	2.942	1.932	809	1.079	1	9.088
Bilanzwert 31. Dezember 2014	2.351	1.461	542	1.044	1.247	532	7.177
Bilanzwert 31. Dezember 2013	2.371	1.270	565	1.179	1.078	337	6.800

¹ Textziffer 4

Unter den geleisteten Anzahlungen werden nur Anzahlungen für Sachanlagen ausgewiesen, wenn im Rahmen eines schwebenden Geschäfts Vorleistungen seitens des Konzerns erbracht wurden. Als Anlagen im Bau sind Sachanlagen aktiviert, für deren Herstellung bereits Kosten aus Eigen- oder Fremdleistung angefallen sind, die bis zum Bilanzstichtag aber noch nicht fertiggestellt wurden.

25.2 Finanzierungsleasing

Folgende Vermögenswerte sind im Rahmen eines Finanzierungsleasing im Anlagevermögen bilanziert:

MIO €	2013	2014
Grundstücke und Bauten	155	142
Technische Anlagen und Maschinen	3	2
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	10	12
Flugzeuge	160	84
Fuhrpark, Transportausstattung	2	2
Finanzierungsleasing	330	242

Die Verringerung des Flugzeugbestandes beruht auf einer außerplanmäßigen Abschreibung, da ein Teil der Flugzeugflotte früher als erwartet außer Dienst gestellt wurde. Angaben zu den korrespondierenden Verbindlichkeiten finden sich unter den Finanzschulden, [Textziffer 46.4.](#)

26 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

26.1 Übersicht

MIO €	2013	2014
Anschaffungs- oder Herstellungskosten		
Stand 1. Januar	53	43
Zugänge	2	7
Umbuchungen	-8	-1
Abgänge	-4	-8
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	1
Stand 31. Dezember	43	42
Abschreibungen		
Stand 1. Januar	10	10
Zugänge	1	0
Wertminderung	1	0
Abgänge	-2	0
Umbuchungen	0	0
Stand 31. Dezember	10	10
Bilanzwert 31. Dezember	33	32

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich vorwiegend um vermietete Erbbaurechtgrundstücke, bebaute und unbebaute Grundstücke in Deutschland, den USA, Iran und Angola. Unter dem Begriff Immobilien werden auch unbebaute Grundstücke geführt.

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen ein neues Objekt in Angola. Die Abgänge entfallen auf einen Verkauf eines Objektes in den USA bzw. auf eine Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte.

Die auf diese Immobilien entfallenden Mieteinnahmen betragen 3 MIO € (Vorjahr: 1 MIO €), die Aufwendungen liegen bei 1 MIO € (Vorjahr: unter 1 MIO €). Der beizulegende Zeitwert beträgt 65 MIO € (Vorjahr: 74 MIO €).

26.2 Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS 13

Die folgende Tabelle stellt die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien nach der Bewertungsmethode dar.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

MIO €	Buchwert	Zeitwert	Level 1 ¹	Level 2 ²	Level 3 ³
31. Dezember 2014					
Immobilien – Deutschland	18	51	–	13	38
Immobilien – Angola	7	7	–	4	3
Immobilien – USA	6	6	–	6	–
Immobilien – Iran	1	1	–	1	–
Gesamt	32	65	–	24	41
31. Dezember 2013					
Immobilien – Deutschland	21	58	–	14	44
Immobilien – Angola	2	2	–	–	2
Immobilien – USA	10	14	–	14	–
Gesamt	33	74	–	28	46

¹ Notierte, nicht berichtete Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden

² Marktpreisnotierungen, die unmittelbar (als Preis) oder mittelbar (vom Preis abgeleitet) zu beobachten sind

³ Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt unter Anwendung der Vergleichswert-, Ertragswert- sowie der Discounted-Cashflow-(DCF-)Methode. Die Bewertung erfolgt über externe und/oder interne Gutachten sowie über Kaufangebote. Den Inputfaktoren liegen z.T. Erfahrungswerte zugrunde, die auf Größe, Alter und Zustand der Grundstücke und Bauten, der lokalen Konjunktur und vergleichbaren Preisen basieren und entsprechend modifiziert werden. Wichtige Inputfaktoren sind Preis pro Quadratmeter bzw. Preis pro Morgen oder erwartete Mieteinnahmen.

Es fanden keine Übertragungen zwischen den Leveln in den Geschäftsjahren 2013 und 2014 statt.

27 Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

Die Beteiligungen an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen		Gesamt	
	2013 angepasst ¹	2014	2013 angepasst ¹	2014	2013 angepasst ¹	2014
Stand 1. Januar	60	62	6	6	66	68
Abgänge	0	-2	0	0	0	-2
Änderungen des anteiligen Eigenkapitals						
Erfolgswirksame Änderungen	5	5	0	0	5	5
Gewinnausschüttungen	-2	0	0	0	-2	0
Erfolgsneutrale Änderungen	-1	4	0	0	-1	4
Stand 31. Dezember	62	69	6	6	68	75

¹ Textziffer 4

Die vollständige Aufstellung der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen kann der Anteilsbesitzliste des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB auf der Internetseite www.dpdhl.com/de/investoren.html entnommen werden.

27.1 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die folgende Tabelle zeigt in aggregierter Form den Konzernbuchwert sowie ausgewählte Finanzdaten (entsprechend dem Anteilsbesitz) der assoziierten Unternehmen, die einzeln und in Summe nicht von wesentlicher Bedeutung für den Konzern sind.

Aggregierte Finanzdaten assoziierter Gesellschaften

MIO €	2013	2014
Konzernbuchwert	62	69
Ergebnis vor Ertragsteuern	5	4
Ergebnis nach Ertragsteuern	5	3
Sonstiges Ergebnis	-1	4
Gesamtergebnis	4	7

27.2 Gemeinschaftsunternehmen

Die Buchwerte der Gesellschaften, die von der Quotenkonsolidierung auf die Equity-Methode übergegangen sind, lagen unter 1 MIO €.

Im Folgenden werden in aggregierter Form der Buchwert sowie ausgewählte Finanzdaten der Anteile an sämtlichen einzeln und in Summe genommenen unwesentlichen Gemeinschaftsunternehmen dargestellt. Bei den Werten handelt es sich um die Konzernanteile.

Aggregierte Finanzdaten von Gemeinschaftsunternehmen

MIO €	2013	2014
Konzernbuchwert	6	6
Ergebnis vor Ertragsteuern	0	0
Ergebnis nach Ertragsteuern	0	0
Sonstiges Ergebnis	0	0
Gesamtergebnis	0	0

28 Langfristige finanzielle Vermögenswerte

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	162	256	288
Ausleihungen und Forderungen	736	728	834
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	115	107	192
Leasingforderungen	25	32	49
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.038	1.123	1.363

¹ Textziffer 4

In der Gewinn-und-Verlust-Rechnung sind 8 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €) Abschreibungen auf langfristige finanzielle Vermögenswerte enthalten, da sie nicht mehr in voller Höhe werthaltig waren. Sie entfielen wie im Vorjahr ausschließlich auf erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte.

Die Ausleihungen für Wohnungsbauförderungen sind gegenüber dem am 31. Dezember 2014 geltenden Marktzins für vergleichbare langfristige finanzielle Vermögenswerte mehrheitlich unterverzinslich oder unverzinslich. In der Bilanz werden sie mit einem Barwert von 12 MIO € (Vorjahr: 20 MIO €) erfasst. Der Nominalwert dieser Ausleihungen beträgt 13 MIO € (Vorjahr: 22 MIO €).

Angaben zur Einschränkung der Veräußerbarkeit finden sich unter Textziffer 50.2.

29 Sonstige langfristige Vermögenswerte

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Pensionsvermögen	198	120	88
Sonstiges	103	67	63
Sonstige langfristige Vermögenswerte	301	187	151

¹ Textziffer 4

Informationen zum Pensionsvermögen finden sich unter Textziffer 44.

30 Latente Steuern

30.1 Übersicht

MIO €	2013	2014
Aktive latente Steuern	1.327	1.752
Passive latente Steuern	124	84

30.2 Aufriss nach Bilanzposten

MIO €	2013		2014	
	Aktivisch	Passivisch	Aktivisch	Passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	33	171	62	156
Sachanlagen	110	47	117	52
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	8	55	0	70
Sonstiges langfristiges Vermögen	42	38	36	42
Übriges kurzfristiges Vermögen	71	63	39	26
Rückstellungen	358	27	649	36
Finanzschulden	28	18	4	51
Übrige Verbindlichkeiten	150	17	154	8
Steuerliche Verlustvorträge	839	–	1.048	–
Bruttobetrag	1.639	436	2.109	441
Saldierung	–312	–312	–357	–357
Bilanzansatz	1.327	124	1.752	84

Die latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge entfallen mit 948 MIO € (Vorjahr: 738 MIO €) auf inländische sowie mit 100 MIO € (Vorjahr: 101 MIO €) auf ausländische Verlustvorträge.

Auf steuerliche Verlustvorträge in Höhe von rund 10,2 MRD € (Vorjahr: 11,2 MRD €) und auf temporäre Wertdifferenzen von rund 5.082 MIO € (Vorjahr: 4.113 MIO €) wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da davon auszugehen ist, dass die steuerlichen Verlustvorträge und temporären Differenzen im Rahmen der steuerlichen Ergebnisplanung wahrscheinlich nicht genutzt werden können.

Der überwiegende Teil der Verlustvorträge entfällt auf die Deutsche Post AG. Diese Verlustvorträge sind zeitlich unbefristet nutzbar. Bei ausländischen Gesellschaften verfallen die wesentlichen Verlustvorträge nicht vor dem Jahr 2023.

Für aufgelaufene Ergebnisse in- und ausländischer Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 726 MIO € (Vorjahr: 631 MIO €) keine latenten Steuern gebildet, da es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

30.3 Fälligkeitsstruktur

MIO €	Kurzfristig	Langfristig	Saldierung	Gesamt
2014				
Aktive latente Steuern	308	1.801	-357	1.752
Passive latente Steuern	106	335	-357	84
2013				
Aktive latente Steuern	486	1.153	-312	1.327
Passive latente Steuern	169	267	-312	124

31 Vorräte

Festwerte für Postwertzeichen und Ersatzteile in Frachtzentren bestanden in Höhe von 15 MIO € (Vorjahr: 15 MIO €). Wesentliche Wertberichtigungen auf die Vorratsbestände waren nicht erforderlich.

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	208	203	233
Fertige Erzeugnisse und Waren	52	69	69
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	60	126	28
Geleistete Anzahlungen	1	4	2
Vorräte	321	402	332

¹ Textziffer 4

32 Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

MIO €	2013	2014
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	611	208
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	140	75
Ausleihungen und Forderungen	63	61
Leasingforderungen	7	7
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	821	351

Die Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung kurzfristiger Anlagen in Geldmarktfonds.

Von den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden 208 MIO € (Vorjahr: 611 MIO €) zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Angaben zur Einschränkung der Veräußerbarkeit finden sich unter [Textziffer 50.2](#).

33 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.400	6.490	7.227
Abgegrenzte Umsätze	534	528	596
Forderungen gegenüber Konzernunternehmen	6	4	2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.940	7.022	7.825

¹ Textziffer 4

34 Sonstige kurzfristige Vermögenswerte

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Rechnungsabgrenzungsposten	680	636	687
Steuerforderungen	491	490	541
Forderungen gegenüber privaten Postagenturen	148	157	147
Erträge aus Kostenübernahmen	61	71	87
Debitrische Kreditoren	43	33	48
Forderungen aus Schadenersatz (Regressansprüche)	25	25	36
Forderungen an Mitarbeiter	23	25	27
Forderungen aus Versicherungsgeschäften	20	20	40
Forderungen aus Anlagenverkäufen	0	6	6
Forderungen aus Nachnahmen	7	5	4
Andere Vermögenswerte	657	755	792
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.155	2.223	2.415

¹ Textziffer 4

Die Steuerforderungen betreffen mit 396 MIO € (Vorjahr: 366 MIO €) Umsatzsteuer, mit 101 MIO € (Vorjahr: 83 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 44 MIO € (Vorjahr: 41 MIO €) sonstige Steuerforderungen. In den anderen Vermögenswerten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

35 Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerpflichtungen

MIO €	1. Jan. 2013	2013 angepasst ¹	2014
Ertragsteueransprüche	127	167	172
Ertragsteuerpflichtungen	-534	-429	-446

¹ Textziffer 4

Sämtliche Ertragsteueransprüche und -pflichtungen sind kurzfristig und haben Fälligkeiten von unter einem Jahr.

36 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Zahlungsmitteläquivalente	883	2.077	1.686
Bankguthaben/Unterwegs befindliches Geld	1.395	1.199	1.226
Kassenbestand	14	22	22
Sonstige flüssige Mittel	103	116	44
Flüssige Mittel und Zahlungs- mitteläquivalente	2.395	3.414	2.978

¹ Textziffer 4

Von den 2.978 MIO € flüssigen Mitteln und Zahlungsmitteläquivalenten waren zum Bilanzstichtag 770 MIO € für den Konzern nur eingeschränkt verfügbar. Davon entfielen 680 MIO € auf Länder mit Devisenverkehrskontrollen oder anderen gesetzlichen Einschränkungen (im Wesentlichen China, Indien und Pakistan) und 90 MIO € auf Unternehmen mit nicht beherrschenden Anteils-eignern sowie treuhänderisch verwaltete liquide Mittel.

37 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

37.1 Übersicht

Die unter diesem Posten ausgewiesenen Beträge betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

MIO €	Vermögenswerte		Verbindlichkeiten	
	2013	2014	2013	2014
Exel Inc., USA – Immobilien (Segment Supply Chain)	2	4	0	0
Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH Co. Logistikzentren KG, Deutschland – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	20	0	0	0
Deutsche Post AG – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	20	0	0	0
DHL Aviation (Netherlands) B.V., Niederlande – Flugzeuge (Segment Express)	0	0	0	0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	42	4	0	0

Unter dem Begriff Immobilien werden auch unbebaute Grundstücke geführt.

EXEL INC.

Von den im Vorjahr zur Veräußerung stehenden Immobilienobjekten wurde unterjährig ein Objekt verkauft bzw. ein Objekt aufgrund zurückgezogener Verkaufsabsicht wieder in die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien zurückgegliedert. Eine Immobilie wurde aufgrund bestehender Verkaufsabsichten von den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte umgegliedert. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

DEUTSCHE POST DHL CORPORATE REAL ESTATE MANAGEMENT GMBH & CO. LOGISTIKZENTREN KG

Der im Geschäftsjahr 2013 ausgewiesene, geplante Immobilienverkauf wurde im vierten Quartal 2014 vollzogen. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte hatte zu keiner Wertminderung geführt.

DEUTSCHE POST AG

Der im Geschäftsjahr 2013 ausgewiesene, beabsichtigte Verkauf zweier Immobilienobjekte durch die Deutsche Post AG wurde vollzogen. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

DHL AVIATION (NETHERLANDS) B.V.

Im Rahmen einer vorzeitigen Flottenerneuerung beabsichtigt DHL Aviation (Netherlands) B.V. ihren Altbestand an Flugzeugen um elf Maschinen zu reduzieren. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung führte zu einer Wertminderung von 102 MIO €.

37.2 Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS 13

Gemäß IFRS 5 werden die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger als der Buchwert ist.

Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des nicht wiederkehrenden beizulegenden Zeitwerts unter Verwendung der verschiedenen Inputfaktoren.

Ermittlung des nicht wiederkehrenden beizulegenden Zeitwerts

MIO €	Level 1 ¹	Level 2 ²	Level 3 ³
31. Dezember 2014			
USA – Immobilien	–	4	–
Niederlande – Flugzeuge	–	–	0
31. Dezember 2013			
Deutschland – Immobilien	–	–	40
USA – Immobilien	–	2	–

¹ Notierte, nicht berichtete Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden

² Marktpreisnotierungen, die unmittelbar (als Preis) oder mittelbar (vom Preis abgeleitet) zu beobachten sind

³ Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren

Wie im Vorjahr liegen für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der zur Veräußerung gehaltenen Immobilien in den USA externe Bewertungsgutachten vor. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird die Vergleichswertmethode angewandt. Den Inputfaktoren, die dem Level 2 zugeordnet sind, liegen z. T. Erfahrungswerte zugrunde, die auf Größe, Alter und Zustand der Grundstücke und Bauten, der lokalen Konjunktur und vergleichbaren Preisen basieren und entsprechend modifiziert werden. Wesentlicher Inputfaktor ist der Preis pro Morgen.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der zur Veräußerung stehenden Flugzeuge ergibt sich aus einer Marktanalyse und einem entsprechenden Kaufangebot eines potenziellen Erwerbers.

Die im Vorjahr unter Level 3 ausgewiesenen beizulegenden Zeitwerte der zur Veräußerung stehenden Immobilien der Deutsche Post AG sowie der Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG wurden anhand von Kaufangeboten potenzieller Erwerber ermittelt.

Es fanden keine Übertragungen zwischen den Levels im Geschäftsjahr 2014 statt.

38 Gezeichnetes Kapital und Erwerb eigener Anteile

38.1 Anteilsverhältnisse

Zum 31. Dezember 2014 hielt die KfW Bankengruppe (KfW) wie im Vorjahr 21 % am Grundkapital der Deutsche Post AG. Der restliche Aktienbestand in Höhe von 79 % befand sich im Streubesitz. Die KfW hält die Anteilsscheine treuhänderisch für die Bundesrepublik Deutschland.

38.2 Gezeichnetes Kapital und Erwerb eigener Anteile

Das gezeichnete Kapital beträgt 1.211 MIO €. Es besteht aus 1.211.180.262 auf den Namen lautenden Stückaktien (Stammaktien) mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 € und ist voll eingezahlt.

Entwicklung gezeichnetes Kapital

€	2013	2014
Zum 1. Januar	1.209.015.874	1.209.015.874
Zugang durch 1. Kapitalerhöhung	0	656.915
Zugang durch 2. Kapitalerhöhung	0	1.507.473
Gezeichnetes Kapital lt. Handelsregister	1.209.015.874	1.211.180.262
Erwerb eigener Anteile	–1.313.727	–3.158.717
Ausgabe eigener Anteile	1.313.727	1.651.244
Zum 31. Dezember	1.209.015.874	1.209.672.789

Am 31. Dezember 2014 hielt die Deutsche Post AG eigene Aktien in Höhe von 1.507.473 Stück (Vorjahr: keine eigenen Aktien). Die Entwicklung der eigenen Anteile ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung enthalten.

Genehmigtes/Bedingtes Kapital zum 31. Dezember 2014

	Betrag MIO €	Zweck
Genehmigtes Kapital 2009	0	Erhöhung Grundkapital gegen Bar-/Sacheinlage (bis 20. April 2014)
Genehmigtes Kapital 2013	240	Erhöhung Grundkapital gegen Bar-/Sacheinlage (bis 28. Mai 2018)
Bedingtes Kapital 2011	75	Ausgabe von Options-/Wandlungsrechten (24. Mai 2016)
Bedingtes Kapital 2013	75	Ausgabe von Options-/Wandlungsrechten (28. Mai 2018)
Bedingtes Kapital 2014	40	Ausgabe von Bezugsrechten an Führungskräfte (26. Mai 2019)

Genehmigtes Kapital 2009

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 21. April 2009 war der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 20. April 2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 240 MIO auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand hat diese Ermächtigung nicht in Anspruch genommen. Da diese Ermächtigung am 20. April 2014 auslief, wurde in der Hauptversammlung am 29. Mai 2013 beschlossen, diese durch eine neue Ermächtigung (genehmigtes Kapital 2013) in gleicher Höhe zu ersetzen.

Genehmigtes Kapital 2013

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2013 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 28. Mai 2018 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 240 MIO auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf Aktien in den in der Ermächtigung geregelten Fällen auszuschließen.

Mit der teilweisen Inanspruchnahme der Ermächtigung gemäß § 5 Ziffer 2 der Satzung der Deutsche Post AG (genehmigtes Kapital 2013) durch die Hauptversammlung am 29. Mai 2013 hatte der Vorstand der Deutsche Post AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital der Deutsche Post AG um 656.915,00 € durch Ausgabe von 656.915 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit einem Nennwert von jeweils 1,00 € am Grundkapital gegen Bareinlage zu erhöhen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 12. März 2014 im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn registriert. Die Aktien wurden am Konzernjahresergebnis 2013 beteiligt.

Mit einer weiteren teilweisen Inanspruchnahme der Ermächtigung gemäß § 5 Ziffer 2 der Satzung der Deutsche Post AG (genehmigtes Kapital 2013) durch die Hauptversammlung am 29. Mai 2013 hat der Vorstand der Deutsche Post AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital der Deutsche Post AG um 1.507.473,00 € durch Ausgabe von 1.507.473 neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien mit einem Nennwert von jeweils 1,00 € am Grundkapital gegen Bareinlage zu erhöhen. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 11. Dezember 2014 im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn registriert. Die Aktien werden am Konzernjahresergebnis 2014 beteiligt.

Für die Durchführung der beiden Kapitalerhöhungen sind Transaktionskosten in Höhe von 0,7 MIO € angefallen.

Bedingtes Kapital 2011

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 wurde der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 24. Mai 2016 ein- oder mehrmals Options-, Wandel- und/oder Gewinnschuldverschreibungen sowie Genussrechte unter Einschluss von Kombinationen dieser Instrumente im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 MRD € auszugeben und dabei Options- oder Wandlungsrechte auf bis zu 75 MIO Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 75 MIO € zu gewähren.

Auf Grundlage dieser Ermächtigung hatte die Deutsche Post AG am 6. Dezember 2012 eine Wandelanleihe in Höhe von 1 MRD € begeben, die das Recht zur Wandlung in bis zu 48 MIO Aktien der Deutsche Post AG verbrieft. Mit der Emission wurde diese Ermächtigung vollständig in Anspruch genommen. Das Grundkapital ist bis zu 75 MIO € bedingt erhöht.

Bedingtes Kapital 2013

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2013 wurde der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 28. Mai 2018 ein- oder mehrmals Options-, Wandel- und/oder Gewinnschuldverschreibungen sowie Genussrechte unter Einschluss von Kombinationen dieser Instrumente im Gesamtnennbetrag von bis zu 1,5 MRD € auszugeben und dabei Options- oder Wandlungsrechte auf bis zu 75 MIO Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 75 MIO € zu gewähren. Das Grundkapital ist bis zu 75 MIO € bedingt erhöht. Von der Ermächtigung wurde im Berichtsjahr kein Gebrauch gemacht.

Bedingtes Kapital 2014

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2014 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital um bis zu 40 MIO € durch die Ausgabe von bis zu 40 MIO neuen, auf den Namen lautenden Stückaktien bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Bezugsrechten an ausgewählte Führungskräfte des Konzerns. Die Bezugsrechte dürfen nur auf der Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 27. Mai 2014 ausgegeben werden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als Aktien auf die gewährten Bezugsrechte ausgegeben werden und die Gesellschaft die Bezugsrechte nicht durch Barzahlung oder Lieferung von eigenen Aktien ablöst. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie ausgegeben werden, am Gewinn teil. Das Grundkapital ist um bis zu 40 MIO € bedingt erhöht.

38.3 Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Der von der Hauptversammlung am 28. April 2010 erteilten und am 9. Mai 2012 ergänzten sowie bis zum 27. April 2015 befristeten Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien wurde im Geschäftsjahr 2014 Gebrauch gemacht. Die Ermächtigung wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 27. Mai 2014 für die Zeit ab Wirksamwerden der neuen Ermächtigung aufgehoben. Die Gesellschaft ist durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 27. Mai 2014 weiterhin ermächtigt, bis zum 26. Mai 2019 eigene Aktien in einem Umfang von bis zu 10 % des bei Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung sieht vor, dass der Vorstand sie zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck ausüben kann, insbesondere zur Verfolgung der im Beschluss der Hauptversammlung genannten Ziele.

Die eigenen Aktien, die auf der Grundlage der Ermächtigung erworben werden, dürfen weiterhin unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch zur Einführung an einer Börse im Ausland verwendet werden. Ebenso ist der Vorstand weiterhin ermächtigt, eigene Aktien auch unter Einsatz von Derivaten zu erwerben.

Im Rahmen des Share Matching Schemes hat die Deutsche Post AG im laufenden Geschäftsjahr insgesamt 1.651.244 Aktien an Führungskräfte ausgegeben. Dazu wurden im ersten Quartal des Geschäftsjahres 656.915 Aktien am Markt zu einem Gesamtpreis von 17 MIO € erworben. Der Kaufpreis je Aktie betrug durchschnittlich 25,83 €. Weitere 990.269 Anteile wurden im zweiten und dritten Quartal zu einem Gesamtpreis von 28 MIO € und einem durchschnittlichen Kaufpreis von 28,10 € je Aktie erworben. Darüber hinaus wurden im vierten Quartal zusätzlich benötigte 4.060 Aktien zu einem Kaufpreis von 25,08 € gekauft.

Der Erwerb eigener Anteile für die im Jahr 2015 anstehende Bedienung der Tranche 2010 des Bonusprogramms für Führungskräfte (Zuteilung von Aktien) erfolgte zu einem Gesamtpreis von 40 MIO €. Der Kaufpreis je Aktie betrug durchschnittlich 26,59 €.

Am 31. Dezember 2014 hielt die Deutsche Post AG 1.507.473 eigene Aktien.

38.4 Angaben zum unternehmerischen Kapital

Im Geschäftsjahr 2014 lag die Eigenkapitalquote bei 25,9 % (Vorjahr: 28,3 %). Die Kontrolle des unternehmerischen Kapitals erfolgt über die Net Gearing Ratio, die definiert ist als Nettofinanzverschuldung dividiert durch das Gesamtkapital, wobei dies der Summe aus Eigenkapital und Nettofinanzverschuldung entspricht.

Unternehmerisches Kapital

MIO €	2013	2014
Gesamte Finanzschulden	5.896	5.080
Abzüglich flüssige Mittel und Zahlungsmittel-äquivalente	-3.414	-2.978
Abzüglich kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-821	-351
Abzüglich Long-Term Deposits	-55	-60
Abzüglich langfristige derivative Finanzinstrumente	-107	-192
Nettofinanzverschuldung	1.499	1.499
Zuzüglich gesamtes Eigenkapital	10.034	9.580
Gesamtkapital	11.533	11.079
Net Gearing Ratio (%)	13,0	13,5

39 Kapitalrücklage

Bis zum 31. Dezember 2014 wurden der Kapitalrücklage 101 MIO € zugeführt. Davon entfielen 44 MIO € auf das Share Matching Scheme (31. Dezember 2013: 35 MIO €), 3 MIO € auf den Performance Share Plan sowie 16 MIO € bzw. 38 MIO € auf die Kapitalerhöhungen, [Textziffer 38](#).

Kapitalrücklage

MIO €	2013	2014
Kapitalrücklage zum 1. Januar	2.254	2.269
Zuführung/Ausgabe der Rechte am Share Matching Scheme		
Tranche 2009	1	1
Tranche 2010	3	4
Tranche 2011	4	4
Tranche 2012	17	4
Tranche 2013	10	21
Tranche 2014	0	10
Zuführung gesamt	35	44
Ausübung der Rechte am Share Matching Scheme		
Tranche 2009 – Matching Shares	0	-8
Tranche 2012 – Investment und Incentive Shares	-20	0
Tranche 2013 – Investment und Incentive Shares	0	-23
Ausübung gesamt	-20	-31
Summe Share Matching Scheme	15	13
Zuführung/Ausgabe der Rechte am Performance Share Plan		
Tranche 2014	0	3
Kapitalerhöhungen	0	54
Kapitalrücklage zum 31. Dezember	2.269	2.339

Mit Ausübung der Rechte an Aktien der Tranche 2009 und 2013 verringerte sich die Kapitalrücklage durch die entsprechende Ausgabe eigener Anteile an die Führungskräfte um 31 MIO € (Vorjahr: 20 MIO € für Tranche 2012).

Mit der Begebung der Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wurde das Wandlungsrecht in die Kapitalrücklage in Höhe von 74 MIO € eingestellt, [Textziffer 46](#).

40 Andere Rücklagen

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	3	2	0
IAS-39-Neubewertungsrücklage	-1	68	170
IAS-39-Hedge-Rücklage	-7	37	-28
Währungsumrechnungsrücklage	-469	-924	-483
Andere Rücklagen	-474	-817	-341

¹ [Textziffer 4](#)

40.1 IFRS-3-Neubewertungsrücklage

MIO €	2013	2014
Stand 1. Januar	3	2
Erfolgsneutrale Veränderungen	-1	-2
IFRS-3-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember	2	0

Die IFRS-3-Neubewertungsrücklage enthält die aus der Kaufpreisallokation entstandenen stillen Reserven der DHL Logistics Co. Ltd., China. Sie beziehen sich auf die in dem zuvor gehaltenen 50-%-Anteil enthaltenen Kundenbeziehungen sowie auf Anpassungen auf latente Steuern.

40.2 IAS-39-Neubewertungsrücklage

MIO €	2013	2014
Stand 1. Januar	0	77
Währungsumrechnungsdifferenzen	1	6
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	76	107
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	0	0
IAS-39-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember vor Steuern	77	190
Latente Steuern	-9	-20
IAS-39-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember nach Steuern	68	170

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutral berücksichtigten Auf- und Abwertungen aus Zeitwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“. Die erfolgswirksame Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei wesentlicher oder dauerhafter Wertminderung.

40.3 IAS-39-Hedge-Rücklage

Die Hedge-Rücklage wird um den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts eines Cashflow Hedge angepasst. Bei Abwicklung des Grundgeschäfts wird die Hedge-Rücklage erfolgswirksam aufgelöst.

MIO €	2013	2014
Stand 1. Januar	-3	59
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	111	-73
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	-49	-19
IAS-39-Hedge-Rücklage zum 31. Dezember vor Steuern	59	-33
Latente Steuern	-22	5
IAS-39-Hedge-Rücklage zum 31. Dezember nach Steuern	37	-28

Die Veränderung der Hedge-Rücklage ergibt sich im Wesentlichen aus der Vereinnahmung bisher unrealisierter Gewinne und Verluste aus der Absicherung künftiger operativer Fremdwährungstransaktionen. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 70 MIO € realisierte Gewinne und 51 MIO € realisierte Verluste (Vorjahr: 26 MIO € realisierte Verluste und 75 MIO € realisierte Gewinne) im sonstigen Ergebnis erfasst. Auf die Hedge-Rücklage sind latente Steuern gebildet worden.

40.4 Währungsumrechnungsrücklage

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Stand 1. Januar	-469	-924
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	-5	0
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	-451	441
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	1	0
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-924	-483

¹ Textziffer 4

41 Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten neben den in der Vergangenheit erzielten Konzernergebnissen, soweit sie nicht ausgeschüttet wurden, auch die Effekte aus Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen.

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Stand 1. Januar	6.017	7.183
Dividendenzahlung	-846	-968
Konzernjahresergebnis	2.091	2.071
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen	-15	-2.061
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	-62	-6
Übrige Veränderung	-2	-51
Gewinnrücklagen zum 31. Dezember	7.183	6.168

¹ Textziffer 4

Die Dividendenzahlung an die Aktionäre der Deutsche Post AG in Höhe von 968 MIO € erfolgte im Mai 2014. Dies entsprach einer Dividende pro Aktie von 0,80 €.

Angaben zur Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen finden sich unter [Textziffer 44.6.](#)

Die Entwicklung der eigenen Anteile ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung enthalten.

42 Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital

Das den Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnende Eigenkapital im Geschäftsjahr 2014 beträgt 9.376 MIO € (1. Januar 2013, angepasst: 9.006 MIO €; 31. Dezember 2013, angepasst: 9.844 MIO €).

Ausschüttungen

Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Deutsche Post AG ist der Bilanzgewinn der Deutsche Post AG in Höhe von 1.645 MIO € nach deutschem Handelsrecht maßgeblich. Der nach Abzug der geplanten Dividendensumme von 1.030 MIO € (entspricht 0,85 € pro Aktie) verbleibende Betrag von 615 MIO € soll vorgetragen werden.

	Ausschüttungs- betrag MIO €	Dividende je Aktie €
Ausschüttung im Geschäftsjahr 2014 für das Jahr 2013	968	0,80
Ausschüttung im Geschäftsjahr 2013 für das Jahr 2012	846	0,70

Da die Dividende in vollem Umfang aus dem steuerlichen Einlagekonto im Sinne des § 27 KStG (nicht in das Nennkapital geleistete Einlagen) geleistet wird, erfolgt die Auszahlung ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag. Bei inländischen Aktionären unterliegt die Dividende nicht der Besteuerung. Eine Steuererstattungs- oder Steueranrechnungsmöglichkeit ist mit der Dividende nicht verbunden. Die Ausschüttung gilt steuerlich als Rückgewähr von Einlagen und mindert – nach Auffassung der Finanzverwaltung – die Anschaffungskosten der Aktien.

43 Nicht beherrschende Anteile

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Nicht beherrschende Anteile	207	190	204

¹ Textziffer 4

Dieser Bilanzposten beinhaltet Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter am konsolidierungspflichtigen Kapital aus der Kapitalkonsolidierung sowie die ihnen zustehenden Gewinne und Verluste.

Die folgende Tabelle zeigt die Unternehmen, die die nicht beherrschenden Anteile betreffen:

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
DHL Sinotrans International Air Courier Ltd., China	107	115	143
Blue Dart Express Limited, Indien	29	23	8
Exel Saudia LLC, Saudi-Arabien	6	8	6
Tradeteam Limited, Großbritannien	13	0	0
Andere Unternehmen	52	44	47
Nicht beherrschende Anteile	207	190	204

¹ Textziffer 4

Folgende zwei Gesellschaften verfügen über wesentliche nicht beherrschende Anteile:

DHL Sinotrans International Air Courier Ltd., China, erbringt nationale und internationale Express- und Transportdienstleistungen und ist dem Segment Express zugeordnet. An dieser Gesellschaft ist Deutsche Post DHL Group mit 50 % Kapitalanteil beteiligt. An der, dem Segment PeP zugeordneten Blue Dart Express Limited (Blue Dart), Indien, ist die Deutsche Post AG mit 75 % Kapitalanteil beteiligt. Blue Dart ist im Bereich der Kurierdienstleistungen tätig.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die aggregierten Finanzdaten der wesentlichen nicht beherrschenden Anteile:

Finanzdaten wesentlicher nicht beherrschender Anteile

MIO €	Sinotrans		Blue Dart	
	2013	2014	2013	2014
Bilanz				
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	139	124	65	76
Kurzfristige Vermögenswerte	310	365	67	69
AKTIVA gesamt	449	489	132	145
PASSIVA				
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	1	8	4	47
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	218	194	35	49
PASSIVA gesamt	219	202	39	96
Nettovermögen	230	287	93	49
Nicht beherrschende Anteile	115	143	23	8
Gewinn- und Verlust-Rechnung				
Umsatzerlöse	978	1.163	239	272
Ergebnis vor Ertragsteuern	218	260	25	23
Ertragsteuern	55	66	11	19
Ergebnis nach Ertragsteuern	163	194	14	4
Sonstiges Ergebnis	-1	19	-18	9
Gesamtergebnis	162	213	-4	13
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile	79	106	-1	3
an nicht beherrschende Anteile ausgeschüttete Dividende	82	78	5	14
auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Konzernergebnis	79	97	3	1
Kapitalflussrechnung				
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	156	109	16	2
Mittelab-/zufluss aus Investitionstätigkeit	-19	-15	5	14
Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit	-163	-156	-21	-14
Zahlungswirksame Veränderung der Flüssigen Mittel	-26	-62	0	2
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am 1. Januar	196	173	5	4
Einfluss von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel	3	34	-1	0
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am 31. Dezember	173	145	4	6

Das auf die nicht beherrschenden Anteile entfallende sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Währungsumrechnungsrücklage. Die Entwicklung wird in der folgenden Tabelle gezeigt.

MIO €	2013	2014
Stand 1. Januar	-5	-11
Transaktion mit nicht beherrschenden Anteilen	5	0
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	-11	17
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	0	0
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-11	6

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderungen von Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen ohne Änderung in der Beherrschung:

Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen

MIO €	2013			2014		
	Währungs- umrechnungs- rücklage	Gewinn- rücklagen	Gesamt	Währungs- umrechnungs- rücklage	Gewinn- rücklagen	Gesamt
Giorgio-Gori-Gruppe, Italien	0	-62	-62	0	16	16
Tradeteam Limited, Großbritannien	-4	10	6	0	0	0
Blue Dart Express Limited, Indien	0	0	0	0	-10	-10
Sonstige	-1	-10	-11	0	-12	-12
Gesamt	-5	-62	-67	0	-6	-6

44 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.216	5.016	7.226

¹ Textziffer 4

Die wichtigsten leistungsorientierten Altersversorgungspläne des Konzerns befinden sich in Deutschland und Großbritannien.

In Deutschland gibt es bei der Deutsche Post AG eine tarifvertraglich vereinbarte betriebliche Altersversorgung aus dem Jahr 1997, die offen ist für neue Arbeitnehmer. Es handelt sich um eine Festbetragsregelung, die monatliche Betriebsrentenzahlungen ab dem Eintritt in die gesetzliche Rente in Abhängigkeit von der geleisteten Dienstzeit und der erreichten Entgeltgruppe vorsieht. Die jährliche Dynamisierung der Festbeträge während der Anwartschaft sowie der Rentenzahlungen erfolgt zu fest vereinbarten Prozentsätzen, und zwar 1,45 % für Aktive und 1,00 % für Betriebsrentner. Darüber hinaus sind Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen enthalten. Aufgrund einer internen Änderung hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen zu bestimmten Invalidisierungsleistungen ergab sich im Vorjahr als Konsequenz negativer nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand. Ähnlich strukturierte

Altersversorgungsregelungen gibt es für Führungskräfte unterhalb der Vorstandsebene und für bestimmte Mitarbeitergruppen zur Entgeltumwandlung.

Der weitaus größere Teil der Verpflichtungen der Deutsche Post AG betrifft Besitzstände der Arbeitnehmer am Umstellungsstichtag im Jahr 1997 sowie Altzusagen für Ausgeschiedene und Betriebsrentner aus der Zeit vor dem Umstellungsstichtag. Die individuell ermittelten Besitzstandsbeiträge der Aktiven werden mit 1,45 % p. a. dynamisiert.

Neben den Tarifverträgen und sonstigen relevanten Dokumenten bildet das Betriebsrentengesetz die Grundlage für den gesamten Pensionsplan der Deutsche Post AG. Für die externe Finanzierung besteht in erster Linie eine eigene Treuhandeinrichtung, in die auch eine Unterstützungskasse und ein Pensionsfonds eingebunden sind. Die Dotierung erfolgt bei der Treuhandeinrichtung fallweise im Einklang mit der Finanzstrategie des Konzerns und bei der Unterstützungskasse laufend im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten, während beim Pensionsfonds die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Dotierungsanforderungen grundsätzlich ohne zusätzliche Arbeitgeberbeiträge realisiert werden kann. In den Gremien der Unterstützungskasse sind neben Mitarbeitern der Deutsche Post AG auch ehemalige Mitarbeiter vertreten. Ein Teil des Planvermögens ist in Immobilien angelegt, die langfristig an den Konzern vermietet werden. Für einen Teil der Altzusagen

wird daneben eine gemeinschaftliche Pensionskasse der Postnachfolgeunternehmen, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP), genutzt.

Bei den Tochtergesellschaften in Deutschland gibt es vereinzelte Altersversorgungspläne, die im Zusammenhang mit Akquisitionen und Betriebsübergängen erworben wurden und nicht für Neueintritte offen sind.

In Großbritannien sind die leistungsorientierten Altersversorgungsregelungen des Konzerns seit einigen Jahren für Neueintritte weitestgehend geschlossen. Am 26. November 2013 verpflichtete sich Deutsche Post DHL Group in Großbritannien zusätzlich zu einer Änderung der Pensionsstrategie, und mit Wirkung vom 1. April 2014 sind diese Regelungen nun für weitere Dienstzeitzuwächse weitestgehend geschlossen. Folglich gab es im Vorjahr negativen nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand (in den nachfolgenden Tabellen vor Schließungskosten und Übergangszahlungen gezeigt). Seit dem 1. April 2014 können die betroffenen Mitarbeiter an einer beitragsorientierten Regelung teilnehmen.

Derzeit verbleibt eine einzige leistungsorientierte Altersversorgungsregelung des Konzerns in Großbritannien, infolge eines Betriebsübergangs von der britischen Regierung, offen für bestehende Arbeitnehmer, die noch kein Beitreten gewählt haben, oder für neue Arbeitnehmer. Sie sieht monatliche Betriebsrentenzahlungen ab Eintritt in den Ruhestand in Abhängigkeit von der geleisteten Dienstzeit und dem Endgehalt vor. Zusätzlich ist eine Kapitalzahlung bei Rentenbeginn zu leisten. Die jährliche Dynamisierung von Rentenzahlungen ist an die Inflation geknüpft. Diese Regelung beinhaltet auch Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen.

Der Großteil der (leistungsorientierten) Regelungen des Konzerns in Großbritannien ist in einen einzigen sogenannten Group Plan mit verschiedenen Sektionen für die teilnehmenden Bereiche integriert worden. Die Finanzierung erfolgt zum größten Teil über einen sogenannten Group Trust. Die Höhe der Arbeitgeberbeiträge ist in sogenannten Funding Valuations mit dem Treuhänder auszuhandeln. Bei den Direktoren des Treuhänders handelt es sich um Mitarbeiter des Konzerns, ehemalige Mitarbeiter sowie externe Dritte, die alle zur Unabhängigkeit verpflichtet sind. Die begünstigten Arbeitnehmer beteiligen sich im Falle der verbliebenen offenen leistungsorientierten Regelung mit eigenen Beiträgen an der Finanzierung. Die wesentlichen Grundlagen für den Group Plan bilden die entsprechenden Treuhandverträge und -regeln sowie die britischen Pensions Acts.

Sonstige leistungsorientierte Altersversorgungspläne des Konzerns befinden sich in verschiedensten Ausprägungen in den Niederlanden, der Schweiz, den USA und einer Vielzahl von weiteren Ländern.

In den Niederlanden nehmen aufgrund verpflichtender tarifvertraglicher Vereinbarungen diejenigen Mitarbeiter, die nicht von einem Branchenplan erfasst werden, an einem eigenen leistungsorientierten Altersversorgungsplan teil. Dieser ist nach einer Planänderung im Berichtsjahr nun nicht mehr endgehaltsabhängig, sondern sammelt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 ausschließlich jährliche Zuwächse an, wobei auch eine neue Kappung des anrechenbaren Gehalts gemäß den relevanten niederländischen Gesetzen gilt. Als Konsequenz ergab sich im Berichtsjahr negativer nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand. Der eigene leistungsorientierte Altersversorgungsplan sieht monatliche Rentenzahlungen vor, deren Dynamisierung sich einerseits an der vereinbarten Lohn- und Gehaltsentwicklung und andererseits an den hierfür zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln orientiert.

In der Schweiz erhalten die Mitarbeiter aufgrund gesetzlicher Vorschriften eine betriebliche Altersversorgung, die sich nach den eingezahlten Beiträgen, einer jährlich festgelegten Verzinsung, bestimmten Verrentungsfaktoren und eventuell festgelegten Rentendynamisierungen bemisst. Am 9. Dezember 2014 wurde eine Planänderung beschlossen, die mit Wirkung vom 1. Januar 2015 insbesondere zu Änderungen bei den Verrentungsfaktoren führt. Als Konsequenz ergab sich im Berichtsjahr negativer nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand.

In den USA sind die eigenen leistungsorientierten Altersversorgungspläne für Neueintritte geschlossen und die erreichten Anwartschaften eingefroren.

Für die Finanzierung nutzen die Konzerngesellschaften in diesen drei Ländern hauptsächlich gemeinsame konzerninterne Einrichtungen. In den Niederlanden und der Schweiz beteiligen sich neben dem Arbeitgeber auch die Arbeitnehmer an der Finanzierung. In den USA fallen aktuell keine Beiträge für eigene leistungsorientierte Altersversorgungspläne an. Im Berichtsjahr gab es im Bereich Sonstige über die beiden genannten Planänderungen in den Niederlanden und der Schweiz hinaus keine wesentlichen Ergänzungen, Kürzungen oder Abgeltungen der leistungsorientierten Altersversorgungspläne des Konzerns.

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen bestehen verschiedene Risiken, von denen insbesondere die Zins- und Investitionsrisiken als weiterhin bedeutend angesehen werden.

Die nachstehenden Angaben über die Pensionsverpflichtungen gliedern sich grundsätzlich nach den Bereichen Deutschland, Großbritannien sowie Sonstige.

44.1 Ermittlung der Bilanzposten

Die Bilanzposten wurden wie folgt ermittelt:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2014				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	10.453	5.247	2.399	18.099
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-4.228	-4.750	-1.986	-10.964
Vermögensüberdeckung (-)/Fehlbetrag (+) am 31. Dezember	6.225	497	413	7.135
Auswirkungen von Vermögensobergrenzen am 31. Dezember	0	1	2	3
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	6.225	498	415	7.138
Getrennter Ansatz				
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	3	85	88
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	6.225	501	500	7.226
31. Dezember 2013				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	8.438	4.395	1.963	14.796
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-4.119	-4.034	-1.752	-9.905
Vermögensüberdeckung (-)/Fehlbetrag (+) am 31. Dezember	4.319	361	211	4.891
Auswirkungen von Vermögensobergrenzen am 31. Dezember	0	1	4	5
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.319	362	215	4.896
Getrennter Ansatz				
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	18	102	120
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.319	380	317	5.016

Im Bereich Sonstige betragen die Anteile der Niederlande, der Schweiz und der USA am entsprechenden Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen 43 %, 22 % bzw. 13 % (31. Dezember 2013: 42 %, 24 % bzw. 11 %).

In Deutschland gab es im Konzern ferner separat anzusetzende Erstattungsansprüche gegenüber ehemaligen Konzerngesellschaften in Höhe von ca. 17 MIO € (31. Dezember 2013: 14 MIO €). Entsprechend werden Leistungszahlungen direkt von den ehemaligen Konzerngesellschaften übernommen.

44.2 Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen hat sich wie folgt entwickelt:

MIO €	Deutschland	Groß-britannien	Sonstige	Gesamt
2014				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 1. Januar	8.438	4.395	1.963	14.796
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	110	14	39	163
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	312	202	69	583
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung demografischer Annahmen	0	-88	15	-73
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung finanzieller Annahmen	2.057	627	375	3.059
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – erfahrungsbedingte Anpassungen	-12	-26	-5	-43
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	6	0	-20	-14
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Arbeitnehmerbeiträge	11	4	15	30
Leistungszahlungen	-469	-189	-94	-752
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	0	0	1	1
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	308	41	349
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	10.453	5.247	2.399	18.099
2013				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 1. Januar	8.608	4.116	2.051	14.775
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	111	34	41	186
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	314	176	66	556
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung demografischer Annahmen	-33	237	5	209
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung finanzieller Annahmen	-68	156	-103	-15
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – erfahrungsbedingte Anpassungen	25	0	3	28
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-58	-75	-3	-136
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Arbeitnehmerbeiträge	10	11	15	36
Leistungszahlungen	-471	-173	-77	-721
Planabgeltungszahlungen	0	0	-2	-2
Transfers	3	0	1	4
Akquisitionen/Desinvestitionen	-3	0	-1	-4
Währungseffekte	0	-87	-33	-120
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	8.438	4.395	1.963	14.796

Bei den finanziellen Annahmen handelt es sich im Wesentlichen um folgende Daten:

%	Deutschland	Groß-britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2014				
Abzinsungssatz	2,25	3,50	2,33	2,62
Jährlich erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrate	2,50	3,00	2,05	2,43
Jährlich erwartete Rentensteigerungsrate	2,00	2,59	0,92	2,07
31. Dezember 2013				
Abzinsungssatz	3,75	4,50	3,48	3,94
Jährlich erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrate	2,50	4,50	2,12	3,06
Jährlich erwartete Rentensteigerungsrate	2,00	2,96	1,06	2,20

Der Abzinsungssatz für die leistungsorientierten Verpflichtungen in der Eurozone und in Großbritannien wurde jeweils unter Berücksichtigung der bestandsspezifischen Gegebenheiten aus einer Zinsstrukturkurve, die sich aus Renditen von Unternehmensanleihen mit AA-Rating ergibt, abgeleitet. Für die übrigen Länder wurde, sofern ein ausreichend liquider Markt für Unternehmensanleihen mit AA-Rating (oder teilweise AA- und AAA-Rating) vorhanden war, der Abzinsungssatz in ähnlicher Weise bestimmt. Für Länder, die nicht über einen ausreichend liquiden Markt für solche Unternehmensanleihen verfügen, wurden stattdessen die Renditen von Staatsanleihen zugrunde gelegt.

Bei der jährlichen Rentensteigerung für Deutschland sind neben den gezeigten Annahmen insbesondere fest vereinbarte Sätze zu berücksichtigen. Der effektive gewichtete Durchschnitt beträgt daher 1,00 % (2013: 1,00 %).

Die wichtigsten demografischen Annahmen beziehen sich auf die Lebenswartung bzw. Sterblichkeit. Bei den deutschen Konzernunternehmen basierten sie auf den Richttafeln 2005 G, herausgegeben von Klaus Heubeck. Für die britischen Pensionspläne wurde die Lebenserwartung auf die S1PMA/S1PFA-Tafeln einer der Continuous Mortality Investigation des Institute and Faculty of Actuaries mit Anpassung zur Berücksichtigung der planspezifischen Sterblichkeit gestützt. In den sonstigen Ländern wurden aktuell übliche landesspezifische Sterbetafeln verwendet.

Bei Änderung einer der wesentlichen finanziellen Annahmen würde sich der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen wie folgt verändern:

%	Änderung der Annahme	Änderung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen			
		Groß-			
		Deutschland	britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2014					
Abzinsungssatz	+1,00	-13,57	-16,06	-14,43	-14,40
	-1,00	17,85	19,78	18,75	18,53
Jährlich erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrates	+0,50	0,18	0,11	1,17	0,29
	-0,50	-0,17	-0,10	-1,10	-0,27
Jährlich erwartete Rentensteigerungsrate	+0,50	0,41	5,07	6,13	2,51
	-0,50	-0,37	-3,18	-4,37	-1,71
31. Dezember 2013					
Abzinsungssatz	+1,00	-12,31	-16,14	-13,41	-13,59
	-1,00	15,63	19,58	17,20	17,01
Jährlich erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrates	+0,50	0,17	1,06	1,44	0,60
	-0,50	-0,15	-1,21	-1,30	-0,62
Jährlich erwartete Rentensteigerungsrate	+0,50	0,30	4,09	5,81	2,15
	-0,50	-0,27	-4,08	-4,14	-1,91

Es handelt sich hierbei um effektive gewichtete Veränderungen des jeweiligen Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen, z. B. unter Berücksichtigung der weitgehenden Festschreibungen bei der Rentensteigerung für Deutschland.

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr, bezogen auf einen 65-jährigen Begünstigten, würde den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen in Deutschland um 4,64 % (Vorjahr: 4,63 %) und in Großbritannien um 3,80 % (Vorjahr: 3,53 %) erhöhen. Bezüglich der sonstigen Länder würde die entsprechende Erhöhung bei 2,08 % (Vorjahr: 2,40 %) liegen und insgesamt bei 4,06 % (Vorjahr: 4,01 %).

Zur Bestimmung der Sensitivitätsangaben wurden die Barwerte mit demselben Verfahren berechnet, das zur Berechnung der Barwerte am Bilanzstichtag verwendet wurde. Die Darstellung berücksichtigt nicht die Interdependenzen der Annahmen, sondern unterstellt, dass sich die Annahmen jeweils einzeln ändern. In der Praxis wäre dies unüblich, da die Annahmen oft korrelieren.

Die gewichtete durchschnittliche Duration der leistungsorientierten Verpflichtungen des Konzerns betrug am 31. Dezember 2014 in Deutschland 15,9 Jahre (31. Dezember 2013: 14,3 Jahre) und in Großbritannien 18,2 Jahre (31. Dezember 2013: 18,5 Jahre). In den sonstigen Ländern lag sie bei 16,8 Jahren (31. Dezember 2013: 15,5 Jahre) und insgesamt bei 16,7 Jahren (31. Dezember 2013: 15,7 Jahre).

Vom Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen entfielen insgesamt 30,8 % (31. Dezember 2013: 27,6 %) auf aktive Anwärter, 16,8 % (31. Dezember 2013: 16,2 %) auf ausgeschiedene Anwärter und 52,4 % (31. Dezember 2013: 56,2 %) auf Leistungsempfänger.

44.3 Zeitwert des Planvermögens

Der Zeitwert des Planvermögens hat sich wie folgt entwickelt:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2014				
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	4.119	4.034	1.752	9.905
Zinsertrag auf das Planvermögen	153	186	60	399
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	45	369	177	591
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	0	-6	-3	-9
Arbeitgeberbeiträge	194	69	27	290
Arbeitnehmerbeiträge	0	4	15	19
Leistungszahlungen	-278	-189	-84	-551
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	-5	0	1	-4
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	283	41	324
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	4.228	4.750	1.986	10.964
2013				
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	4.129	3.936	1.693	9.758
Zinsertrag auf das Planvermögen	153	168	54	375
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	30	96	50	176
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	0	-6	-3	-9
Arbeitgeberbeiträge	143	83	37	263
Arbeitnehmerbeiträge	0	11	15	26
Leistungszahlungen	-337	-173	-66	-576
Planabgeltungszahlungen	0	0	-2	-2
Transfers	1	0	0	1
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	-81	-26	-107
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	4.119	4.034	1.752	9.905

Der Zeitwert des Planvermögens lässt sich wie folgt aufgliedern:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2014				
Aktien	785	1.000	694	2.479
Renten	1.402	3.072	845	5.319
Immobilien	1.121	175	203	1.499
Alternatives	299	449	39	787
Versicherungen	576	0	108	684
Bargeld	42	40	19	101
Andere	3	14	78	95
Zeitwert des Planvermögens	4.228	4.750	1.986	10.964
31. Dezember 2013				
Aktien	622	872	632	2.126
Renten	1.227	2.488	658	4.373
Immobilien	1.030	150	193	1.373
Alternatives	314	469	53	836
Versicherungen	582	0	92	674
Bargeld	205	14	33	252
Andere	139	41	91	271
Zeitwert des Planvermögens	4.119	4.034	1.752	9.905

Für ca. 81 % der gesamten Planvermögenszeitwerte (Vorjahr: 80 %) bestehen Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt. Die restlichen Werte ohne solche Marktpreisnotierungen verteilen sich im Wesentlichen auf die Immobilien mit 12 % (Vorjahr: 12 %), die Versicherungen mit 6 % (Vorjahr: 6 %), Alternatives mit 1 % (Vorjahr: 1 %) und die Anderen mit 0 % (Vorjahr: 1 %). Die Investitionen auf den aktiven Märkten erfolgen überwiegend global diversifiziert mit gewissen landesspezifischen Schwerpunkten.

Immobilien mit einem Zeitwert von 1.106 MIO € (Vorjahr: 1.016 MIO €) werden durch die Deutsche Post AG selbst genutzt. Ansonsten werden, wie im Vorjahr, keine Vermögenswerte des Planvermögens selbst genutzt und keine eigenen übertragbaren Finanzinstrumente als Planvermögen gehalten.

In Deutschland, Großbritannien und z. B. auch in den Niederlanden, der Schweiz und den USA werden zwecks Abstimmung der Aktiv- und Passivseite in regelmäßigen Abständen Asset-Liability-Studien durchgeführt und die strategische Vermögensallokation für das Planvermögen wird entsprechend angepasst.

44.4 Auswirkung von Vermögensobergrenzen

In Großbritannien und in der Schweiz war aufgrund der Planvorschriften bei jeweils einem Pensionsplan eine Vermögensüberdeckung in geringem Umfang auf den Nutzenbarwert zu begrenzen (asset ceiling). Darüber hinaus gab es am 31. Dezember 2014, wie im Vorjahr, keine Auswirkungen von Vermögensobergrenzen. Angaben zu Höhe und Veränderung gegenüber dem Vorjahr finden sich in der Tabelle unter [Textziffer 44.1](#).

44.5 Nettopensionsrückstellungen

Die Nettopensionsrückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	2014			Gesamt
	Deutschland	Großbritannien	Sonstige	
2014				
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.319	362	215	4.896
Dienstzeitaufwand ¹	116	20	22	158
Nettozinsaufwand	159	16	9	184
Neubewertungen	2.000	144	206	2.350
Arbeitgeberbeiträge	-194	-69	-27	-290
Arbeitnehmerbeiträge	11	0	0	11
Leistungszahlungen	-191	0	-10	-201
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	5	0	0	5
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	25	0	25
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	6.225	498	415	7.138
2013				
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.479	181	358	5.018
Dienstzeitaufwand ¹	53	-35	41	59
Nettozinsaufwand	161	8	12	181
Neubewertungen	-106	297	-141	50
Arbeitgeberbeiträge	-143	-83	-37	-263
Arbeitnehmerbeiträge	10	0	0	10
Leistungszahlungen	-134	0	-11	-145
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	2	0	1	3
Akquisitionen/Desinvestitionen	-3	0	-1	-4
Währungseffekte	0	-6	-7	-13
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.319	362	215	4.896

¹ Inklusive anderer Verwaltungskosten nach IAS 19.130 aus Planvermögen

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2015 Zahlungen in Höhe von 453 MIO € erwartet. Hiervon entfallen 199 MIO € auf direkte erwartete Leistungszahlungen des Unternehmens und 254 MIO € auf erwartete Arbeitgeberbeiträge an Pensionsfondseinrichtungen.

44.6 Kostenkomponenten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne

Die Kostenkomponenten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne stellen sich folgendermaßen dar:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2014				
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	110	14	39	163
Nachzurechnender Dienstzeitaufwand	6	0	-20	-14
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	0	6	3	9
Dienstzeitaufwand¹	116	20	22	158
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	312	202	69	583
Zinsertrag auf das Planvermögen	-153	-186	-60	-399
Zinsen auf die Auswirkungen von Vermögensobergrenzen	0	0	0	0
Nettozinsaufwand	159	16	9	184
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – gesamt	2.045	513	385	2.943
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	-45	-369	-177	-591
Änderung der Auswirkung von Vermögensobergrenzen unter Ausschluss der Zinsen	0	0	-2	-2
Neubewertungen	2.000	144	206	2.350
Kosten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne	2.275	180	237	2.692
2013				
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	111	34	41	186
Nachzurechnender Dienstzeitaufwand	-58	-75	-3	-136
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	0	6	3	9
Dienstzeitaufwand¹	53	-35	41	59
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	314	176	66	556
Zinsertrag auf das Planvermögen	-153	-168	-54	-375
Zinsen auf die Auswirkungen von Vermögensobergrenzen	0	0	0	0
Nettozinsaufwand	161	8	12	181
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – gesamt	-76	393	-95	222
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	-30	-96	-50	-176
Änderung der Auswirkung von Vermögensobergrenzen unter Ausschluss der Zinsen	0	0	4	4
Neubewertungen	-106	297	-141	50
Kosten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne	108	270	-88	290

¹ Inklusive anderer Verwaltungskosten nach IAS 19.130 aus Planvermögen

Von den Kosten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne flossen 158 MIO € (Vorjahr: 59 MIO €) in den Personalaufwand, 184 MIO € (Vorjahr: 181 MIO €) in das Finanzergebnis und 2.350 MIO € (Vorjahr: 50 MIO €) außerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in das sonstige Ergebnis.

44.7 Risiken

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen existieren verschiedene Risiken, die für das Unternehmen und die Pläne von Bedeutung sind. Die Möglichkeiten zur Risikobegrenzung werden in Abhängigkeit von den planspezifischen Gegebenheiten genutzt.

ZINSRISIKO

Ein Absinken (Ansteigen) des Abzinsungssatzes führt zu einer Erhöhung (Verminderung) des Barwerts der Gesamtverpflichtung und wird grundsätzlich von einer Erhöhung (Verminderung) des

Zeitwerts der Renteninstrumente des Planvermögens begleitet. Weitere Absicherungen werden z. T. durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente vorgenommen.

INFLATIONSRISSIKO

Pensionsverpflichtungen können, insbesondere bei Endgehaltsbezogenheit oder aufgrund von in der Rentenauszahlungsphase vorzunehmenden Dynamisierungen, indirekt oder direkt an die Entwicklung der Inflation gekoppelt sein. Dem Risiko ansteigender Inflationsraten bezüglich des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen ist dadurch begegnet worden, dass z. B. für Deutschland auf eine Festbetragsregelung umgestellt worden ist und dass in Großbritannien die leistungsorientierten Regelungen weitestgehend geschlossen sowie Dynamisierungen festgeschrieben bzw. teilweise begrenzt oder teilweise Kapitalzahlungen vorgesehen worden sind. Außerdem besteht eine positive Korrelation mit den Zinsen.

INVESTITIONSRISIKO

Die Kapitalanlage ist grundsätzlich mit vielfältigen Risiken behaftet, insbesondere kann sie Marktpreisschwankungen ausgesetzt sein. Eine Steuerung wird vornehmlich durch breite Streuung und durch Einsatz von Risiko-Overlays vorgenommen.

LANGLEBIGKEITSRISIKO

Ein Langlebigkeitsrisiko kann sich aufgrund zukünftig steigender Lebenserwartung in Bezug auf die zukünftig anfallenden Leistungen ergeben. Ihm wird insbesondere dadurch Rechnung getragen, dass bei der Berechnung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen aktuell übliche Sterbetafeln verwendet werden, die z. B. in Deutschland und Großbritannien bereits Zuschläge für eine zukünftig steigende Lebenserwartung beinhalten.

45 Sonstige Rückstellungen**45.1 Übersicht**

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Sonstige langfristige Rückstellungen	1.954	1.589	1.556
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	1.667	1.752	1.545
Sonstige Rückstellungen	3.621	3.341	3.101

¹ Textziffer 4

Die sonstigen Rückstellungen gliedern sich in folgende wesentliche Rückstellungsarten:

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2013 angepasst ¹	2014	2013 angepasst ¹	2014	2013 angepasst ¹	2014
Sonstige Personalleistungen	745	705	311	278	1.056	983
Restrukturierungsrückstellungen	109	93	425	209	534	302
Versicherungstechnische Rückstellungen	402	435	203	211	605	646
Postwertzeichen	0	0	400	350	400	350
Steuerrückstellungen	0	0	116	98	116	98
Übrige Rückstellungen	333	323	297	399	630	722
Sonstige Rückstellungen	1.589	1.556	1.752	1.545	3.341	3.101

¹ Textziffer 4

45.2 Entwicklung sonstige Rückstellungen

MIO €	Sonstige Personal- leistungen	Restruk- turierungs- rückstellungen	Versicherungs- technische Rückstellungen	Post- wertzeichen	Steu- rückstellungen	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2014	1.056	534	605	400	116	630	3.341
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	0
Verbrauch	-476	-157	-55	-400	-55	-251	-1.394
Währungsumrechnungsdifferenz	44	40	16	0	2	11	113
Auflösung	-22	-174	-24	0	-20	-67	-307
Aufzinsung/Änderung des Zinssatzes	15	1	11	0	0	9	36
Umgliederung	5	-5	0	0	0	0	0
Zuführung	361	63	93	350	55	390	1.312
Stand 31. Dezember 2014	983	302	646	350	98	722	3.101

In der Rückstellung „Sonstige Personalleistungen“ sind im Wesentlichen Aufwendungen für die Personalreduzierung (Abfindungen, Überbrückungsgelder, Altersteilzeit etc.), aktienbasierte Bonusverpflichtungen (SAR) und Jubiläumsverpflichtungen passiviert.

Die Restrukturierungsrückstellungen umfassen sämtliche Aufwendungen, die aus den Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb des US-Expressbereichs sowie auch aus dem übrigen Konzern resultieren. Diese betreffen Maßnahmen, die im Wesentlichen auf in den USA übernommenen Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen, Mieten für ungenutzte Anlagen, Leistungen gegenüber Arbeitnehmern anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Altersteilzeitprogramme, Überbrückungsgelder), Prozessrisiken sowie Aufwendungen für die Schließung von z. B. Terminals beruhen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten überwiegend Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen, nähere Angaben finden sich unter [Textziffer 7](#).

Die Rückstellung für Postwertzeichen beinhaltet offene Leistungsverpflichtungen gegenüber den Kunden für Brief- und Paketzustellungen aus verkauften, aber vom Kunden noch vorgehaltenen Postwertzeichen und basiert auf Untersuchungen von Marktforschungsunternehmen und internen Berechnungen. Sie wird zum Nominalwert der abgegebenen Wertzeichen bewertet.

Die Steuerrückstellungen enthalten mit 31 MIO € (Vorjahr: 35 MIO €) Umsatzsteuer, mit 4 MIO € (Vorjahr: 5 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 63 MIO € (Vorjahr: 76 MIO €) sonstige Steuerrückstellungen.

45.3 Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Prozesskosten	115	97	177
Risiken aus Geschäftstätigkeit	105	91	45
Flugzeuginstandhaltung	58	73	96
Sonstige übrige Rückstellungen	414	369	404
Übrige Rückstellungen	692	630	722

¹ [Textziffer 4](#)

In den sonstigen übrigen Rückstellungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

45.4 Fälligkeitsstruktur

Die Fälligkeitsstruktur zu den im Geschäftsjahr 2014 bilanzierten Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	Gesamt
2014							
Sonstige Personalleistungen	278	212	130	72	57	234	983
Restrukturierungsrückstellungen	209	18	8	10	11	46	302
Versicherungstechnische Rückstellungen	211	180	90	56	36	73	646
Postwertzeichen	350	0	0	0	0	0	350
Steuerrückstellungen	98	0	0	0	0	0	98
Übrige Rückstellungen	399	114	44	25	23	117	722
Gesamt	1.545	524	272	163	127	470	3.101

46 Finanzschulden

46.1 Übersicht

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Langfristige Finanzschulden	4.421	4.619	4.683
Kurzfristige Finanzschulden	410	1.335	486
Finanzschulden	4.831	5.954	5.169

¹ [Textziffer 4](#)

Der Rückgang der Finanzschulden ist im Wesentlichen auf die im Januar 2014 getilgte Anleihe in Höhe von 0,9 MRD € zurückzuführen.

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
	angepasst ¹		angepasst ¹		angepasst ¹	
Anleihen	4.164	4.290	924	0	5.088	4.290
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	1	198	183	198	184
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	194	191	19	19	213	210
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	58	0	32	23	90	23
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	11	12	29	133	40	145
Sonstige Finanzschulden	192	189	133	128	325	317
Finanzschulden	4.619	4.683	1.335	486	5.954	5.169

¹ Textziffer 4

46.2 Anleihen

Weitere Angaben zu den wesentlichen Anleihen enthält die folgende Tabelle. Die Anleihen der Deutsche Post Finance B.V. sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

Wesentliche Anleihen

	Nominalzins %	Nominalvolumen	Emittent	2013		2014	
				Buchwert MIO €	Zeitwert MIO €	Buchwert MIO €	Zeitwert MIO €
Anleihe 2003/2014	4,875	926 MIO €	Deutsche Post Finance B.V.	924	929	0	0
Anleihe 2012/2017	1,875	750 MIO €	Deutsche Post Finance B.V.	745	767	747	780
Anleihe 2012/2022	2,950	500 MIO €	Deutsche Post Finance B.V.	496	516	496	575
Anleihe 2012/2020	1,875	300 MIO €	Deutsche Post AG	295	296	297	323
Anleihe 2012/2024	2,875	700 MIO €	Deutsche Post AG	696	706	697	806
Anleihe 2013/2018	1,5	500 MIO €	Deutsche Post AG	491	499	496	522
Anleihe 2013/2023	2,75	500 MIO €	Deutsche Post AG	495	501	495	570
Wandelanleihe 2012/2019 ¹	0,600	1 MRD €	Deutsche Post AG	931	928	942	1.006

¹ Es handelt sich hierbei um die Fremdkapitalkomponente der Wandelanleihe, die Eigenkapitalkomponente wird unter der Kapitalrücklage ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Wandelanleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.384 MIO € (Vorjahr: 1.353 MIO €).

Die am 6. Dezember 2012 emittierte Wandelanleihe mit einem Volumen von 1 MRD € ist mit einem Wandlungsrecht ausgestattet, das die Inhaber berechtigt, eine Wandlung der Schuldtitel in eine vorab spezifizierte Anzahl von Aktien der Deutsche Post AG vorzunehmen, wenn der Aktienkurs der Deutsche-Post-Aktie 130 % des dann gültigen Wandlungspreises nachhaltig übersteigt. Das Wandlungsrecht ist vom 16. Januar 2013 bis 21. November 2019 ausübbar. Bei Ausgabe betrug der Wandlungspreis 20,74 €. Aufgrund der Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 2013 in Höhe von 0,80 € war der Wandlungspreis auf 20,69 € anzupassen. Daneben wurde der Deutsche Post AG eine Call-Option eingeräumt mit dem Recht, die Anleihe vorzeitig zum Nominalbetrag zuzüglich der aufgelaufenen Stückzinsen zu kündigen, wenn der Aktienkurs der Deutsche-Post-Aktie 130 % des dann gültigen Wandlungspreises nachhaltig übersteigt. Die Option ist erstmals ausübbar am 6. Dezember 2017 und letztmals am 16. November 2019. Aufgrund der vertraglichen Gestaltung wurde die Wandelanleihe in eine Fremd- und Eigenkapitalkomponente aufgeteilt. Das Eigenkapital-

instrument in Höhe von 74 MIO € wird unter der Kapitalrücklage ausgewiesen. Der gemäß IFRS 32.31 ermittelte Wert der Fremdkapitalkomponente am Ausgabebetrag, unter Berücksichtigung der Transaktionskosten und der eingeräumten Call-Option, betrug 920 MIO €. In den vorgenannten Beträgen sind Transaktionskosten in Höhe von 0,5 MIO € und 5,8 MIO € berücksichtigt. Der Buchwert der Anleihe ist in den Folgejahren erfolgswirksam mittels der Effektivzinsmethode auf den Ausgabebetrag anzupassen.

46.3 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen kurzfristige Kontokorrentkredite gegenüber verschiedenen Banken.

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	136	198	184

¹ Textziffer 4

46.4 Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Die Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

	Leasingpartner	Zinssatz %	Laufzeitende	Objekt	2013 MIO €	2014 MIO €
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland	Diverse Vertragspartner	4,75	2023/2028	Immobilien	114	109
DHL Express (Austria) GmbH, Österreich	Raiffeisen Impuls Immobilien GmbH	3,62	2019	Immobilien	11	10
DHL Logistics GmbH, Deutschland	Fittila GmbH	4,2	2016	Immobilien	8	7
Deutsche Post AG, Deutschland	T-Systems International GmbH	6,5	2015	IT-Ausstattung	3	5
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland	Lorac Investment Management Sarl	6,0	2016	Immobilien	4	2

Die Leasinggegenstände sind mit Buchwerten in Höhe von 242 MIO € (Vorjahr: 330 MIO €) in den Sachanlagen ausgewiesen. Die Abweichung zwischen den Buchwerten der Vermögenswerte und den Verbindlichkeiten resultiert aus der längeren wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte gegenüber dem kürzeren Rückzahlungszeitraum der Leasingraten sowie Sonderregelungen von Leasingverpflichtungen. Der Nominalwert der Mindestleasingzahlungen beträgt 256 MIO € (Vorjahr: 255 MIO €).

Fälligkeitsstruktur

MIO €	Barwert (Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing)		Mindestleasingzahlungen Nominalwert	
	2013	2014	2013	2014
Bis 1 Jahr	19	19	24	26
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	101	109	116	131
Über 5 Jahre	93	82	115	99
Gesamt	213	210	255	256

46.5 Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die unter diesem Posten ausgewiesenen Beträge betreffen die negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente.

MIO €	2013	2014
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	40	145

46.6 Sonstige Finanzschulden

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Put-Option im Zusammenhang mit Erwerb der Restanteile an Giorgio-Gori-Gruppe	0	62	27
Schuldscheindarlehen im Zusammenhang mit Erwerb der TAG-Gruppe	57	55	60
Schuldscheindarlehen im Zusammenhang mit vorzeitiger Ablösung eines Finance-Lease-Vertrags	0	18	16
Übrige Finanzschulden	163	190	214
Sonstige Finanzschulden	220	325	317

¹ Textziffer 4

Die übrigen Finanzschulden betreffen eine Vielzahl von Einzel-sachverhalten.

47 Sonstige Verbindlichkeiten

47.1 Übersicht

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	276	227	255
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	4.003	3.978	4.196
Sonstige Verbindlichkeiten	4.279	4.205	4.451

¹ Textziffer 4

47.2 Gliederung der sonstigen Verbindlichkeiten

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Steuerverbindlichkeiten	885	967	1.073
Leistungszulagen	576	560	580
Rechnungsabgrenzungsposten, davon langfristig: 89 (Vorjahr: 61)	353	296	385
Löhne, Gehälter, Abfindungen	286	334	354
Urlaubsansprüche	374	298	312
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern und Organmitgliedern	177	172	175
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherung	143	162	168
Kreditorische Debitoren	149	147	163
Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen, davon langfristig: 160 (Vorjahr: 140)	153	144	162
Überzeitarbeitsansprüche	110	105	88
Verbindlichkeiten aus Nachnahme	70	51	53
Verbindlichkeiten Ausgangsschecks	35	37	49
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen	36	26	41
Abgegrenzte Mietzahlungen	34	32	39
Sonstige Freizeitansprüche	49	39	33
Abgegrenzte Versicherungsbeiträge für Schadenersatz und Ähnliches	13	16	13
Verbindlichkeiten aus Schadenersatz	14	11	10
Übrige sonstige Verbindlichkeiten, davon langfristig: 6 (Vorjahr: 26)	822	808	753
Sonstige Verbindlichkeiten	4.279	4.205	4.451

¹ Textziffer 4

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen mit 573 MIO € (Vorjahr: 544 MIO €) Umsatzsteuer, mit 340 MIO € (Vorjahr: 269 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 160 MIO € (Vorjahr: 154 MIO €) sonstige Steuerverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen betreffen Verpflichtungen der Deutsche Post AG zur Zahlung von Zinssubventionen an Darlehensnehmer zum Ausgleich von Konditionsnachteilen im Zusammenhang mit den in Vorjahren erfolgten Forderungsabtretungen sowie Verpflichtungen aus weiterzuleitenden Tilgungen und Zinsen für verkaufte Wohnungsbaudarlehen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

47.3 Fälligkeitsstruktur

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Bis 1 Jahr	3.978	4.196
Über 1 Jahr bis 2 Jahre	41	28
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	7	7
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	7	34
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	28	6
Über 5 Jahre	144	180
Sonstige Verbindlichkeiten	4.205	4.451

¹ Textziffer 4

Für die sonstigen Verbindlichkeiten ergeben sich aufgrund kurzer Laufzeiten bzw. einer marktnahen Verzinsung keine signifikanten Unterschiede zwischen den bilanziellen Buch- und Zeitwerten. Es besteht kein signifikantes Zinsrisiko, da sie größtenteils marktnah variabel verzinslich sind.

48 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend eine Fälligkeit von unter einem Jahr. Der ausgewiesene Buchwert entspricht dem Marktwert.

MIO €	1. Jan. 2013 angepasst ¹	2013 angepasst ¹	2014
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.960	6.358	6.922

¹ Textziffer 4

ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

49 Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wird gemäß IAS 7 (Cashflow Statement) erstellt. Sie legt die Zahlungsströme offen, um Herkunft und Verwendung der flüssigen Mittel aufzuzeigen. Sie unterscheidet dabei zwischen Mittelveränderungen aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die flüssigen Mittel beinhalten Kassenbestand, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten und entsprechen den flüssigen Mitteln laut Bilanz. Effekte der Währungsumrechnung sowie Änderungen des Konsolidierungskreises werden bei der Berechnung bereinigt.

49.1 Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ermittelt, indem zunächst das Konzernjahresergebnis um den Steueraufwand und das Finanzergebnis sowie nicht zahlungswirksame Größen bereinigt wird, ergänzt um die Steuerzahlungen, die Veränderungen der Rückstellungen sowie die Veränderungen der sonstigen langfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens). Nach Berücksichtigung der Veränderungen der kurzfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Finanzschulden) ergibt sich ein Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit.

Der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit belief sich im Geschäftsjahr 2014 auf 3.040 MIO € gegenüber einem Vorjahreswert von 2.989 MIO €. Das verbesserte EBIT hat mit 100 MIO € hierzu beigetragen.

Die im EBIT enthaltenen Abschreibungen sind nicht zahlungswirksam und werden daher wieder korrigiert. Im Berichtsjahr sind sie von 1.337 MIO € auf 1.381 MIO € gestiegen, unter anderem weil Wertberichtigungen auf Flugzeuge und Flugzeugsatzteile

in Höhe von 106 MIO € angefallen sind. Korrigiert werden auch die zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge: Sie haben das EBIT um 4 MIO € erhöht, aber zu keinen Auszahlungen geführt. Sie betreffen mehrheitlich Erträge aus der Neubewertung von Verbindlichkeiten.

Die Gewinne aus dem Abgang langfristiger Vermögenswerte in Höhe von 11 MIO € sind in der Kapitalflussrechnung nicht Teil des Mittelzuflusses aus operativer Geschäftstätigkeit. Sie werden daher in der Zeile „Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten“ wieder korrigiert und stattdessen in den Mittelveränderungen aus der Investitionstätigkeit gezeigt. Die Veränderung der Rückstellungen lag mit –698 MIO € um –198 MIO € über dem Wert des Vorjahres, insbesondere weil Restrukturierungsrückstellungen im Unternehmensbereich Express aufgelöst wurden.

Die Veränderung der kurzfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hat zu einem Mittelabfluss von 21 MIO € geführt. Im Vorjahr sind aus der Veränderung dieser Position 89 MIO € abgeflossen. Vor allem der Abbau der Vorräte im Jahr 2014 hat zu dieser Reduzierung beigetragen.

Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Aufwendungen aus Neubewertung Vermögenswerte	122	127
Erträge aus Neubewertung Verbindlichkeiten	–113	–161
Erträge aus Abgang Vermögenswerte	–11	0
Personalaufwand aus aktienbasierter Vergütung mit Eigenkapitalausgleich	20	30
Sonstiges	–6	0
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	12	–4

¹ Textziffer 4

49.2 Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ergibt sich im Wesentlichen aus dem Mittelzufluss aus den Abgängen langfristiger Vermögenswerte (Desinvestitionen) und dem Mittelabfluss für Investitionen in langfristige Vermögenswerte.

Daneben werden in diesem Tätigkeitsbereich erhaltene Zinsen und die Mittelzuflüsse aus der Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte berücksichtigt.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit lag mit 1.087 MIO € um 678 MIO € unter dem Vorjahreswert. Größter Posten waren mit 1.750 MIO € die Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellem Anlagevermögen, die um 369 MIO € im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind. Der Anstieg fiel in den DHL-Unternehmensbereichen an, insbesondere hat Express die Investitionen in regionale und globale Hubs deutlich ausgeweitet.

Vor allem die Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte hat zu einem deutlichen Mittelzufluss von 405 MIO € geführt. Zu Beginn des Jahres hatte der Verkauf von Geldmarktfonds einen Mittelzufluss von 600 MIO € zur Folge, während überschüssige Liquidität in Höhe von 200 MIO € gegen Ende des Jahres wieder kurzfristig am Kapitalmarkt angelegt wurde. Im Vorjahr hat die Anlage kurzfristiger Liquidität zu einem Mittelabfluss von 575 MIO € geführt.

Bei den Akquisitionen von Unternehmen wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen, [Textziffer 2](#):

MIO €	2013	2014
Langfristige Vermögenswerte	2	3
Kurzfristige Vermögenswerte (ohne flüssige Mittel)	8	11
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	0	0
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	7	9

Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des Free Cashflow:

Ermittlung Free Cashflow

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	2.989	3.040
Verkauf von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	177	200
Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	–1.381	–1.750
Zahlungsmittelabfluss aus der Veränderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	–1.204	–1.550
Abgänge Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten	32	4
Abgänge von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen und anderen Beteiligungen	0	0
Erwerb von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	–37	–5
Erwerb von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen und anderen Beteiligungen	0	–1
Zahlungsmittelabfluss aus Akquisitionen/ Desinvestitionen	–5	–2
Erhaltene Zinsen	55	45
Zinszahlungen	–166	–188
Nettozinszahlungen	–111	–143
Free Cashflow	1.669	1.345

¹ Textziffer 4

Der Free Cashflow wird als Indikator dafür angesehen, wie viele Zahlungsmittel dem Unternehmen für Dividendenzahlungen oder für die Rückführung der Verschuldung zur Verfügung stehen.

Er hat sich von 1.669 MIO € im Vorjahr auf 1.345 MIO € verschlechtert. Dies ist vor allem auf die gestiegenen Auszahlungen für den Erwerb von Sach- und immateriellem Anlagevermögen zurückzuführen.

49.3 Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit

Der Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit ist um 2.238 MIO € auf 2.348 MIO € gestiegen.

Vor allem die im Januar erfolgte Tilgung einer Anleihe hat mit 926 MIO € maßgeblich zur Tilgung langfristiger Finanzschulden von 1.030 MIO € beigetragen. Im Vorjahr waren hingegen durch die Emission zweier Anleihen mit fünf- bzw. zehnjähriger Laufzeit je 495 MIO € zugeflossen. Darüber hinaus sind im Vorjahr aus der Veränderung der kurzfristigen Finanzschulden 35 MIO € zugeflossen gegenüber einem Mittelabfluss von 53 MIO € im Berichtsjahr.

Ein weiterer großer Auszahlungsposten war mit 968 MIO € die Dividendenzahlung an die Aktionäre der Deutsche Post AG, die um 122 MIO € über dem Vorjahr lag. Ebenfalls gestiegen sind die Auszahlungen für den Erwerb eigener Anteile, und zwar von 23 MIO € auf 85 MIO €, die vornehmlich aus dem Rückkauf von Aktien aus den zwei Kapitalerhöhungen zur Bedienung unseres Bonusprogramms stammten. Die Zinszahlungen lagen mit 188 MIO € um 22 MIO € über dem Vorjahreswert, vor allem weil für die im letzten Jahr aufgenommenen Anleihen im Oktober erstmals Zinsen fällig waren.

49.4 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die dargestellten Mittelzuflüsse und -abflüsse der einzelnen Tätigkeitsbereiche haben zu einem Bestand an flüssigen Mitteln und Zahlungsmitteläquivalenten von 2.978 MIO € geführt, [Textziffer 36](#). Im Vergleich zum Vorjahr ist der Bestand um 436 MIO € gesunken.

SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN

50 Risiken und Finanzinstrumente des Konzerns

50.1 Risikomanagement

Aufgrund seiner operativen Geschäftstätigkeit sieht sich der Konzern mit Finanzrisiken konfrontiert, die aus der Änderung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Zinssätzen entstehen können. Diese Risiken werden bei Deutsche Post DHL Group zentral gesteuert. Dabei werden originäre und derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Letztere finden lediglich zur Begrenzung originärer Finanzrisiken Verwendung und sollten hinsichtlich ihrer Marktwertschwankungen nicht isoliert vom Grundgeschäft betrachtet werden.

Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten und die notwendigen Kontrollen für den Einsatz von Derivaten sind in der internen Risikorichtlinie des Konzerns geregelt. Die Erfassung, die Bewertung und die Abwicklung der Finanztransaktionen erfolgt

mithilfe einer geprüften Risikomanagementsoftware, mit der auch regelmäßig die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen dokumentiert wird. Derivateportfolios werden regelmäßig mit den betreffenden Banken abgeglichen.

Um das aus dem Abschluss von Finanztransaktionen potenziell resultierende Kontrahentenrisiko zu begrenzen, dürfen diese Kontrakte nur mit Banken erstklassiger Bonität abgeschlossen werden. Der Rahmen der den Banken individuell zugeordneten Kontrahentenlimits wird täglich überwacht. Der Konzernvorstand wird intern in regelmäßigen Abständen über die existierenden Finanzrisiken und die zur Risikosteuerung eingesetzten Sicherungsgeschäfte informiert. Die Bilanzierung und Bewertung der Finanzinstrumente erfolgt gemäß IAS 39.

Angaben zu Risiken und deren Begrenzung im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen des Konzerns finden sich unter [Textziffer 44.7](#).

Liquiditätsmanagement

Das wichtigste Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit von Deutsche Post DHL Group und aller Konzerngesellschaften. Deshalb wird die Liquidität im Konzern so weit wie möglich über Cash Pools zentralisiert und im Corporate Center gesteuert.

Die wesentliche Steuerungsgröße sind die zentral verfügbaren Liquiditätsreserven (Funding Availability), die sich aus den zentralen kurzfristigen Geldanlagen und den fest zugesagten Kreditlinien zusammensetzen. Angestrebt wird die Verfügbarkeit einer zentralen Kreditlinie von mindestens 2 MRD €.

Am 31. Dezember 2014 verfügte der Konzern über zentrale Liquiditätsreserven von 3,8 MRD € (Vorjahr: 4,6 MRD €), die sich aus zentralen Geldanlagen in Höhe von 1,8 MRD € und einer syndizierten Kreditlinie in Höhe von 2 MRD € zusammensetzten.

Die Fälligkeitsstruktur der originären finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IFRS 7 basierend auf Cashflows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse finanzieller Verbindlichkeiten

MIO €						
	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2014						
Langfristige Finanzschulden	82	99	854	580	1.070	2.206
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0	2	2	2	1	154
Langfristige Verbindlichkeiten	82	101	856	582	1.071	2.360
Kurzfristige Finanzschulden	353	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.922	0	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	342	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	7.617	0	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2013¹						
Langfristige Finanzschulden	82	156	233	849	662	3.379
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0	11	3	3	2	130
Langfristige Verbindlichkeiten	82	167	236	852	664	3.509
Kurzfristige Finanzschulden	1.306	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.358	0	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	346	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	8.010	0	0	0	0	0

¹ Angepasste Vorjahreswerte, [Textziffer 4](#)

Die im Januar 2014 fällige Anleihe der Deutsche Post Finance b. v. über 926 Mio € hat der Konzern fristgerecht getilgt. Die kurzfristigen Finanzschulden haben sich entsprechend verringert.

Die Fälligkeitsstruktur der derivativen Finanzinstrumente basierend auf Cashflows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse derivativer Finanzinstrumente

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2014						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.900	-149	-15	-17	-14	-37
Cash Inflow	1.982	169	28	28	20	50
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	5	1	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-2.429	-259	0	0	0	0
Cash Inflow	2.321	248	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-30	-6	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2013						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-5.345	-389	0	0	0	0
Cash Inflow	5.591	403	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	23	5	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.821	-411	-46	-33	-41	-37
Cash Inflow	1.776	409	48	26	26	23
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-4	-1	0	0	0	0

Aus derivativen Finanzinstrumenten resultieren sowohl Ansprüche als auch Verpflichtungen. Die vertragliche Gestaltung legt fest, ob diese miteinander verrechnet werden und damit zu einem Nettoausgleich führen oder ob beide Vertragsparteien ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen haben (Bruttoausgleich).

WÄHRUNGSRISIKO UND WÄHRUNGSMANAGEMENT

Aufgrund der internationalen Geschäftstätigkeit von Deutsche Post DHL Group können Währungsrisiken aus bereits bilanzierten sowie aus geplanten zukünftigen Transaktionen entstehen:

Bilanzielle Währungsrisiken entstehen aus der Bewertung und der Erfüllung von gebuchten Fremdwährungspositionen, wenn der Kurs am Bewertungsstichtag oder Erfüllungstag vom Einbuchungskurs abweicht. Die daraus resultierenden Fremdwährungsdifferenzen wirken sich unmittelbar auf das Ergebnis aus. Um diese Effekte weitestgehend zu reduzieren, werden alle wesentlichen bilanziellen Fremdwährungsrisiken im Konzern im Rahmen der Inhouse-Bank-Funktion bei der Deutsche Post AG zentralisiert. Die zentralisierten Risiken werden vom Corporate Treasury zu einer Nettoposition je Währung zusammengefasst und auf Basis von Value-at-Risk-Limits extern abgesichert. Der

währungsbezogene Value at Risk (95%/ein Monat Haltedauer) für das Portfolio betrug zum Stichtag insgesamt 6 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) bei einem Limit von aktuell maximal 7 Mio €.

Der Nominalwert der zur Steuerung bilanzieller Währungsrisiken eingesetzten Devisentermingeschäfte und -Swaps betrug zum Stichtag 3.257 Mio € (Vorjahr: 2.409 Mio €) bei einem Marktwert von -35 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €). Auf die Anwendung von Fair Value Hedge Accounting für die Bilanzierung der eingesetzten Derivate wurde aus Vereinfachungsgründen verzichtet. Die Derivate werden als Trading-Derivate (zu Handelszwecken) ausgewiesen.

Aus geplanten Fremdwährungstransaktionen entstehen Währungsrisiken, wenn die Abwicklung der zukünftigen Fremdwährungstransaktionen zu Kursen erfolgt, die von den ursprünglichen Planungs- oder Kalkulationskursen abweichen. Diese Währungsrisiken werden im Corporate Treasury zentral erfasst und im Rahmen eines Sicherungsprogramms über 24 Monate rollierend gesteuert. Ziel ist es, alle wesentlichen Währungsrisiken über 24 Monate durchschnittlich bis zu 50 % abzusichern. Dies soll Planungssicherheit schaffen und währungskursbedingte Schwankungen des Ergebnisses abmildern. Zum Bilanzstichtag betrug die durchschnittliche Sicherungsquote der betroffenen Währungen

für die nächsten 24 Monate rund 39 %. Die betreffenden Absicherungsgeschäfte werden im Rahmen von Cashflow Hedge Accounting abgebildet, [Textziffer 50.3](#) „Cashflow Hedges“.

Insgesamt waren zum Stichtag Devisentermingeschäfte und -Swaps mit einem Nominalwert von 5.119 Mio € (Vorjahr: 4.280 Mio €) ausstehend. Der entsprechende Marktwert belief sich auf –53 Mio € (Vorjahr: 98 Mio €). Devisenoptionen und Cross-Currency Swaps bestanden zum Stichtag nicht. Die im Vorjahr noch bestehenden Cross-Currency Swaps (Nominalwert Vorjahr: 163 Mio € bei einem Marktwert von 14 Mio €) sind im Jahr 2014 planmäßig ausgelaufen.

Fremdwährungsrisiken, die aus der Umrechnung von Vermögenswerten und Schulden ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzernwährung resultieren (Translationsrisiken), waren zum 31. Dezember 2014 nicht gesichert.

Von den zum 31. Dezember 2014 nach IAS 39 im Eigenkapital erfassten unrealisierten Ergebnissen aus währungsbezogenen Derivaten werden voraussichtlich 20 Mio € (Vorjahr: 69 Mio €) im Verlauf des Jahres 2015 ergebniswirksam.

IFRS 7 fordert eine quantitative Risikoindikation, die die Auswirkungen von Wechselkursänderungen am Bilanzstichtag auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung und das Eigenkapital analysiert. Dazu werden die im Bestand befindlichen Finanzinstrumente in fremder Währung im Rahmen einer Value-at-Risk-Berechnung (95 % Konfidenz/ein Monat Haltedauer) auf die Auswirkungen dieser Wechselkursänderungen untersucht. Es wird unterstellt, dass der Bestand am Bilanzstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist. Die Auswirkungen hypothetischer Wechselkursänderungen auf das Translationsrisiko fallen nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7. Folgende Annahmen werden der Sensitivitätsanalyse zugrunde gelegt:

Originäre Finanzinstrumente von Konzerngesellschaften in fremder Währung werden über die Inhouse-Bank der Deutsche Post AG gesichert, indem die Deutsche Post AG monatliche Währungskurse fixiert und garantiert. Änderungen der Währungskurse haben daher keinen Einfluss auf die Gewinn- und Verlust-Rechnung und das Eigenkapital der Konzerngesellschaften. Da vereinzelt Konzerngesellschaften aus rechtlichen Gründen nicht am Inhouse Banking teilnehmen können, werden deren Währungsrisiken aus originären Finanzinstrumenten durch den Einsatz von Derivaten zu 100 % lokal abgesichert. Sie haben somit keine Auswirkung auf die Risikoposition des Konzerns.

Hypothetische Wechselkursänderungen haben einen erfolgswirksamen Einfluss auf die Marktwerte der externen Derivate der Deutsche Post AG und auf die Fremdwährungsergebnisse aus der Stichtagsbewertung der Inhouse-Bank-Salden, Salden von externen Bankkonten sowie internen und externen Darlehen der Deutsche Post AG. Der währungsbezogene Value at Risk der betreffenden Fremdwährungspositionen betrug zum Stichtag 6 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €). Weiterhin haben hypothetische Wechselkursänderungen Auswirkungen auf das Eigenkapital und auf die Marktwerte der Derivate, die zur Sicherung von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen und mit hoher Wahrscheinlichkeit

eintretenden künftigen Fremdwährungstransaktionen – Cashflow Hedges – abgeschlossen worden sind. Der währungsbezogene Value at Risk dieser Risikoposition lag zum 31. Dezember 2014 bei 57 Mio € (Vorjahr: 30 Mio €). Der gesamte währungsbezogene Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 56 Mio € (Vorjahr: 29 Mio €). Aufgrund gegenseitiger Abhängigkeiten ist der Gesamtwert geringer als die Summe der oben genannten Einzelwerte.

ZINSRISIKO UND ZINSMANAGEMENT

Die Marktwerte der Zinssicherungsgeschäfte wurden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt, dafür wurde das im Corporate Treasury eingesetzte Risikomanagementsystem verwendet.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden Zins-Swaps mit einem Nominalvolumen von 1.300 Mio € (Vorjahr: 1.126 Mio €). Der Marktwert dieser Zins-Swap-Position betrug 68 Mio € (Vorjahr: 6 Mio €). Wie im Vorjahr existierten zum Stichtag keine Zinsoptionsgeschäfte.

Im Januar hat der Konzern die fällige Anleihe über 926 Mio € zurückgezahlt. Ein Teil der originär festverzinslichen Anleihen wurde im Geschäftsjahr in variable kurzfristige Zinsen transformiert. Damit hat sich der Anteil von Instrumenten mit kurzfristiger Zinsbindung gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich verändert. Unter Berücksichtigung der bestehenden Zinssicherungsgeschäfte beträgt der Anteil der Finanzschulden mit kurzfristiger Zinsbindung, [Textziffer 46](#), zum Bilanzstichtag ca. 35 % (Vorjahr: 36 %). Der Einfluss einer möglichen Zinsänderung auf die Finanzlage des Konzerns ist weiterhin unbedeutend.

Die von IFRS 7 geforderte Darstellung der quantitativen Risikoindikation bezogen auf das Zinsänderungsrisiko erfolgt mittels einer Sensitivitätsanalyse. Mit dieser Methode werden die Effekte aus hypothetischen Marktzinsänderungen auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie auf das Eigenkapital zum Stichtag ermittelt. Folgende Annahmen liegen der Sensitivitätsanalyse zugrunde:

Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente unterliegen einem Zinsänderungsrisiko und sind deshalb in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen. Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente, die mittels Cashflow Hedging in festverzinsliche Finanzinstrumente transformiert wurden, werden nicht einbezogen. Marktzinsänderungen wirken sich bei derivativen Finanzinstrumenten, die zur Sicherung von zinsbedingten Zahlungsschwankungen abgeschlossen wurden (Cashflow Hedging), durch Marktwertänderungen auf das Eigenkapital aus und sind deshalb im Rahmen der Sensitivitätsanalyse zu berücksichtigen. Alle festverzinslichen und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente unterliegen keinem Zinsänderungsrisiko.

Designierte Fair Value Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken werden in die Analyse nicht einbezogen, da sich die zinsbedingten Wertänderungen des Grundgeschäfts und des Sicherungsgeschäfts nahezu vollständig für die Periode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgleichen. Lediglich der variable Teil des Sicherungsinstruments hat Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ist in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen.

Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2014 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, hätte sich das Finanzergebnis um 9 MIO € verschlechtert (Vorjahr: um 6 MIO € verschlechtert). Eine Absenkung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte hätte den gegenläufigen Effekt zur Folge gehabt. Eine Veränderung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte hätte Auswirkungen auf die im Eigenkapital bilanzierten Marktwerte der Zinsderivate. Eine Zinserhöhung in diesem Geschäftsjahr hätte wie im Vorjahr zu keiner Erhöhung des Eigenkapitals geführt und eine Absenkung hätte wie im Vorjahr keine Verringerung des Eigenkapitals zur Folge gehabt.

MARKTPREISRISIKO

Risiken aus Rohstoffpreisschwankungen wurden wie im Vorjahr weitgehend über operative Maßnahmen an die Kunden weitergegeben, dies gilt insbesondere für Preisschwankungen bei Kerosin und Schiffsdiesel. Allerdings wirken die entsprechenden Treibstoffzuschläge (Fuel Surcharges) erst mit einer Zeitverzögerung von ein bis zwei Monaten, sodass bei starken kurzfristigen Treibstoffpreisveränderungen vorübergehende Ergebniseffekte entstehen können.

Darüber hinaus wurden in geringem Umfang aber auch Rohstoffpreis-Swaps für Diesel und Schiffsdiesel zur Steuerung der verbliebenen Risiken genutzt. Der Nominalwert dieser Commodity-Swaps betrug 53 MIO € (Vorjahr: 56 MIO €) bei einem Marktwert von -7 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €).

IFRS 7 fordert eine Sensitivitätsanalyse, die die Effekte hypothetischer Rohstoffpreisänderungen auf Gewinn- und Verlustrechnung und Eigenkapital darstellt.

Rohstoffpreisänderungen hätten Auswirkungen auf den Marktwert der zur Absicherung zukünftiger hochwahrscheinlicher Rohstoffeinkäufe abgeschlossenen Derivate (Cashflow Hedges) und die Hedge-Reserve im Eigenkapital. Wären die den Derivaten zugrunde liegenden Rohstoffpreise zum Bilanzstichtag 10 % höher gewesen, hätte dies zu einer Erhöhung der Marktwerte und des Eigenkapitals von 3 MIO € (Vorjahr: 5 MIO €) geführt. Ein entsprechender Rückgang der Rohstoffpreise hätte den gegenläufigen Effekt gehabt.

Weiterhin wird aus Vereinfachungsgründen ein Teil der Rohstoffpreissicherungsgeschäfte nicht unter Cashflow Hedge Accounting bilanziert. Für die betreffenden Derivate würden sich Rohstoffpreisänderungen sowohl auf die Marktwerte als auch auf die Gewinn- und Verlustrechnung auswirken. Wären die zugrunde liegenden Rohstoffpreise zum Bilanzstichtag 10 % höher gewesen, hätte dies wie im Vorjahr zu einer Erhöhung der betreffenden Marktwerte und damit des operativen Ergebnisses um weniger als 1 MIO € geführt. Ein entsprechender Rückgang der Rohstoffpreise hätte die Marktwerte und das operative Ergebnis ebenfalls um weniger als 1 MIO € verringert.

KREDITRISIKO

Ein Kreditrisiko besteht für den Konzern aufgrund der Tatsache, dass Vertragspartner ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen. Um das Kreditrisiko aus Finanztransaktionen zu minimieren,

werden nur Geschäfte mit Vertragspartnern erstklassiger Bonität abgeschlossen. Aufgrund der heterogenen Kundenstruktur besteht keine Risikokonzentration. Jedem Vertragspartner wird ein individuelles Limit zugewiesen, dessen Ausschöpfung regelmäßig überwacht wird. An den Bilanzstichtagen wird geprüft, ob aufgrund der Bonität der einzelnen Kontrahenten eine Wertminderung auf die positiven Marktwerte notwendig ist. Zum 31. Dezember 2014 war dies bei keinem Kontrahenten der Fall.

Im operativen Geschäft werden die Ausfallrisiken fortlaufend überwacht. Der Gesamtbetrag der Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte stellt das maximale Ausfallrisiko dar. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 7.825 MIO € (Vorjahr, angepasst: 7.022 MIO €) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Überfälligkeiten bei Forderungen:

Überfälligkeiten bei Forderungen

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Buchwert vor Wertminderung	7.232	8.045
Zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch fällig	5.145	5.923
Zum Abschlussstichtag überfällig und nicht wertgemindert		
Bis 30 Tage	750	750
Ab 31 bis 60 Tage	641	591
Ab 61 bis 90 Tage	270	270
Ab 91 bis 120 Tage	93	109
Ab 121 bis 150 Tage	42	43
Ab 151 bis 180 Tage	36	24
Größer 180 Tage	17	57

¹ Textziffer 4

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung Forderungen

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Bruttoforderungen		
Anfangsstand 1. Januar	7.157	7.232
Veränderungen	75	813
Endstand 31. Dezember	7.232	8.045
Wertberichtigungen		
Anfangsstand 1. Januar	-216	-210
Veränderungen	6	-10
Endstand 31. Dezember	-210	-220
Bilanzwert 31. Dezember	7.022	7.825

¹ Textziffer 4

Alle übrigen Finanzinstrumente sind weder überfällig noch wertgemindert. Die heterogene Struktur der Vertragspartner schließt eine Risikokonzentration aus.

Auf die übrigen Vermögenswerte wurden Wertberichtigungen in Höhe von 22 MIO € (Vorjahr: 23 MIO €) vorgenommen.

50.2 Sicherheiten

Unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten werden zum Bilanzstichtag 600 MIO € (Vorjahr: 545 MIO €) gestellte Sicherheiten ausgewiesen. Davon entfallen 335 MIO € auf Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung, die auf einem Sperrkonto der Commerzbank AG für eventuelle Zahlungen aufgrund des EU-Beihilfverfahrens hinterlegt worden sind, [Textziffer 53](#). Weitere 60 MIO € betreffen Sicherheiten im Rahmen einer M & A-(Merger-&-Acquisition-)Transaktion. Ein Betrag in Höhe von 125 MIO € bezieht sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten im Rahmen der Abwicklung der Wohnungsbaudarlehen der Deutsche Post AG und weitere 75 MIO € betreffen gezahlte Kautionen.

Unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten werden 39 MIO € (Vorjahr: 41 MIO €) gestellte Sicherheiten ausgewiesen. Der wesentliche Teil betrifft Sicherheiten, die für US-Cross-Border-Leasing-(QTE-Leasing-)Transaktionen angelegt worden sind.

50.3 Derivative Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Konzern eingesetzten bilanzierten derivativen Finanzinstrumente und ihre Marktwerte. Derivate mit amortisierendem Nominalvolumen werden in voller Höhe bei Endfälligkeit gezeigt.

Derivative Finanzinstrumente

MIO €

	2013		2014				Marktwerte 2014 nach Fälligkeit													
	Nominalwert	Marktwert	Nominalwert	Vermögen			Schulden													
				Marktwert Vermögen	Marktwert Schulden	Marktwert gesamt	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Produkte																				
Zins-Swaps	1.126	6	1.300	68	0	68	0	0	0	15	0	53	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	163	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Fair Value Hedges	963	-1	1.300	68	0	68	0	0	0	15	0	53	0	0	0	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte																				
Devisentermingeschäfte	2.206	68	2.413	66	-74	-8	56	10	0	0	0	0	-62	-12	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	1.825	64	1.840	48	-66	-18	38	10	0	0	0	0	-54	-12	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	381	4	573	18	-8	10	18	0	0	0	0	0	-8	0	0	0	0	0	0	0
Devisen-Swaps	2.074	30	2.706	19	-64	-45	19	0	0	0	0	0	-64	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	46	0	22	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	2.028	30	2.684	19	-64	-45	19	0	0	0	0	0	-64	0	0	0	0	0	0	0
Cross-Currency Swaps	163	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	163	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	4.443	112	5.119	85	-138	-53	75	10	0	0	0	0	-126	-12	0	0	0	0	0	0
Rohstoffpreisbezogene Geschäfte																				
Rohstoffpreis-Swaps	56	0	53	0	-7	-7	0	0	0	0	0	0	-7	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	52	0	40	0	-4	-4	0	0	0	0	0	0	-4	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	4	0	13	0	-3	-3	0	0	0	0	0	0	-3	0	0	0	0	0	0	0

Neben den in der Tabelle aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten bestehen keine wesentlichen Derivate (Vorjahr: -2 MIO €), die aus M & A-Transaktionen resultieren.

FAIR VALUE HEDGES

Zur Absicherung des Fair-Value-Risikos der 2022 fälligen festverzinslichen Euroanleihe wurden im Jahr 2014 neue Zins-Swaps im Volumen von 500 MIO € abgeschlossen und als Fair Value Hedges designiert. Insgesamt bestanden zum 31. Dezember 2014 als Fair Value Hedges designierte Zinsswaps im Volumen von 1,3 MRD €. Der Marktwert dieser Sicherungsgeschäfte betrug zum Bilanzstichtag 68 MIO € (Vorjahr: -1 MIO €). Eine Übersicht über die aus den gesicherten Grundgeschäften und den entsprechenden Sicherungsgeschäften entstandenen Gewinne und Verluste gibt die folgende Tabelle:

Ineffektivitäten Fair Value Hedges

MIO €		
	2013	2014
Gewinne (+) aus den gesicherten Grundgeschäften	11	0
Verluste (-) aus den Sicherungsgeschäften	-11	-1
Saldo (Ineffektivitäten)	0	-1

CASHFLOW HEDGES

Cashflow-Risiken aus zukünftigen operativen Fremdwährungsumsätzen und -aufwendungen werden im Konzern mit Devisentermingeschäften und -Swaps abgesichert. Die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte und -Swaps lagen zum Stichtag bei -18 MIO € (Vorjahr: 64 MIO €). Die gesicherten Grundgeschäfte werden bis 2016 Cashflow-wirksam.

Die zum Bilanzstichtag 2013 bestehenden synthetischen Zins-Währungs-Swaps (Vorjahr: 21 MIO €) sind wie geplant 2014 ausgelaufen.

Risiken aus dem Einkauf von Diesel, die nicht an Kunden weitergereicht werden können, wurden mit Rohstoffpreis-Swaps abgesichert, die im Jahr 2014 Cashflow-wirksam werden. Der beizulegende Zeitwert dieser Cashflow Hedges betrug -4 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €).

50.4 Zusätzliche Angaben zu den im Konzern eingesetzten Finanzinstrumenten

Im Konzern werden Finanzinstrumente analog zu den jeweiligen Bilanzposten klassifiziert. Der Konzern hat im Geschäftsjahr und im Vorjahr keine Finanzinstrumente der Kategorie „Held to Maturity“ zugeordnet, deshalb wird auf den Aufriss dieser Kategorie in der Übersicht verzichtet. Die folgende Übersicht zeigt die Überleitung der Klassen auf die Kategorien des IAS 39 und deren jeweilige Marktwerte am Bilanzstichtag:

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2014

MIO €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
		Trading	Fair Value Option	
AKTIVA				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.363			
at cost	907	0	0	24
at Fair Value	456	53	114	264
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.825			
at cost	7.825	0	0	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.415			
at cost	1.048	0	0	0
nicht IFRS 7	1.367	0	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	351			
at cost	68	0	0	0
at Fair Value	283	37	0	208
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.978	0	0	0
Summe AKTIVA	14.932	90	114	496
PASSIVA				
Langfristige Finanzschulden ¹	4.683			
at cost	4.671	0	0	0
at Fair Value	12	0	0	0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	255			
at cost	160	0	0	0
nicht IFRS 7	95	0	0	0
Kurzfristige Finanzschulden	486			
at cost	353	0	0	0
at Fair Value	133	75	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.922			
at cost	6.922	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	4.196			
at cost	390	0	0	0
nicht IFRS 7	3.806	0	0	0
Summe PASSIVA	16.542	75	0	0


¹ Die in den langfristigen und kurzfristigen Finanzschulden enthaltenen Anleihen der Deutsche Post AG und Deutsche Post Finance b. v. wurden teilweise als Grundgeschäfte zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt damit weder vollständig zum Zeitwert noch zu fortgeführten Anschaffungskosten. Daneben wird in den langfristigen Finanzschulden die Wandelanleihe der Deutsche Post AG, die im Dezember 2012 emittiert wurde, ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Anleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.384 Mio €. Der Zeitwert der Fremdkapitalkomponente ist am Bilanzstichtag mit 1.006 Mio € auszuweisen.

Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39		Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
		Forderungen aus Leasing/ Verbindlichkeiten aus Finance Lease		
834	0	49		906
0	25	0		456
7.825	0	0		7.825
1.048	0	0		1.048
0	0	0		0
61	0	7		68
0	38	0		283
2.978	0	0		0
12.746	63	56		—
4.480	0	191		5.461
0	12	0		12
160	0	0		160
0	0	0		0
334	0	19		353
0	58	0		133
6.922	0	0		6.922
390	0	0		390
0	0	0		0
12.286	70	210		—

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2013¹

MIO €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
		Trading	Fair Value Option	
AKTIVA				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.123			
at cost	857	0	0	97
at Fair Value	266	0	90	160
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.022			
at cost	7.022	0	0	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.223			
at cost	956	0	0	0
nicht IFRS 7	1.267	0	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	821			
at cost	70	0	0	0
at Fair Value	751	40	0	611
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.414	0	0	0
Summe AKTIVA	14.603	40	90	868
PASSIVA				
Langfristige Finanzschulden ²	4.619			
at cost	4.608	0	0	0
at Fair Value	11	0	0	0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	227			
at cost	147	0	0	0
nicht IFRS 7	80	0	0	0
Kurzfristige Finanzschulden	1.335			
at cost	1.306	0	0	0
at Fair Value	29	8	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.358			
at cost	6.358	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	3.978			
at cost	346	0	0	0
nicht IFRS 7	3.632	0	0	0
Summe PASSIVA	16.517	8	0	0

¹ Angepasste Vorjahreswerte,  Textziffer 4² Die in den langfristigen und kurzfristigen Finanzschulden enthaltenen Anleihen der Deutsche Post AG und Deutsche Post Finance b.v. wurden teilweise als Grundgeschäfte zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt damit weder vollständig zum Zeitwert noch zu fortgeführten Anschaffungskosten. Daneben wird in den langfristigen Finanzschulden die Wandelanleihe der Deutsche Post AG, die im Dezember 2012 emittiert wurde, ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Anleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.353 MIO €. Der Zeitwert der Fremdkapitalkomponente ist am Bilanzstichtag mit 928 MIO € auszuweisen.

			Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39	Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Forderungen aus Leasing/ Verbindlichkeiten aus Finance Lease		
728	0	32	846	
0	16	0	266	
7.022	0	0	7.022	
956	0	0	956	
0	0	0	0	
63	0	7	70	
0	100	0	751	
3.414	0	0	3.414	
12.183	116	39	–	
4.414	0	194	4.664	
0	11	0	11	
147	0	0	147	
0	0	0	0	
1.287	0	19	1.306	
0	21	0	29	
6.358	0	0	6.358	
346	0	0	346	
0	0	0	0	
12.552	32	213	–	

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z. B. eine Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag bestimmt. Soweit sich kein Fair Value am aktiven Markt ablesen lässt, werden zur Bewertung notierte Marktpreise am aktiven Markt für ähnliche Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle zur Ermittlung der Marktwerte verwendet. Die Modelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente. Die verwendeten Bewertungsparameter werden aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag abgeleitet. Das Kontrahentenrisiko wird auf Basis der aktuellen Credit Default Swaps der Vertragspartner analysiert. Die beizulegenden Zeitwerte von sonstigen langfristigen Forderungen sowie von bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr entsprechen den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen ihre Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zum Fair Value bewertet werden, betreffen Eigenkapital- und Schuldinstrumente. Enthalten sind Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften in Höhe von 24 MIO € (Vorjahr: 97 MIO €), für die kein aktiver Markt besteht.

Da die zukünftigen Cashflows nicht zuverlässig ermittelt werden können, kann auch kein Marktwert mittels eines Bewertungsmodells ermittelt werden. Im Geschäftsjahr wurde das Eigenkapital der zu Anschaffungskosten bewerteten Personen- und Kapitalgesellschaften in Höhe von 75 MIO € reduziert. Es ist nicht geplant, von den zum 31. Dezember 2014 ausgewiesenen Instrumenten wesentliche Anteile in naher Zukunft zu veräußern oder auszubuchen.

Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zum Fair Value bewertet werden, betreffen Eigenkapital- und Schuldinstrumente.

Unter den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten werden Wertpapiere ausgewiesen, für die die Fair Value Option in Anspruch genommen worden ist, um bilanzielle Inkongruenzen zu vermeiden. Für die Vermögenswerte existiert ein aktiver Markt. Die Bilanzierung erfolgt zu Marktwerten.

In der folgenden Tabelle werden die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente sowie diejenigen Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert verpflichtend anzugeben ist, je Klasse hinsichtlich ihrer Methoden der Fair-Value-Ermittlung dokumentiert.

Für Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Vermögenswerte, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten, die überwiegend kurze Laufzeiten haben, wurde die Erleichterungsvorschrift des IFRS 7.29a in Anspruch genommen. Ihre Buchwerte entsprechen zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Finanzinvestitionen in Eigenkapitalinstrumente, die keinen notierten Marktpreis in einem aktiven Markt haben und deshalb zu Anschaffungskosten zu bewerten sind, werden nicht aufgeführt.


Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

MIO €	Level 1 ¹	Level 2 ²	Level 3 ³	Gesamt
31. Dezember 2014				
Finanzielle Vermögenswerte				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	246	961	132	1.339
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	208	75	0	283
Gesamt	454	1.036	132	1.622
Finanzielle Verbindlichkeiten				
Langfristige Verbindlichkeiten	5.004	409	0	5.413
Kurzfristige Verbindlichkeiten	0	132	1	133
Gesamt	5.004	541	1	5.546
31. Dezember 2013⁴				
Finanzielle Vermögenswerte				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	157	765	93	1.015
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	611	140	0	751
Gesamt	768	905	93	1.766
Finanzielle Verbindlichkeiten				
Langfristige Verbindlichkeiten	4.221	454	0	4.675
Kurzfristige Verbindlichkeiten	927	34	2	963
Gesamt	5.148	488	2	5.638

¹ Notierte Preise für identische Instrumente auf aktiven Märkten

² Andere Bewertungsfaktoren als notierte Marktpreise, die für Instrumente direkt oder indirekt beobachtbar sind

³ Bewertungsfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren

⁴ Angepasste Vorjahreswerte,  Textziffer 4

Unter Level 1 werden im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Eigenkapitalinstrumente und zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzte Schuldinstrumente ausgewiesen.

Unter Level 2 fallen neben zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten auch Rohstoff-, Zins- und Fremdwährungsderivate. Die Bestimmung der Marktwerte der Derivate erfolgt auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung von Terminkursen für Währungen, Zinsen und Rohstoffe (Marktvergleichsverfahren). Dafür werden am Markt beobachtbare Preisnotierungen (Währungskurse, Zinsen und Rohstoffpreise) aus marktüblichen Informationsplattformen in das Treasury Management System importiert. Die Preisnotierungen spiegeln die tatsächlichen Transaktionen für ähnliche Instrumente am aktiven Markt wider. Gegebenenfalls vorhandene

Devisenoptionen werden mittels des Optionspreismodells von Black-Scholes bewertet. Alle wesentlichen Inputfaktoren für die Bewertung der Derivate sind am Markt beobachtbar.

Level 3 enthält im Wesentlichen Marktwerte von Unternehmensbeteiligungen und Optionen, die im Zusammenhang mit M & A-Transaktionen stehen. Die Bewertung erfolgt mittels anerkannter Bewertungsmodelle unter Berücksichtigung plausibler Annahmen. Die Fair Values der Derivate hängen maßgeblich von Finanzkennzahlen ab. Die Marktwerte der Vermögenswerte und Schulden werden maßgeblich von Finanzkennzahlen beeinflusst. Steigende Finanzkennzahlen führen zu höheren Marktwerten, sinkende zu niedrigeren Marktwerten.

Im Geschäftsjahr 2014 sind keine Finanzinstrumente zwischen den Leveln transferiert worden. Die folgende Tabelle dokumentiert die Ergebnisauswirkung der in Level 3 eingeordneten Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag:

Nicht beobachtbare Parameter (Level 3)

MIO €

	1. Jan. 2014	Gewinne und Verluste (Auswirkung in GuV) ¹	Gewinne und Verluste (Auswirkung im sonstigen Ergebnis) ²	Zugang	Abgang	31. Dez. 2014
Vermögenswerte						
Eigenkapitalinstrumente	93	0	53	0	-14	132
Schulden						
Schuldinstrumente	0	0	0	0	0	0
Derivate						
Eigenkapitalderivate	2	-1	0	0	0	1

	1. Jan. 2013	Gewinne und Verluste (Auswirkung in GuV) ¹	Gewinne und Verluste (Auswirkung im sonstigen Ergebnis) ²	Zugang	Abgang	31. Dez. 2013
Vermögenswerte						
Eigenkapitalinstrumente	28	0	41	24	0	93
Schulden						
Schuldinstrumente	1	-1	0	0	0	0
Derivate						
Eigenkapitalderivate	48	-43	0	0	-3	2

¹ Die Verluste aus der Fair-Value-Bewertung werden in den sonstigen Finanzaufwendungen gezeigt.

² Unrealisierte Gewinne haben sich in der IAS-39-Neubewertungsrücklage ausgewirkt.

Die Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten, gegliedert nach den einzelnen Bewertungskategorien des IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

Nettoergebnisse der Bewertungskategorien

MIO €	2013	2014
Ausleihungen und Forderungen	-107	-114
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		
Trading	41	0
Fair Value Option	0	0
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	3	1

Die Nettoergebnisse berücksichtigen im Wesentlichen Effekte aus der Fair-Value-Bewertung, der Wertberichtigung und der Veräußerung (Veräußerungsgewinne/-verluste) der Finanzinstrumente. Bei den erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten wurden keine Dividenden und Zinsen berücksichtigt. Angaben zum Nettoergebnis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgen unter [Textziffer 40.2](#). Erträge und Aufwendungen aus Zinsen und Provisionsvereinbarungen der nicht erfolgswirksam zum Marktwert bewerteten Finanzinstrumente werden in den Erläuterungen zur Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt.

In den folgenden Tabellen werden die bilanziellen Auswirkungen von Nettingvereinbarungen aufgrund von Master-Nettingvereinbarungen oder ähnlichen Verträgen auf die finanziellen Vermögenswerte und die finanziellen Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag dargestellt:

Saldierung – Vermögenswerte

MIO €	Bruttowert der am Stichtag bilanzierten finanziellen Forderungen	Bruttowert der saldierten finanziellen Verbindlichkeiten	In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge der saldierten finanziellen Forderungen	In der Bilanz nicht saldierte finanzielle Vermögenswerte und Schulden		Gesamt
				Finanzielle Verbindlichkeiten, die einer rechtlich durchsetzbaren Nettingvereinbarung unterliegen, jedoch die Saldierungskriterien nicht erfüllen	Erhaltene Sicherheiten	
Vermögenswerte zum 31. Dezember 2014						
Derivative finanzielle Vermögenswerte ¹	153	0	153	145	0	8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.954	129	7.825	0	0	7.825
Vermögenswerte zum 31. Dezember 2013²						
Derivative finanzielle Vermögenswerte ¹	156	0	156	38	0	118
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.189	167	7.022	0	0	7.022

¹ Ohne M & A-Derivate

² Angepasste Vorjahreswerte, [Textziffer 4](#)

Saldierung – Schulden

MIO €	Bruttowert der am Stichtag bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten	Bruttowert der saldierten finanziellen Forderungen	In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge der saldierten finanziellen Verbindlichkeiten	In der Bilanz nicht saldierte finanzielle Vermögenswerte und Schulden		Gesamt
				Finanzielle Forderungen, die einer rechtlich durchsetzbaren Nettingvereinbarung unterliegen, jedoch die Saldierungskriterien nicht erfüllen	Gewährte Sicherheiten	
Schulden zum 31. Dezember 2014						
Schulden aufgrund derivativer Finanzinstrumente ¹	145	0	145	145	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.051	129	6.922	0	0	6.922
Schulden zum 31. Dezember 2013²						
Schulden aufgrund derivativer Finanzinstrumente ¹	38	0	38	38	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.525	167	6.358	0	0	6.358

¹ Ohne M & A-Derivate

² Angepasste Vorjahreswerte, [Textziffer 4](#)

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgrund von Nettingvereinbarungen (Globalverrechnungsverträgen) nur dann saldiert, wenn am Bilanzstichtag ein durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Verrechnung besteht und ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Ist ein Anspruch auf Saldierung im gewöhnlichen Geschäftsverlauf nicht durchsetzbar, werden die finanziellen Ver-

mögenswerte und Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag mit ihren Bruttobeträgen in der Bilanz ausgewiesen. Der Globalverrechnungsvertrag schafft nur einen bedingten Anspruch auf Verrechnung, der nur im Rechtsweg durchsetzbar ist.

Zur Sicherung von Cashflow- und Fair-Value-Risiken geht die Deutsche Post AG mit einer Vielzahl von Finanzdienstleistungsinstituten Finanztermingeschäfte ein. Diesen Verträgen liegt

ein standardisierter Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte zugrunde. Aus dem Vertrag lässt sich ein bedingter Anspruch auf Verrechnung ableiten, der zu einem Bruttoausweis der Finanztermingeschäfte am Bilanzstichtag führt. Der bedingte Verrechnungsanspruch ist in der Tabelle dargestellt.

Abrechnungsprozesse aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen der Postzustellung unterliegen dem Weltpostvertrag und dem REIMS-Vertrag. Die Vereinbarungen, insbesondere die Abrechnungsmodalitäten, sind für alle sogenannten Public Postal Operators in den jeweils beschriebenen Vertragskonstellationen verbindlich. Importe und Exporte eines jeden Kalenderjahres zwischen den Vertragsparteien werden in einer Jahresrechnung zusammengefasst und sind bei der jährlichen Schlussrechnung saldiert darzustellen. Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Weltpostvertrags und des REIMS-Vertrags werden am Bilanzstichtag netto dargestellt. Die Tabellen zeigen die Forderungen und Verbindlichkeiten vor und nach Verrechnung.

51 Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten des Konzerns gliedern sich wie folgt:

Eventualverbindlichkeiten

MIO €	2013	2014
Bürgschaftsverpflichtungen	21	89
Gewährleistungsverpflichtungen	84	80
Verpflichtungen aus Prozessrisiken	124	183
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	848	1.428
Gesamt	1.077	1.780

Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten eine Verpflichtung aus einem formalen Beihilfeverfahren, [Textziffer 53](#), sowie steuerliche Sachverhalte. Darüber hinaus ist noch eine mögliche Verpflichtung für Ausgleichszahlungen in den USA enthalten, [Textziffer 12](#).

52 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 7.155 MIO € (Vorjahr: 6.129 MIO €) aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.

Die künftigen unkündbaren Leasingverpflichtungen des Konzerns entfallen auf folgende Anlageklassen:

Leasingverpflichtungen

MIO €	2013	2014
Grundstücke und Bauten	4.966	5.375
Flugzeuge	524	1.083
Transportmittel	512	576
Technische Anlagen und Maschinen	67	67
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47	43
IT-Ausstattung	13	11
Gesamt	6.129	7.155

Die Erhöhung der Leasingverpflichtungen um 1.026 MIO € auf 7.155 MIO € resultiert zum einem aus dem am Anfang des Jahres 2014 ausgeweiteten und verlängerten Vertrag mit der US-amerikanischen Fluggesellschaft Southern Air. In diesem Zusammenhang erhöhten sich die Flugzeug-Leasingverpflichtungen. Zum anderen wurden neue Leasingverträge für mechanisierte Zustellbasen abgeschlossen.

Fälligkeitsstruktur der Mindestleasingzahlungen

MIO €	2013	2014
Bis 1 Jahr	1.465	1.626
Über 1 Jahr bis 2 Jahre	1.109	1.223
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	853	975
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	651	751
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	475	501
Über 5 Jahre	1.576	2.079
Gesamt	6.129	7.155

Der Barwert der abgezinsten Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 5.827 MIO € (Vorjahr: 5.019 MIO €). Dabei wurde wie im Vorjahr ein Abzinsungsfaktor von 4,75 % zugrunde gelegt. Insgesamt sind Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 2.588 MIO € (Vorjahr, angepasst: 2.518 MIO €) entstanden, davon entfallen 1.845 MIO € (Vorjahr, angepasst: 1.708 MIO €) auf unkündbare Miet- und Leasingverträge. Die künftigen Leasingverpflichtungen aus unkündbaren Verträgen entfallen im Wesentlichen mit 2.426 MIO € (Vorjahr: 2.092 MIO €) auf die Deutsche Post Immobilien GmbH.

Das Bestellobligo für Investitionen in langfristige Vermögenswerte beträgt 137 MIO € (Vorjahr: 134 MIO €).

53 Rechtsverfahren

Viele Postdienstleistungen der Deutsche Post AG und ihrer Tochtergesellschaften unterliegen der sektorspezifischen Regulierung nach dem Postgesetz durch die Bundesnetzagentur. Als Regulierungsbehörde genehmigt oder überprüft diese Entgelte, gestaltet Bedingungen des Zugangs zu Teilleistungen und übt die besondere Missbrauchsaufsicht aus. Aus diesem allgemeinen Regulierungsrisiko können sich im Falle negativer Entscheidungen Umsatz- und Ergebniseinbußen ergeben.

Rechtliche Risiken resultieren unter anderem aus den verwaltungsgerichtlich anhängigen Klagen eines Verbandes gegen die Preisgenehmigungsentscheidungen im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für die Jahre 2003, 2004 und 2005 sowie zusätzlich gegen die entsprechenden Entscheidungen für das Jahr 2008 und 2013. Die Klagen gegen die Preisgenehmigungen der Jahre 2003 bis 2005 hat das Oberverwaltungsgericht Münster in der Berufungsinstanz zurückgewiesen, jedoch wurde Revision beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Über die Klagen gegen die Preisgenehmigungen für die Jahre 2008 und 2013 hat das Verwaltungsgericht Köln noch nicht entschieden.

Die Bundesnetzagentur hat mit Beschluss vom 14. Juni 2011 festgestellt, dass die First Mail Düsseldorf GmbH, eine Tochtergesellschaft der Deutsche Post AG, und die Deutsche Post AG gegen das Abschlags- und Diskriminierungsverbot nach dem Postgesetz verstoßen. Den Gesellschaften wurde auferlegt, die festgestellten

Verstöße abzustellen. Beide Gesellschaften haben gegen den Beschluss geklagt. Außerdem hat die First Mail Düsseldorf GmbH die Aussetzung der Vollziehung des Beschlusses bis zur Entscheidung des Hauptsacheverfahrens beantragt. Das Verwaltungsgericht Köln und das Oberverwaltungsgericht Münster haben diesen Antrag jeweils abgelehnt. Die First Mail Düsseldorf GmbH hat die Beförderung von Briefsendungen zum Ende des Jahres 2011 eingestellt und die Klage am 19. Dezember 2011 zurückgenommen. Die Deutsche Post AG verfolgt die Klage gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur weiter.

Mit Beschluss vom 30. April 2012 hat die Bundesnetzagentur festgestellt, dass die Deutsche Post AG gegen das Diskriminierungsverbot des Postgesetzes verstoße, indem sie inhaltsgleiche Rechnungen zu anderen Entgelten befördert als Rechnungen mit unterschiedlichen Rechnungsbeträgen. Die Deutsche Post AG wurde aufgefordert, die festgestellte Diskriminierung unverzüglich, spätestens zum 31. Dezember 2012, abzustellen. Der Beschluss wurde zum 1. Januar 2013 umgesetzt. Die Deutsche Post teilt die Rechtsauffassung der Bundesnetzagentur nicht und hat gegen den Beschluss Klage erhoben.

In dem am 12. September 2007 eröffneten förmlichen Beihilfeverfahren hat die EU-Kommission am 25. Januar 2012 ihre Entscheidung getroffen. Die Kommission hat festgestellt, dass die Deutsche Post AG in den Jahren 1989 bis 2007 nicht für Kosten der erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert wurde. Auch die vom Bund übernommenen Bürgschaften für Altverbindlichkeiten hat sie nicht beanstandet. Dagegen hat sie bezüglich der Regelungen zur Finanzierung der Beamtenpensionen teilweise eine rechtswidrige Beihilfe festgestellt. Die Berücksichtigung von Pensionslasten bei den behördlichen Preisgenehmigungen der Bundesnetzagentur habe dazu geführt, dass der Deutsche Post AG ein Vorteil bei ihren nicht der Preisregulierung unterliegenden Diensten entstanden sei. Dieser sei von der Bundesrepublik Deutschland zurückzufordern, zudem müsse diese sicherstellen, dass den nicht der Preisregulierung unterliegenden Diensten diesbezüglich auch künftig kein beihilferechtlich relevanter Vorteil mehr entstehe. Die exakte Berechnung der Summe des zurückzuzahlenden Betrags hat die EU-Kommission der Bundesrepublik überlassen, in einer Pressemitteilung allerdings einen Betrag von 500 Mio € bis 1 Mrd € genannt.

Die Deutsche Post AG und die Bundesregierung sind der Auffassung, dass die Beihilfeentscheidung der Kommission vom 25. Januar 2012 rechtswidrig ist, und haben jeweils dagegen Klage beim Europäischen Gericht in Luxemburg erhoben.

Um die Beihilfeentscheidung umzusetzen, hat die Bundesregierung die Deutsche Post AG am 29. Mai 2012 aufgefordert, 298 Mio € einschließlich Zinsen zu zahlen. Die Deutsche Post AG hat den Betrag am 1. Juni 2012 an einen Treuhänder geleistet. Gegen den Rückforderungsbescheid hat sie Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Diese Klage ist allerdings bis zum Abschluss des Verfahrens vor dem Europäischen Gericht ruhend gestellt worden. Am 2. Januar 2013, am 2. Januar 2014 und am 2. Januar 2015 hat sie weitere Zahlungen in Höhe von 19,4 Mio €, 15,6 Mio € sowie 20,2 Mio € an den Treuhänder geleistet. Die bis zum Abschlussstichtag geleisteten Zahlungen wurden in der Bilanz in den langfristigen Vermögenswerten erfasst, die Ertragslage blieb davon unberührt.

Die EU-Kommission hat die Berechnung der Beihilferückforderung nicht abschließend akzeptiert. Am 17. Dezember 2013 hat sie Klage gegen die Bundesrepublik beim Europäischen Gerichtshof erhoben, um eine höhere Rückzahlungsforderung zu erwirken. Obwohl die Beihilfeentscheidung der EU-Kommission vom 25. Januar 2012 nach Auffassung der Deutsche Post AG und der Bundesregierung rechtswidrig ist, kann dennoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Deutsche Post AG abschließend zu einer (gegebenenfalls höheren) Zahlung verpflichtet wird und es zu einer Belastung des Ergebnisses kommt, [Textziffer 51](#).

Am 5. November 2012 hat das Bundeskartellamt ein Verfahren gegen die Deutsche Post AG wegen des Verdachts missbräuchlichen Verhaltens bei Verträgen über die Briefbeförderung mit Großkunden eingeleitet. Die Behörde hat aufgrund von Eingaben von Wettbewerbern der Deutsche Post AG und Kundenbefragungen den Verdacht, dass die Gesellschaft gegen Vorgaben des deutschen und europäischen Kartellrechts verstoßen hat. Diese Auffassung teilt die Deutsche Post AG nicht. Sollte die Behörde den Verdacht jedoch bestätigt sehen, kann sie gegenüber der Deutsche Post AG bestimmte Unterlassungen anordnen oder auch Bußgelder verhängen.

Seit dem 1. Juli 2010 sind infolge einer Neufassung der einschlägigen Steuerbefreiungsvorschrift nur noch bestimmte Universaldienstleistungen in Deutschland von der Mehrwertsteuer befreit, die nicht auf der Grundlage individuell ausgehandelter Vereinbarungen oder zu Sonderkonditionen (Rabatten etc.) erbracht werden. Diese Gesetzesänderung entspricht nach Ansicht der Deutsche Post AG nicht vollständig den zu beachtenden Vorgaben des europäischen Gemeinschaftsrechts. Aufgrund der mit der neuen gesetzlichen Regelung entstandenen Rechtsunsicherheit bemüht sich die Deutsche Post AG um eine notwendige Klärung einzelner Fachfragen mit den Finanzbehörden. Obwohl die Deutsche Post AG die erforderlichen Maßnahmen weitgehend umgesetzt, werden unterschiedliche Rechtsansichten zwischen der Deutsche Post AG und der Finanzverwaltung gerichtlich geklärt, [Textziffer 51](#).

Am 30. Juni 2014 erhielt DHL Express France von der französischen Wettbewerbsbehörde eine Beschwerdemitteilung über wettbewerbswidriges Verhalten im inländischen Expressgeschäft, ein Geschäft, das im Juni 2010 veräußert worden war. Derzeit wird mit den französischen Behörden hinsichtlich der angeführten Beschwerdepunkte kooperiert.

Mit Rücksicht auf die oben genannten laufenden oder angekündigten Rechtsverfahren werden keine weiteren Angaben zur bilanziellen Abbildung vorgenommen.

54 Aktienbasierte Vergütung

In die Bewertung des aktienorientierten Vergütungssystems für Führungskräfte fließen Annahmen zur Aktienkursentwicklung der Aktie der Deutsche Post AG sowie Annahmen zur Mitarbeiterfluktuation ein. Alle Annahmen werden quartalsweise überprüft. Der Personalaufwand wird entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung zeiträtterlich erfolgswirksam erfasst.

54.1 Aktienorientiertes Vergütungssystem für Führungskräfte (Share Matching Scheme)

Das aktienorientierte Vergütungssystem für Führungskräfte (Share Matching Scheme) sieht vor, dass bestimmte Konzernführungs-kräfte einen Teil ihres variablen Gehalts für das Geschäftsjahr im Folgejahr in Aktien der Deutsche Post AG erhalten (sogenannte Deferred Incentive Shares). Alle Konzernführungs-kräfte können individuell einen erhöhten Aktienanteil durch Umwandlung eines weiteren Teils des variablen Gehalts für das Geschäftsjahr bestimmen (sogenannte Investment Shares). Nach Ablauf einer vierjäh-rigen Haltefrist, in der die Führungskraft im Konzern beschäftigt sein muss, erhält sie nochmals die gleiche Anzahl an Aktien der Deutsche Post AG (sogenannte Matching Shares). Zudem werden Annahmen bezüglich des Verhaltens der Führungskräfte zur wei-

teren Wandlung von Anteilen ihres Bonusanspruchs getroffen. Da es sich um ein jährlich aufgelegtes Programm der aktienorientier-ten Vergütung handelt, sind die jeweiligen Gewährungstage jeder Jahrestranche der 1. Januar des jeweiligen Jahres sowie der 1. April der Folgejahres. Während die Incentive und Matching Shares als anteilsbasierte Vergütungen mit Ausgleich durch Eigenkapitalins-trumente kategorisiert werden, handelt es sich bei den Investment Shares um zusammengesetzte Finanzinstrumente, bei denen die Schuld- und die Eigenkapitalkomponente grundsätzlich getrennt zu bewerten sind. Aufgrund der Bedingungen des Share Matching Scheme wird gemäß IFRS 2.37 ausschließlich der Schuldkompo-nente ein Wert zugewiesen. Damit werden die Investment Shares wie eine anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich behandelt.

Share Matching Scheme

		Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012	Tranche 2013	Tranche 2014
Gewährungstag Incentive Shares und zugehörige Matching Shares		1. Nov. 2009	1. Jan. 2010	1. Jan. 2011	1. Jan. 2012	1. Jan. 2013	1. Jan. 2014
Gewährungstag Matching Shares auf Investment Shares		1. April 2010	1. April 2011	1. April 2012	1. April 2013	1. April 2014	1. April 2015
Laufzeit	Monate	53	63	63	63	63	63
Laufzeitende		März 2014	März 2015	März 2016	März 2017	März 2018	März 2019
Aktienkurs am Gewährungstag (beizulegender Zeitwert)							
Incentive Shares und zugehörige Matching Shares	€	11,48	13,98	12,90	12,13	17,02	25,91
Matching Shares auf Investment Shares	€	13,03	12,91	14,83	18,22	27,18	27,00 ¹
Anzahl der Deferred Incentive Shares	Tausend	430	638	660	479	337	268 ²
Anzahl der erwarteten Matching Shares							
Deferred Incentive Shares	Tausend	336	574	594	431	303	241
Investment Shares	Tausend	259	932	940	709	567	439
Ausgegebene Matching Shares	Tausend	654	–	–	–	–	–

¹ Vorläufiger geschätzter Wert, wird am 1. April 2015 festgestellt

² Erwartete Anzahl

Im April 2014 erfolgte die Bedienung der Rechte an den Matching Shares der Tranche 2009 sowie an den Investment und Deferred Incentive Shares der Tranche 2013. Für die Bedienung der Tranchen sind Aktien am Markt zurückerworben worden, [Textziffer 38](#).

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 ist aus diesem System zur Gewährung variabler Gehaltsbestandteile insgesamt ein Betrag in Höhe von 65 MIO € (Vorjahr: 52 MIO €) in der Kapitalrücklage erfasst, [Textziffer 39](#).

54.2 Long-Term-Incentive-Plan (LTIP 2006) für Vorstandsmitglieder

Seit dem 1. Juli 2006 erhalten die Mitglieder des Vorstands Stock Appreciation Rights (SAR) aus dem LTIP 2006. Jedes SAR aus dem LTIP 2006 berechtigt zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche-Post-Aktie während der letzten fünf Handelstage vor dem Ausübungs-tag und dem Ausgabepreis des SAR.

Die Mitglieder des Vorstands leisten jedes Jahr ein Eigeninvest-ment in Höhe von 10 % ihres Jahresfestgehalts. Die Anzahl der an die Vorstandsmitglieder auszugebenden SAR wird vom Aufsichtsrat festgelegt. Die gewährten SAR können frühestens nach Ablauf einer vierjährigen Wartezeit nach dem Ausgabebetrag innerhalb eines Zeit-raums von zwei Jahren ganz oder teilweise ausgeübt werden, wenn am Ende der Wartezeit ein absolutes bzw. ein relatives Erfolgsziel erreicht wird. Nach Ablauf des Ausübungszeitraums verfallen nicht

ausgeübte SAR. Um zu ermitteln, ob und wie viele der gewährten SAR ausübbar sind, werden der Durchschnittskurs bzw. der Durch-schnittsindex während des Referenz- und Performancezeitraums miteinander verglichen. Beim Referenzzeitraum handelt es sich um die letzten 20 aufeinanderfolgenden Handelstage vor dem Ausga-betrag. Der Performancezeitraum betrifft die letzten 60 Handelstage vor Ablauf der Wartezeit. Der Durchschnittskurs (Endkurs) wird aus dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche-Post-Aktie im Xetra-Handel der Deutsche Börse AG ermittelt.

Das absolute Erfolgsziel ist erreicht, wenn der Endkurs der Deutsche-Post-Aktie mindestens 10, 15, 20 oder 25 % über dem Ausgabepreis liegt. Das relative Erfolgsziel ist an die Performance der Aktie im Verhältnis zur Performance des STOXX Europe 600 Index (SXXP, ISIN EU0009658202) gekoppelt. Es ist erreicht, wenn die Wertentwicklung der Aktie der des Indexes entspricht oder die Outperformance mindestens 10 % beträgt.

Von je sechs SAR können maximal vier über das absolute Erf-olgsziel und maximal zwei über das relative Erfolgsziel „erdient“ werden. Wird zum Ablauf der Wartezeit kein absolutes oder rela-tives Erfolgsziel erreicht, verfallen die darauf entfallenden SAR der entsprechenden Tranche ersatz- und entschädigungslos.

LTIP 2006

SAR	Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012	Tranche 2013	Tranche 2014
Ausgabebetrag	1. Juli 2009	1. Juli 2010	1. Juli 2011	1. Juli 2012	1. Aug. 2013	1. Sept. 2014
Ausgabepreis (€)	9,52	12,27	12,67	13,26	20,49	24,14
Ablauf der Wartezeit	30. Juni 2013	30. Juni 2014	30. Juni 2015	30. Juni 2016	31. Juli 2017	31. Aug. 2018

Weitere Angaben zur aktienbasierten Vergütung der Vorstandsmitglieder finden sich unter [Textziffer 55.2](#).

54.3 SAR-Plan für Führungskräfte

Von Juli 2006 bis August 2013 erhielten ausgewählte Führungskräfte in jährlichen Tranchen SAR aus dem SAR-Plan. Danach haben die Führungskräfte die Möglichkeit, nach Erfüllung von anspruchsvollen Erfolgszielen (siehe Angaben zu LTIP 2006 für Vorstandsmitglieder) innerhalb eines festgelegten Zeitraums eine Barzahlung in Höhe der Differenz zwischen dem jeweiligen Kurs der Deutsche-Post-Aktie und dem jeweils festgelegten Ausgabepreis zu erhalten. Nach Ablauf der jeweiligen Wartezeit sind alle im Rahmen der Tranchen 2006 und 2007 gewährten SAR verfallen, da die daran geknüpften Erfolgsziele nicht erreicht wurden. Zum Ablauf der Wartezeit der Tranche 2008 am 30. Juni 2011 wurden zwei Sechstel der gewährten SAR ausübbar. Diese SAR konnten aufgrund der guten Aktienkursentwicklung kurz vor Ende der Ausübungs-

periode ausgeübt werden, da der Aktienkurs den Ausgabepreis von 18,40 € noch übertroffen hatte. Die Ausübungsperiode für diese SAR endete am 30. Juni 2013. Am 30. Juni 2013 endete auch die Wartezeit der Tranche 2009. Wegen der sehr guten Aktienkursentwicklung seit der Ausgabe der SAR im Jahr 2009 wurden diese SAR größtenteils bereits im Jahr 2013 ausgeübt. Zum Ende der Wartezeit der Tranche 2010, am 30. Juni 2014, waren auch die hieran geknüpften Erfolgsziele erfüllt. Alle im Jahr 2010 gewährten SAR konnten ausgeübt werden. Auch die SAR dieser Tranche haben die meisten Führungskräfte bereits im Jahr 2014 ausgeübt.

Seit 2014 werden aus dem SAR-Plan keine SAR mehr an Führungskräfte ausgegeben. Der Performance Share Plan für Führungskräfte (PSP) ersetzt den SAR-Plan. Alle früheren SAR-Tranchen aus dem alten SAR-Plan bleiben bestehen.

Weitere Details zu den Tranchen des SAR-Plans zeigt die folgende Tabelle:

SAR-Plan

SAR	Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012	Tranche 2013
Ausgabebetrag	1. Juli 2009	1. Juli 2010	1. Juli 2011	1. Juli 2012	1. Aug. 2013
Ausgabepreis (€)	9,52	12,27	12,67	13,26	20,49
Ablauf der Wartezeit	30. Juni 2013	30. Juni 2014	30. Juni 2015	30. Juni 2016	31. Juli 2017

Für die SAR aus dem SAR-Plan und dem LTIP 2006 wurde mit einem stochastischen Simulationsmodell ein Zeitwert ermittelt. Daraus ergab sich für das Geschäftsjahr 2014 ein Aufwand in Höhe von 105 MIO € (Vorjahr: 202 MIO €).

Für den LTIP 2006 und den SAR-Plan ergab sich zum Bilanzstichtag eine Rückstellung in Höhe von 271 MIO € (Vorjahr: 278 MIO €), davon entfielen auf die Vorstände 67 MIO € (Vorjahr: 64 MIO €). Von der Gesamtrückstellung betrifft ein Teilbetrag in Höhe von 6 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €) zum Stichtag ausübbar Rechte.

54.4 Performance Share Plan für Führungskräfte

Auf der Hauptversammlung vom 27. Mai 2014 wurde die Einführung des Performance Share Plans für Führungskräfte (PSP) beschlossen. Dieser Plan ersetzt das bisherige aktienorientierte Vergütungssystem für Führungskräfte (d.h. den SAR-Plan). Während es sich bei dem SAR-Plan um eine aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich handelte, werden im Rahmen des PSP am Ende der Wartezeit Aktien an die Teilnehmer gewährt. Auch beim PSP ist die Gewährung der Aktien am Ende der Wartezeit an die Erreichung anspruchsvoller Performanceziele geknüpft. Die Performanceziele des PSP sind identisch mit den Erfolgszielen des LTIP für Vorstandsmitglieder.

Zum 1. September 2014 wurden erstmals Performance Share Units (PSUs) nach dem PSP an ausgewählte Führungskräfte ausgegeben. Eine Teilnahme der Vorstandsmitglieder am PSP ist nicht vorgesehen. Der Long-Term-Incentive-Plan (LTIP 2006) für Vorstandsmitglieder bleibt weiterhin bestehen.

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 ist für den Plan insgesamt ein Betrag in Höhe von 3 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €) der Kapitalrücklage zugeführt worden, [Textziffer 39](#).

Die Bewertung des PSP erfolgt anhand finanzmathematischer Methoden auf der Grundlage von Optionspreismodellen (Fair-Value-Bewertung). Der auf das Geschäftsjahr 2014 entfallende Aufwand beträgt 3 MIO € und wurde als Personalaufwand ausgewiesen.

Performance Share Plan

	Tranche 2014
Gewährungstag	1. Sept. 2014
Ausübungspreis	24,14 €
Ablauf der Wartezeit	31. Aug. 2018
Risikofreier Zinssatz	0,11 %
Anfängliche Dividendenrendite Deutsche Post-Aktie	3,50 %
Volatilität der Renditen der Deutsche Post-Aktie	23,46 %
Volatilität der Renditen des Dow Jones EURO STOXX 600 Index	10,81 %
Covarianz der Deutsche Post-Aktie zum Dow Jones EURO STOXX 600 Index	1,74 %
Stück	
Ausstehende Rechte zum 1. Januar 2014	0
Gewährte Rechte	4.479.948
Verfallene Rechte	3.000
Ausstehende Rechte zum 31. Dezember 2014	4.476.948

Zukünftige Dividenden wurden mit einer moderat ansteigenden Dividendenauszahlung über den jeweiligen Bewertungszeitraum berücksichtigt.

Die durchschnittliche Restlaufzeit der am 31. Dezember 2014 ausstehenden Optionen beträgt 44 Monate.

55 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen**55.1 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und der Bundesrepublik Deutschland**

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die vom Konzern beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste, abrufbar auf der Internetseite www.dpdhl.com/de/investoren.html, mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – geordnet nach geografischen Bereichen – verzeichnet.

Die Deutsche Post AG unterhält vielfältige Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und anderen von der Bundesrepublik Deutschland kontrollierten Unternehmen.

Der Bund ist Kunde der Deutsche Post AG und nimmt als solcher Dienste des Unternehmens in Anspruch. Die Geschäftsbeziehungen der Deutsche Post AG bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Einzelkunden; die diesen gegenüber erbrachten Leistungen sind jeweils nicht erheblich für die Gesamteinnahmen der Deutsche Post AG.

BEZIEHUNGEN ZUR KfW

Die KfW unterstützt den Bund bei der Fortsetzung der Privatisierung von Unternehmen wie der Deutsche Post AG oder der Deutsche Telekom AG. Im Jahre 1997 entwickelte die KfW zusammen mit dem Bund das sogenannte Platzhaltermodell als Instrumentarium für Privatisierungen des Bundes. Nach diesem Modell verkauft der Bund ganz oder teilweise seine Beteiligungen an die KfW mit dem Ziel der vollständigen Privatisierung dieser staatlichen Unternehmen. Seit 1997 hat die KfW auf dieser Grundlage in mehreren Schritten Aktien der Deutsche Post AG vom Bund gekauft und verschiedene Kapitalmarkttransaktionen mit diesen Aktien

durchgeführt. Der Anteil der KfW am Grundkapital der Deutsche Post AG beträgt aktuell 21 %. Die Deutsche Post AG gilt als assoziiertes Unternehmen des Bundes.

BEZIEHUNGEN ZUR BUNDESANSTALT FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION (BANSTPT)

Die BANstPT ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und steht unter Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Durch das zum 1. Dezember 2005 in Kraft getretene Bundesanstalt-Reorganisationsgesetz nimmt der Bund durch das Bundesministerium der Finanzen die Aufgaben bezüglich der Anteile an den Postnachfolgeunternehmen unmittelbar wahr. Die Wahrnehmung der „Eigentümergeaufgaben“ bei der BANstPT ist damit entfallen. Die Bundesanstalt führt die Sozialeinrichtungen wie die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, Deutsche Telekom AG sowie die Erstellung von Grundsätzen der Wohnungsfürsorge weiter. Seit dem 1. Januar 2013 übernimmt die BANstPT die Aufgaben der Postbeamtenversorgungskasse. Diese erbringt die Versorgungs- und Beihilfeleistungen an die den Postnachfolgeunternehmen zugeordneten Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebene. Weitere Angaben zur Postbeamtenversorgungskasse und zur VAP finden sich unter den [Textziffern 7 bzw. 44](#). Die Aufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Im Jahr 2014 wurden der Deutsche Post AG für Leistungen der BANstPT Abschlagszahlungen in Höhe von 71 MIO € (Vorjahr: 65 MIO €) in Rechnung gestellt.

BEZIEHUNGEN ZUM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

Zwischen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Deutsche Post AG wurde im Geschäftsjahr 2001 eine Vereinbarung getroffen, die die Modalitäten der Abführung der Einnahmen der Deutsche Post AG aus der Erhebung der Ausgleichszahlung nach den Gesetzen über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen der Postwohnungsfürsorge regelt. Die Deutsche Post AG führt die Beträge monatlich an den Bund ab.

Mit Vertrag vom 30. Januar 2004 hat die Deutsche Post AG mit dem BMF eine Vereinbarung bezüglich der Überleitung von Beamten zu Bundesbehörden getroffen. Danach werden Beamte mit dem Ziel der Versetzung für sechs Monate abgeordnet und bei Bewährung anschließend versetzt. Die Deutsche Post AG beteiligt sich nach vollzogener Versetzung durch Zahlung eines Pauschalbetrags an der Kostenbelastung des Bundes. Für das Jahr 2014 ergaben sich hieraus 65 Versetzungen (Vorjahr: 26) und 87 Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung im Jahr 2015 (Vorjahr: 33).

BEZIEHUNGEN ZUR BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Mit Vertrag vom 12. Oktober 2009 hat die Deutsche Post AG mit der Bundesagentur für Arbeit einen Vertrag über die Versetzung von Beamtinnen und Beamten der Deutsche Post AG zur Bundesagentur für Arbeit geschlossen. Für das Jahr 2014 ergaben sich wie im Vorjahr hieraus keine Versetzungen.

BEZIEHUNGEN ZUR DEUTSCHE TELEKOM AG UND DEREN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Der Bund ist direkt und indirekt (über die KfW) mit rund 32 % an der Deutsche Telekom AG beteiligt. Da der Bund trotz seiner Minderheitsbeteiligung aufgrund der durchschnittlichen Hauptversammlungspräsenz eine sichere Hauptversammlungsmehrheit besitzt, ist ein Beherrschungsverhältnis der Deutsche Telekom AG vom Bund begründet. Daher gilt die Deutsche Telekom AG als nahestehendes Unternehmen der Deutsche Post AG. Im Geschäftsjahr 2014 erbrachte Deutsche Post DHL Group für die Deutsche Telekom AG im Wesentlichen Beförderungsleistungen für Briefe und Paketsendungen bzw. erwarb von der Deutsche Telekom AG Waren und Dienstleistungen, wie z. B. IT-Produkte.

BEZIEHUNGEN ZUR DEUTSCHE BAHN AG UND DEREN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Deutsche Bahn AG ist ein 100%iges Tochterunternehmen des Bundes. Durch dieses Beherrschungsverhältnis gilt die Deutsche Bahn AG als nahestehendes Unternehmen der Deutsche Post AG. Deutsche Post DHL Group unterhält mit dem Deutsche-Bahn-Konzern verschiedene Geschäftsbeziehungen, im Wesentlichen handelt es sich dabei um Transportleistungsverträge.

BUNDES-PENSIONS-SERVICE FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION E.V.
Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT) finden sich unter [Textziffer 7](#).

BEZIEHUNGEN ZU PENSIONS-FONDS

Die Immobilien im rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigentum des Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. (DPRS) bzw. der Deutsche Post Pensions-Treuhand GmbH & Co. KG, der Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. & Co. Objekt Gronau KG sowie der Deutsche Post Grundstücks-Vermietungsgesellschaft beta mbH Objekt Leipzig KG mit einem Zeitwert von 1.106 MIO € (Vorjahr: 1.016 MIO €) werden ausschließlich an die Deutsche Post Immobilien GmbH vermietet. Der Mietaufwand der Deutsche Post Immobilien GmbH betrug 69 MIO € für das Jahr 2014 (Vorjahr: 66 MIO €). Die Mieten wurden termingerecht bezahlt. Die Deutsche Post Pensions-Treuhand GmbH & Co. KG ist zu 100 % Eigentümerin der Deutsche Post Pensionsfonds AG. Weitere Angaben zu Pensionsfondseinrichtungen finden sich unter den [Textziffern 7 und 44](#).

BEZIEHUNGEN ZU NICHT EINBEZOGENEN UNTERNEHMEN, NACH DER EQUITY-METHODE BILANZIERTEN UNTERNEHMEN UND UNTERNEHMEN MIT GEMEINSCHAFTLICHER TÄTIGKEIT

Außer mit den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht der Konzern unmittelbar oder mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit nicht einbezogenen Unternehmen, nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen und Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit, die als nahestehende Unternehmen des Konzerns gelten, in Beziehung. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit den nicht in den

Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen bestanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt, wie sie auch mit konzernfremden Dritten üblich sind.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden mit wesentlichen nahestehenden Unternehmen Geschäfte getätigt, die zu folgenden Posten im Konzernabschluss geführt haben:

MIO €	2013 angepasst ¹	2014
Forderungen	4	2
gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	1	1
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	3	1
Ausleihungen	15	25
gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	15	25
Forderungen aus dem Inhouse Banking	4	2
gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	4	2
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	0	0
Finanzschulden	90	23
gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	9	12
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	81	11
Verbindlichkeiten	7	10
gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	4	4
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	3	6
Umsatzerlöse	12	4
mit nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	11	3
mit nicht einbezogenen Unternehmen	1	1
Aufwendungen²	41	35
gegenüber nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	19	14
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	22	21

¹ [Textziffer 4](#)

² Betreffen Material- und Personalaufwand

Die Deutsche Post AG hat Verpflichtungserklärungen für diese Gesellschaften in Höhe von 79 MIO € (Vorjahr: 81 MIO €) übernommen. Davon entfielen 73 MIO € (Vorjahr: 76 MIO €) auf nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen, 2 MIO € (Vorjahr: 1 MIO €) auf Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit sowie 4 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €) auf nicht einbezogene Unternehmen.

55.2 Beziehungen zu nahestehenden Personen

Gemäß IAS 24 berichtet der Konzern auch über Geschäftsvorfälle zwischen ihm und den ihm nahestehenden Personen bzw. deren Familienangehörigen. Als nahestehende Personen wurden Vorstand, Aufsichtsrat und deren Familienangehörige definiert.

Im Geschäftsjahr 2014 lagen für diesen Personenkreis keine berichtspflichtigen Geschäftsvorfälle und Rechtsgeschäfte vor.

Die gemäß IAS 24 angabepflichtige Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen des Konzerns umfasst die Vergütung des aktiven Vorstands und des Aufsichtsrats.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden wie folgt vergütet:

MIO €	2013	2014
Kurzfristige fällige Leistungen (ohne aktienbasierte Vergütung)	14	17
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	1
Aktienbasierte Vergütung	47	30
Gesamt	64	51

Die beim Konzern beschäftigten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhalten außer den vorgenannten Leistungen für ihre Aufsichtsratsstätigkeit noch reguläre Gehälter für ihre Tätigkeit im Unternehmen. Diese Gehälter richten sich nach der ausgeübten Funktion bzw. Tätigkeit im Unternehmen und sind ihrer Höhe nach angemessen.

Als Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird der aus den Pensionsrückstellungen für die aktiven Vorstandsmitglieder resultierende Dienstzeitaufwand (Service Cost) ausgewiesen. Die entsprechende Verpflichtung beträgt zum Stichtag 34 MIO € (Vorjahr: 23 MIO €).

Die Angabe der aktienbasierten Vergütung bezieht sich auf den für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 erfassten Aufwand für die aktienbasierte Vergütung. Er wird in der folgenden Tabelle individualisiert dargestellt:

Aktienbasierte Vergütung

T €	2013	2014
	SAR	SAR
Dr. Frank Appel, Vorstandsvorsitzender	12.894	6.331
Ken Allen	7.322	3.280
Roger Crook	3.460	2.577
Bruce Edwards ¹	7.610	6.722
Jürgen Gerdes	7.428	3.523
John Gilbert ²	–	60
Melanie Kreis ³	–	–
Lawrence Rosen	7.311	3.304
Angela Titzrath ⁴	1.183	4.071
Aktienbasierte Vergütung	47.208	29.868

¹ Bis 10. März 2014

² Seit 11. März 2014

³ Seit 31. Oktober 2014

⁴ Bis 1. Juli 2014

55.3 Vergütungsangaben nach HGB

VERGÜTUNG DES VORSTANDS

Die Gesamtvergütung der aktiven Mitglieder des Vorstands inklusive der Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung belief sich im Geschäftsjahr 2014 insgesamt auf 20,9 MIO € (Vorjahr: 20,5 MIO €). Davon entfielen 7,6 MIO € (Vorjahr: 7,8 MIO €) auf erfolgsunabhängige Komponenten (Fixum und Nebenleistung), 6,0 MIO € (Vorjahr: 5,4 MIO €) auf erfolgsbezogene Komponenten (Variable) sowie 7,3 MIO € (Vorjahr: 7,3 MIO €) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung (SAR). Die Anzahl der SAR betrug 1.591.332 Stück (Vorjahr: 1.984.818 Stück).

EHEMALIGE MITGLIEDER DES VORSTANDS

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 6,0 MIO € (Vorjahr: 4,4 MIO €). Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 104 MIO € (Vorjahr: 72 MIO €). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus einer deutlichen Absenkung des IAS-Rechnungszinssatzes im Vergleich zum Vorjahr sowie einer Erweiterung des Kreises der Pensionäre wegen Eintritts des Versorgungsfalls; zusätzliche Verpflichtungen sind dadurch nicht aufgebaut worden. Ohne die genannten Sondereffekte in Höhe von 33,1 MIO € wäre der Verpflichtungsumfang um rund 1 MIO € auf rund 71 MIO € im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2014 betrug die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats rund 3,3 MIO € (Vorjahr: 1,4 MIO € zusätzlich eines für 2013 im Jahr 2016 zu zahlenden variablen Betrags), davon entfielen 2,4 MIO € auf das Fixum (Vorjahr: 1,2 MIO €) und 0,3 MIO € auf Sitzungsgelder (Vorjahr: 0,2 MIO €) sowie 0,6 MIO € auf die variable Vergütung für das Jahr 2012 (Vorjahr: 0 MIO €, da die Bedingungen für die Auszahlung nicht erfüllt waren). Von der variablen Vergütung für das Jahr 2012 entfielen 21 T € auf ein inzwischen ausgeschiedenes Aufsichtsratsmitglied, die restlichen 595 T € auf amtierende Aufsichtsratsmitglieder.

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht gleichzeitig Bestandteil des Konzernlageberichts ist.

AKTIENBESITZ DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Post AG halten am 31. Dezember 2014 Aktien der Gesellschaft im Umfang von weniger als 1 % des Grundkapitals der Gesellschaft.

MELDEPFLICHTIGE TRANSAKTIONEN

Die der Deutsche Post AG gemäß § 15 a Wertpapierhandelsgesetz gemeldeten Transaktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Wertpapieren der Gesellschaft sind auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.dpdhl.com/de/investoren.html einsehbar.

56 Honorare des Abschlussprüfers

Das für den Abschlussprüfer des Konzernabschlusses PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Geschäftsjahr 2014 als Aufwand erfasste Honorar beträgt 10 Mio €. Davon entfallen 6 Mio € auf die Kategorie „Abschlussprüfungen“, die insbesondere die Honorare für die Konzernabschlussprüfung sowie für die Prüfung der Jahresabschlüsse der Deutsche Post AG und ihrer deutschen Tochterunternehmen enthält. Weitere 3 Mio € betreffen die Kategorie „Sonstige Beratungs- und Bewertungsleistungen“. Hier werden im Wesentlichen die Honorare für die Reviews der Zwischenberichte gezeigt. Darüber hinaus umfasst die Kategorie auch die Honorare für freiwillige Prüfungen, die über den gesetzlichen Prüfungsauftrag hinausgehen wie Prüfungen des internen Kontrollsystems (IKS). Das Honorar für die „Sonstigen Leistungen“ beträgt 1 Mio € und betreffen Honorare, die den oben genannten Kategorien nicht zugeordnet werden können.

57 Befreiungsvorschriften nach HGB und ausländischer lokaler Gesetzgebung

Folgende deutsche Tochterunternehmen nehmen für das Geschäftsjahr 2014 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB bzw. § 264 b HGB in Anspruch:

- Adcloud GmbH
- Agheera GmbH
- Albert Scheid GmbH
- CSG GmbH
- CSG.TS GmbH
- Danzas Deutschland Holding GmbH
- Danzas Grundstücksverwaltung Groß-Gerau GmbH
- Deutsche Post Adress Beteiligungsgesellschaft mbH
- Deutsche Post Assekuranz Vermittlungs GmbH
- Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH
- Deutsche Post Com GmbH
- Deutsche Post Consult GmbH
- Deutsche Post Customer Service Center GmbH
- Deutsche Post DHL Beteiligungen GmbH
- Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH
- Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co, Logistikzentren KG
- Deutsche Post DHL Inhouse Consulting GmbH
- Deutsche Post DHL Research and Innovation GmbH
- Deutsche Post Direkt GmbH
- Deutsche Post E-Post Development GmbH
- Deutsche Post E-POST Solutions GmbH
- Deutsche Post Fleet GmbH
- Deutsche Post Immobilien GmbH
- Deutsche Post InHaus Services GmbH
- Deutsche Post Investments GmbH
- Deutsche Post IT BRIEF GmbH
- Deutsche Post IT Services GmbH
- Deutsche Post Mobility GmbH
- Deutsche Post Shop Essen GmbH
- Deutsche Post Shop Hannover GmbH
- Deutsche Post Shop München GmbH
- Deutsche Post Signtrust und DMDA GmbH
- DHL Airways GmbH
- DHL Automotive GmbH
- DHL Automotive Offenau GmbH
- DHL Delivery GmbH
- DHL Express Customer Service GmbH
- DHL Express Germany GmbH
- DHL Express Network Management GmbH
- DHL Fashion Retail Operation GmbH
- DHL Foodservices GmbH
- DHL Freight Germany Holding GmbH
- DHL Freight GmbH
- DHL Global Forwarding GmbH
- DHL Global Forwarding Management GmbH
- DHL Global Management GmbH
- DHL Home Delivery GmbH
- DHL Hub Leipzig GmbH
- DHL International GmbH
- DHL Logistics GmbH
- DHL Solutions Fashion GmbH
- DHL Solutions GmbH
- DHL Solutions Großgut GmbH
- DHL Solutions Retail GmbH
- DHL Sorting Center GmbH
- DHL Supply Chain (Leipzig) GmbH
- DHL Supply Chain Management GmbH
- DHL Supply Chain VAS GmbH
- DHL Trade Fairs & Events GmbH
- DHL Vertriebs GmbH
- DHL Verwaltungs GmbH
- Erste End of Runway Development Leipzig GmbH
- Erste Logistik Entwicklungsgesellschaft MG GmbH
- European Air Transport Leipzig GmbH
- FIRST MAIL Düsseldorf GmbH
- Gerlach Zolldienste GmbH
- interServ Gesellschaft für Personal- und Beraterdienstleistungen mbH
- nugg.ad AG predictive behavioral targeting
- Werbeagentur Janssen GmbH
- Williams Lea & TAG GmbH
- Zweite Logistik Entwicklungsgesellschaft MG GmbH

Folgende Gesellschaften aus Großbritannien nehmen die Regelung zur Prüfungsbefreiung nach 479A Companies Act (Aktiengesetz) in Anspruch:

- DHL Exel Supply Chain Limited
- DHL Freight & Contract Logistics (UK) Limited
- Exel Investments Limited
- Exel Overseas Limited
- Freight Indemnity & Guarantee Company Limited
- Joint Retail Logistics Limited
- Ocean Group Investments Limited
- Ocean Overseas Holdings Limited
- Power Europe Development Limited
- Power Europe Development No 3 Limited
- Power Europe Operating Limited
- Tibbett & Britten Applied Limited
- Trucks and Child Safety Limited

58 Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG haben gemeinsam die nach §161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2014 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet unter www.corporate-governance-code.de und auf der Internetseite unter www.dpdhl.com/de/investoren.html im Wortlaut abrufbar.

59 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Um den Mehrbedarf an Arbeitskräften im nachhaltig wachsenden Paketgeschäft zu sichern, hat Deutsche Post DHL Group unter dem Dach der DHL Delivery GmbH mehrere Regionalgesellschaften gegründet. Zweck ist die Schaffung von bis zu 10.000 neuen Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2020. Die Beschäftigung in den neuen Gesellschaften erfolgt zu den jeweils regional geltenden tariflichen Bedingungen der Speditions- und Logistikbranche.

Für die im Unternehmensbereich Supply Chain geplante Abstockung der Anteile am King's Cross Central Property Trust, UK, sowie an der King's Cross Central General Partner Ltd., UK, sind im Zeitraum zwischen dem Abschlussstichtag und der Aufstellung des Konzernabschlusses durch den Vorstand die Bedingungen des IFRS 5 zur Klassifizierung eines Vermögenswerts als zur Veräußerung gehalten erfüllt worden.

Weitere wesentliche berichtspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

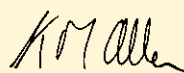
Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 20. Februar 2015

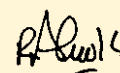
Deutsche Post AG
Der Vorstand



Dr. Frank Appel



Ken Allen



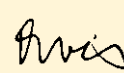
Roger Crook



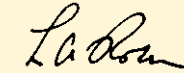
Jürgen Gerdes



John Gilbert



Melanie Kreis



Lawrence Rosen

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Post AG

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Post AG, Bonn, und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Gewinn- und Verlust-Rechnung und Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014 – geprüft.

VERANTWORTUNG DES VORSTANDS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS

Der Vorstand der Deutsche Post AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der An-

gemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

PRÜFUNGSURTEIL

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den Konzernlagebericht der Deutsche Post AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Der Vorstand der Deutsche Post AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 20. Februar 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gerd Eggemann
Wirtschaftsprüfer

Dietmar Prümm
Wirtschaftsprüfer